DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

253 22. JAHRGANG Oktober 2005 4,50 €

AUS DEM INHALT:

EIN-EURO-JOBS

Zoff rund um den Kölner »Möbelverbund«. Lohndumping wirft die Sozialistische Selbsthilfe Köln (SSK) der Kölner ARGE vor, die 120 Ein-Euro-Jobs bei dem von der Stadt gegründeten Verbund gemeinnütziger Möbellager einrichten will. Die Arbeitslosen sollen u.a. bei Umzügen und Entrümpelungen eingesetzt werden und zerstören so schon vorhandene Arbeitsplätze in selbstverwalteten Betrieben. Seite 3

EIN FREIES RADIO FÜR BERLIN

Berlin braucht einen linken und vor allem kritischen Radiosender, der alternativen Künstlern, die nicht die Weltbühne suchen und auch nicht gesucht werden, eben weil sie z.B. kritische Musik machen, eine Plattform bietet. Das wird ständig bestätigt, indem sich heute kaum ein Berliner Radiosender um Kritik, Bildungshintergründe, Politik oder alternative Kunst kümmert, sondern Popmusik spielen will. Soweit die These. Aber wie kommen wir angesichts der Konkurrenz anerkannter Sender zu einer Gründung? Seite 5

MEDIEN

Vor zehn Jahren starb der Versandbuchhändler Josef Wintjes. 25 Jahre förderte und motivierte er Nachwuchsautoren und vertrieb deren Erzeugnisse. Bis 1990 gab er das »Ulcus Molle Info« heraus. Seite 4

Die Monatszeitung Graswurzelrevolution (GWR) erscheint seit 1972. Sie setzt sich für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft ein und ist die älteste und auflagenstärkste anarchistische Zeitung in Deutschland. Im Juni 2005 erschien ihre 300. Ausgabe. Aus diesem Anlass ein Interview mit Bernd Drükke, Redakteur der GWR auf Seite 6

Gleich zwei linke Zeitschriften gaben im Sommer 2005 auf: Der »Schwarze Faden« und das Wiener »TATblatt« Seite 6

ARBEITERGENOSSENSCHAFT

Continental hat ein Reifenwerk in Mexiko nach drei Jahren Zoff an die Belegschaft verkauft. Bisher kommt die Produktion allerdings nur schwer in Gang. Anfang 2005 übernahm die Belegschaft und eine Vertriebsgesellschaft ein mexikanisches Reifenwerk in El Salto von Continental – nach einem dreijährigen Streik. Noch tun sich die Arbeiter schwer in ihrer neuen Rolle als Unternehmer. Seite 13

AGRARGENOSSENSCHAFTEN

Agrargenossenschaften behaupten sich auch 15 Jahre nach der »Wende« hartnäckig. Von der Politik ausgehende Zerschlagungsversuche sind gescheitert. Entgegen den Vorhersagen und trotz Diskriminierungen gibt es im Osten heute immer noch rund 1.100 Agrargenossenschaften. Seite 13

www.contraste.org

VON DER NOTWENDIGKEIT EINES BREITEN WIDERSTANDES GEGEN GEISTIGE EIGENTUMSRECHTE

Angriff auf das Recht auf Kooperation

Geistige Eigentumsrechte (Intellectual Property Rights, IPR) sind zu besonders wichtigen Waffen im Kampf um Marktanteile und Macht geworden. Kultureller Kooperation stehen zunehmend Monopolrechte gegenüber. Patente auf Saatgut, strenger Sortenschutz, Urheberrechte, Softwarepatente und Markenrechte schränken Kooperation und Kreativität ein, verbieten Lernen und Austausch mit anderen und machen Ernährungssouveränität unmöglich.

Von Jutta Sundermann

Kirchentag in Hannover: Vor der »Insel der biologischen Vielfalt« musste erstmal gepuzzelt werden. Foto: Andreas Riekeberg, BUKO-Kampagne gg. Biopiraterie

Geistige Monopolrechte auf dem Vormarsch

Bauern dürfen Saatgut nicht mehr tauschen, kranke Menschen haben keine Chance, Medikamente zu erhalten, die mit Patenten belegt sind. ProgrammiererInnen dürfen keine neue Software ohne Erlaubnis der Patentinhaber entwickeln, Bibliotheken dürfen keine elektronischen Textsuchen anbieten...

Die Folgen sind gravierend. Austausch und gegenseitige Inspiration, Abschreiben, Nachbauen und Verbessern spielten eine zentrale Rolle bei der Entwicklung der heutigen Vielfalt an Saatgut und Musik, an Software, Medikamenten und Literatur.

Der Siegeszug der IPR hängt direkt mit intensiven und interdisziplinären Lobbykampagnen der Industrie zusammen. Der Cheflobbyist der Pharmafirma Pfizer, sein Kollege von IBM und Vertreter der großen Saatgutfirmen überzeugten Kollegen und die Regierungen der Industrieländer. Mit dem »TRIPS-Abkommen« der Welthandelsorganisation müssen Patent- und Urheberrecht, Marken- und Sortenschutz mit langen Gültigkeits-Zeiten weltweit in die nationalen Gesetzgebungen übernommen werden.

Widerstand und Repression

Der Durchgriff der IPRs hat jedoch Widerstand auf den Plan gerufen. Zunächst getrennt nach Betroffenheiten. In Südafrika machte die *Treatment Action Campaign* den Ruf nach bezahlbaren, patentfreien AIDS-Medikamenten laut. Immer mehr Kleinbauern wehren sich gegen den Konzerndurchgriff auf Saatgut. Die Freie Software-Bewegung stellen die Microsoft-Monopolpraxis in Frage, Musikfans streiten für den Austausch ihrer Lieblingstitel über Internet-Tauschbörsen und mit Creative Commons wurde ein Konzept entwickelt, das einen anderen Umgang mit Urheberrechten ermöglicht.

Noch immer nimmt der Druck im Namen der IPRs zu. 2.500 Landwirte wurden im letzten Jahr in Deutschland vor den Kadi zitiert, weil sie sich weigerten, umfassende Auskünfte über ihre Anbaupraxis zu geben und »Nachbaugebühren« auf die zur Wiederaussaat zurückgehaltene eigene Ernte zu zahlen. Mit der Kampagne »Hart aber gerecht« kriminalisiert die Filmindustrie unverblümt jeden »Raubkopierer«. Mit der Terminatortechnologie wollen die großen Agrarkonzerne den Bauern in den Entwicklungsländern den Tausch und Nachbau von Saatgut unmöglich machen.

SCHWERPUNKTTHEMA

Was sind Patente?
Wissenschaft und Patente
WTO und das TRIPS-Abkommen
Seite 7

Biopiraterie: Der Tod im Kornfeld
Die Weltorganisation für geistiges Eigentum
Erfolgreicher Widerstand gegen Biopiraterie
Seite 8

Softwarepatentrichtlinie gestoppt
Kulturflatrate statt Kriminalisierung
Neue Bewegung zur Wissensallmende
Seite 9

Urheberrechte
Copyleft und »wertlose« Musik
Creative Commons
Seite 10/11

Zeit für gemeinsamen Widerstand

Wenn Aktivisten und Campaigner, Netzwerke und Aktionsgruppen zusammen kämen und gemeinsam gegen geistige Monopolrechte streiten würden, könnte der Aufschrei eine Wirkung zeigen, wie einst bei der Koalition von Pharma-, Computer- und Agrarkonzernen.

Dennoch ist es notwendig zu erkennen, dass zwischen den Akteuren gegen Biopiraterie und Softwarepatente, den Kämpfen um den Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten und um das Recht, Musik aus dem Internet herunter zu laden, große Unterschiede bestehen.

Die Akteure kommen aus sehr verschiedenen Lebenssituationen, verwenden unterschiedliche Begrifflichkeiten und haben sehr ungleiche Ressourcen zur Verfügung. Die verschiedenen IPR-KritikerInnen stehen noch ganz am Anfang des Austausches, meist noch vor ersten gemeinsamen Aktionen. Doch die sollten zunehmen, denn »die andere Seite« schläft nicht. Diese CONTRASTE versucht, einen kleinen Einblick zu geben in die Vielfalt der Angriffe durch Geistige Eigentumsrechte und in die Vielfalt des Widerstandes. Vielleicht trägt sie dazu bei, dass Computerfreaks und Ökos, MusikliebhaberInnen aus dem Norden und Bauern aus dem Süden miteinander ins Gespräch kommen und gemeinsam Strategien entwickeln.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 11

GRUNDSATZURTEIL: GÖTTINGER POLIZEI JURISTISCH GESCHEITERT

Ein Sieg für die Meinungs- und Versammlungsfreiheit!

Am 22.09.2005 bestätigte der 11. Senat des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts ein Urteil des Verwaltungsgerichts Göttingen vom 27.01.2004, in dem das Versenden sog. »Gefährderanschreiben« im Jahre 2001 als rechtswidrig angesehen wird.

Redaktion Heidelberg ● Damit hat ein mehr als vier Jahre andauernder Klageweg ein positives Ende gefunden. Jan Steyer, damaliges Kreisvorstandsmitglied der PDS Göttingen und heute Kreisvorstandsmitglied der Linkspartei.PDS in Greifswald, hatte als einer der Betroffenen gegen dieses Anschreiben den Rechtsweg beschritten. Der Klage seines Rechtsanwalts Johannes Hentschel aus Göttingen gab nun auch das Berufungsgericht in vollem Umfang statt.

Ein Rückblick: Am 07.12.2001, im Vorfeld des EU-Gipfels im belgischen Laeken, verschickte das 4. Fachkommissariat der Göttinger Polizei (Abt. Politische Polizei) an insgesamt 13 Personen aus der linken Bewegung sog. »Gefährderanschreiben«. In diesen Schreiben wurde den EmpfängerInnen »nahegelegt«, sich nicht an den Protesten in Belgien zu beteiligen. Ganz offen drohte die Göttinger Polizei in dem Schreiben mit »der Gefahr präventiver Maßnahmen im Rahmen der Gefahrenabwehr (bis hin zur Zurückweisung an der deutsch-belgischen Grenze) oder strafprozessualer Maßnahmen aus Anlass der Begehung von Straftaten im Rahmen der demonstrativen Aktionen«. Der Europäische Gewerkschaftsbund, Nichtregierungsorganisationen und linke Parteien hatten für den 13-15.12.2001 unter dem Motto »Wir sind Europa!« nach Laeken mobilisiert, um gegen neoliberale Politik, gegen Sozialabbau und für ein solidarisches Miteinander auf die Straße zu gehen. Aus Deutschland wurden von den Gewerkschaften Busse für die Fahrt nach Belgien bereitgestellt.

Erst über Einschaltung der Medien wurde bekannt, wie die Politische Polizei in Göttingen an die Daten der 13 angeschriebenen Personen kam: Ohne Wissen der Betroffenen wurden sie in der sog. »Gewalttäter Links«-Datei gespeichert, die im November 2000 in Niedersachsen eingerichtet worden war. In dieser »Gewalttäter Links«-Datei werden seither Personen gespeichert, die sich politisch aktiv betätigt haben. Ausschlaggebend für die Speicherung in der Datei sind nicht allein strafrechtliche Verurteilungen, es reichen schon Verdachtsmomente, polizeiliche »Gefahrenprognosen« oder Personalienfeststellungen am Rande von Demonstrationen aus. So kann der Protest gegen Naziaufmärsche, die Beteiligung an einer Sitzblockade gegen CASTOR-Transporte, ein kritischer LeserInnenbrief oder die Teilnahme an einer politischen Kundgebung ausreichen, um in diesem Datenpool zu landen. So ist es nicht verwunderlich, dass ein Großteil der 13 angeschriebenen Personen, wie z.B. der Kläger Jan Steyer, auch nicht vorbestraft war, mit dem »Gefährderanschreiben« der Polizei nun aber öffentlich als Gewalttäter verleumdet wurden.

Der Fall der Göttinger »Gefährderanschreiben« hatte 2001/2002 für erhebliche Schlagzeilen gesorgt und war von verschiedenen regionalen und überregionalen Medien (darunter FR, ND, junge Welt und taz) aufgegriffen worden. Im niedersächsischen Landtag gab es dazu Anfragen von Bündnis90/Grüne sowie vom niedersächsischen PDS-Abgeordneten Christian Schwarzenholz. Der damalige niedersächsische SPD-Innenminister Heiner Bartling verhedderte sich im Landtag dabei in Widersprüchlichkeiten. Das MdEP Ilka Schröder stellte im Januar 2002 eine parlamentarische Anfrage im Europa-Parlament und auch die MdB Heidi Lippmann und Ulla Jelpke kritisierten scharf das Vorgehen der Polizei. »Das Urteil des niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts ist ein deutliches Signal an die Polizei, sich bei ihrer Tätigkeit künftig an Recht und Gesetz zu halten. Es hat überregionale Bedeutung für die Beurteilung polizeilichen Handelns«, so Rechtsanwalt Johannes Hentschel.●

D 8008

AKTION 2005

Eine Riesenüberraschung !

Nachdem wir in der Redaktion mal wieder nachdenklich über unseren Text auf Seite 2 saßen – mit etwas flauem Gefühl über das totale Ende bei den beiden linken Zeitschriften »Schwarzer Faden – Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit« und dem Wiener TATblatt (s. Seite 6) – kam sie, die Riesenüberraschung beim letzten Spendenabgleich für unsere aktuelle Statistik: sage und schreibe 3.568,89 Euro waren auf unserem Spendenkonto eingegangen. Dies entsprach exakt dem in der vergangenen Ausgabe benannten Fehlbetrag für das Jahr 2005.

Redaktion Heidelberg ● Mit dieser großen Einzelspende können wir in diesem Jahr wiederum ein Minus in der Bilanz vermeiden und unsere Altschulden auf nun 6.000 Euro abbauen. Schon die weiteren Spenden über 676,64 Euro im Laufe des Monats September hatten unseren Glauben daran, bis zum Jahresende schwarze Zahlen schreiben zu können, gefestigt. Diese und auch weiterhin eingehende Spenden werden wir für die 2006 zu erwartende Deckungslücke verwenden. Allen Spendern und Spenderinnen, sowie den Mitgliedern unseres Fördervereins herzlichen Dank für die Unterstützung!

Problematisch aber ist und bleibt die Entwicklung unserer Abozahlen. Mittlerweile benötigen wir mindestens 150 zusätzliche Abos, um die bei einer bundesweit erscheinenden Monatszeitung unvermeidlichen Fixkosten zu erwirtschaften. In der Statistik stehen sechs Kündigungen einem Neuabo gegenüber. Auffällig ist, dass sich nach 21 Jahren immer häufiger Projekte, selbstverwaltete Betriebe und AbonnentInnen, die uns lange Jahre treu waren, verabschieden (s. auch Seite 14). Dies alles deutet auf einen Generationswechsel hin.

Nun zu unserer aktuellen Monatsstatistik:

Gespendet haben:

- Umweltzentrum Chemnitz (1,64 Euro)
- Norbert Schneider, Saalfeld (50 Euro)
- N.N., Berlin (25 Euro)
- Erhard Jakobs, Köln (50 Euro)
- Timo Ollech, Bielefeld (100 Euro)
- Felix Bartholl, Waal (120 Euro)
- N.N., Marburg (150 Euro)
- Peter Mielert, Stuttgart (50 Euro)
- Peter Streiff, Stuttgart (30 Euro)
- Doris Göpper, Stuttgart (50 Euro)
- Matthias Göpfert, Lübeck (50 Euro)
- Ulla Merkle, Waiblingen (3.568,89 Euro)

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2005

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2006 weitere Spendengelder. Näheres in der nächsten Ausgabe.

Das Ziel der Abokampagne: 150+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

GERICHTSVERFAHREN ENDET VORZEITIG MIT ORDNUNGSHAFT GEGEN POLIT-AKTIVISTEN

Ein neuer Schill in Halle?

Am Mittwoch, dem 28. September 2005 fand vor dem Amtsgericht Halle ein Strafverfahren gegen Jörg Bergstedt – Redakteur der CONTRASTE – statt. Hintergrund sind Vorwürfe der Staatsanwaltschaft, wonach der Polit-Aktivist sich im November 2003 bei einen Zugriff durch Beamte des Bundesgrenzschutz durch Widerstand und Beleidigung strafbar gemacht haben soll. Das Verfahren vor dem Amtsgericht Halle endete jedoch schon nach wenigen Minuten: Richter Maynicke verhängte gegen Jörg eine fünftägige Ordnungshaft, nachdem dieser sein Recht eingefordert hatte, einen unaufschiebbaren Antrag zu stellen.

Falk Beyer und Espi Twelve ● Die Anklage gegen Jörg bezieht sich auf ein Training zu kreativen Protestformen im November 2003 in Halle. Inmitten des Hauptbahnhofs wurde ein Workshop zum offensiven Umgang mit der Staatsmacht veranstaltet. Dieses Training sei durch einen rüden, unvermittelten Zugriff seitens der Sicherheitskräfte beendet worden, wie ein Teilnehmer des Trainings berichtet. Im Gegensatz dazu wirft die Staatsanwaltschaft Halle Jörg vor, sich durch Beleidigung und Widerstand gegen BGS-Beamten strafbar gemacht zu haben. Einen Strafbefehl über 900 Euro wollte dieser nicht hinnehmen und hatte daher Widerspruch eingelegt.

Zum Verlauf der Verhandlung

Der Angeklagte wollte gleich zu Beginn der Verhandlung die Aussetzung des Verfahrens beantragen, weil ihm keine Akteneinsicht gewährt worden war und er sich nicht auf den Prozess vorbereiten konnte. Richter Maynicke wollte davon nichts wissen und unterbrach die Antragstellung. Auf die anschließende Forderung, diesen Umstand in das Verhandlungsprotokoll aufzunehmen, reagierte Maynicke mit unglaublicher Härte: Der Amtsrichter verhängte eine fünftägige Ordnungshaft gegen den Angeklagten. Noch bevor dieser einen Befangenheitsantrag formulieren konnte, ließ Maynicke den Angeklagten von mehreren Justizbeamten aus dem Saal abführen.

Trotz Verschleppungstaktik: Beschwerde gegen Ordnungshaft erfolgreich

Bereits am Mittwoch Nachmittag legte ein Rechtsanwalt aus Magdeburg Eilbeschwerde gegen die offenkundige Rechtsbeugung ein. Diese wurde zunächst vom Amtsgericht verschleppt – »plötzlich« ist der zuständige Richter im Urlaub, dann sind Akten wegen »Umzug« nicht auffindbar. Nachdem der Anwalt jedoch Druck machte, fand sich die Akte, aber das Gericht wollte dem Antrag nicht folgen und ihn an die nächste Instanz weiterreichen – und zwar per Post. Der Rechtsanwalt rief nun das OLG direkt an und faxte diesem seine eigenen Unterlagen. Diese engagierte Reaktion führte zu einem schnellem Erfolg: Das OLG Naumburg erklärte die Ordnungshaft für rechtswidrig, da keine Gründe in dem Beschluss von Richter Maynicke erkennbar waren. So kam Jörg »schon« am dritten Tag wieder frei.

Zum weiteren Ablauf des Verfahrens

Da es nicht einmal zur Aufnahme der Personalien kam, wird es in absehbarer Zeit einen neuen Termin für die Hauptverhandlung geben. Ob es dabei wieder zu Komplikationen kommt, ist offen, ebenso wie die Frage, ob Richter Maynicke sich nicht wegen Befangenheit aus dem Verfahren nimmt. Im Vorfeld des nächsten Prozesses soll es möglichst eine Informationsveranstaltung in Halle geben – Gruppen oder Einzelpersonen, die sich vorstellen können, so etwas zu organisieren, können sich in der Projektwerkstatt (saasen@projektwerkstatt.de, Tel. 06401-903283) melden.●

Infoseite zum Prozess in Halle:
www.projektwerkstatt.de/halle

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SORRY!

Unsere LeserInnen haben sich sicher gewundert über die Beilage in der vergangenen Ausgabe. Geht CONTRASTE nun an die Börse, um endlich mal Gewinn zu erzielen? Wollte CONTRASTE sich nur an dieser anscheinend unseriösen Beilage bereichern? Die Antwort ist: Nein. Abgesehen davon, war es sicherlich keine erfolgreiche Werbung für den Werbenden.

Wenn die Endredaktion wie beabsichtigt, diesen AktienPower-Flyer vor Drucklegung der letzten Ausgabe gesehen hätte, wäre diese Beilage unseren LeserInnen erspart geblieben. Eine E-Mail an den Werbenden, mit der Bitte, uns eine pdf-Version des Flyers zu schicken, ging jedenfalls im Netz verloren und die Beilage blieb ungeprüft.

So haben wir zwar 260 Euro mehr in der Kasse, aber dafür ein schlechtes Gewissen.

NEUE VERKAUFSSTELLE

CONTRASTE im Weltladen

Redaktion Göttingen ● Neben dem Buchladen Rote Straße, der seit seinem Umzug am Nikolaikirchhof 7 residiert, und der bereits seit über zehn Jahren CONTRASTE im Sortiment führt, gibt es in Göttingen eine zweite Verkaufstelle.

Seit Juli 2005 ist CONTRASTE auch im Weltladen in der Langen Geismar Straße 21 erhältlich.

KURT'S SURF CENTER: »ANONYMES« ADRESSEN-ARCHIV

Letzte Hemde und abgegebene Löffel

Das Internet ruft immer öfter zu Kampagnen auf. 2002 fand die Aktion »letztes Hemd« ungeteilte Medienaufmerksamkeit: immer mehr sandten Schröder ihr »letztes Hemd«. Der wiederum ließ die Kleidung an Bedürftige verteilen, womit er seine Negativschlagzeilen in Eigenwerbung umbiegen konnte. Ähnliches dürfte sich bei der Löffelsammelaktion ergeben, die darauf abzielte, der

Wieder andere Kampagnen werden von den Massenmedien selbst gestartet. BILD forderte seine Leser auf, Anträge auf Zuteilung von Notbenzin auszufüllen. So einfach jedenfalls stellte es sich für die BILD dar, die ihre Leser aufforderte, der Redaktion ein ausgefülltes Formular zukommen zu lassen, auf dem der erzürnte Autofahrer neben seinem Namen, seiner Adresse, Alter, Beruf und Familienstand auch noch Einzelheiten über sein Auto angibt.

Dies jedoch ist nicht nur blinder Aktionismus und billiger Klamauk, sondern ganz nebenbei auch noch eine gigantische Datenbank, die alle Unternehmen mit Zielgruppe Autofahrer mit Gold aufwiegen dürften. Doch, so versicherte die BILD-Redaktion in Hamburg treuherzig, dies sei nicht der Sinn der Aktion gewesen. Weder habe man die Zeit noch die Ressourcen, um die Daten auszuwerten, und weitergeben würde man sie auch nicht. Ein entsprechender Datenschutzhinweis allerdings fehlte.

Andererseits kann provokatives Auffallen auch politische Inhalte transportieren. Erinnert sei an die historische STERN-Aktion »Wir haben abgetrieben«, in der prominente Frauen ihr damals noch strafbewehrtes Verhalten öffentlich eingestanden.

Und durch das Web wird eigentlich vieles Privates öffentlich. Wer ohne Tarnkappe (ohne Nutzung von Software wie JAP) surft, offenbart seine Vorlieben. Wer verschlüsselt mailt, fällt auf, dass er was zu verbergen hat, wenn er keine Anonymisierungsserver nutzt. Wer unverschlüsselt mailt, verschickt private oder geschäftliche Post quasi ohne Briefumschlag. Jeder kann sie auf ihrem Weg einsehen.

Dass das auch gefährlich sein kann, musste unlängst in China Shi Tao erfahren, der auch prompt ins Arbeitslager gesteckt wurde. Sein Verbrechen: Der Journalist der Wirtschaftszeitung »Dangdai Shang Bao« hatte eine interne Anordnung der Kommunistischen Partei zum 15. Jahrestag des Tiananmen-Massakers an ein »überseeisches feindliches Element« weitergeleitet. Die Epistel enthielt nicht viel mehr als eine allgemeine Warnung vor der Rückkehr bestimmter Dissidenten – aber allein das Wort »Dissident« dürfte in den Filterprogrammen der Staatssicherheit hängen geblieben sein und einen der 40.000 Internet-Zensoren auf die Spur Shi Taos gebracht haben.

Dabei hatte der 37-jährige seine Mail sogar anonymisiert, aber eben nicht bei einem sicheren Anonymisierungsserver, sondern nur bei Yahoo. Yahoo aber leistete auf Anfrage bereitwillig Auskunft. Überhaupt will keine der großen Internetfirmen sich es mit den chinesischen Machthabern verderben, gilt China doch als der Zukunftsmarkt. Das US-Unternehmen sicherte sich gerade für 1 Milliarde Dollar einen 40% Anteil an der größten chinesischen E-Commerce-Firma Alibaba.com.

Und auch die anderen mischen kräftig mit. Da gibt es Suchmaschinen wie Google oder Microsoft MSN, die verbotene Begriffe nicht finden. Oder Netzwerkausrüster wie Cisco, die Millionenaufträge zur Internetüberwachung durch die Behörden annehmen.

Deshalb gilt es hier vor Ort, auch die Anfänge einer solchen Entwicklung zu stoppen und die Privatsphäre zu schützen. Nutzt zum surfen JAP (http://anon.inf.tu-dresden.de), und zum mailen GnuPG (englisch für GNU-Wächter der Privatsphäre, s. auch: http://de.wikipedia.org/wiki/gnupg) und einen wirksamen Anonymisierungsserver.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

KÖLN: DIE ARGE ZERSTÖRT SELBSTVERWALTETE BETRIEBE UND SELBSTHILFESTRUKTUREN

120 Ein-Euro-JobberInnen im Möbelverbund

Die Kölner ARGE will in verschiedenen Projekten des Kölner »Möbelverbund« (Verbund gemeinnütziger Kölner Möbellager e.V.) 120 MAE-Stellen einrichten (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung – besser bekannt als »1 Euro-Jobs«). Die Arbeitslosen sollen u.a. bei Umzügen und Entrümpelungen eingesetzt werden. Den Projekten entstehen für diese ArbeiterInnen keine Lohnkosten, und sie bekommen für die Arbeit der Arbeitslosen sogar noch zusätzliche Gelder von der ARGE (»Arbeitsgemeinschaft«, der Zusammenschluss von Arbeitsamt und Sozialamt zwecks Verwaltung der EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld 2).

Sozialistische Selbsthilfe Köln ● Von den Kunden brauchen diese Entrümpler dann nicht mehr viel zu verlangen – ist ja alles schon aus öffentlichen Geldern bezahlt. Die ARGE betreibt damit Lohndumping; die Löhne in diesem Bereich werden noch weiter gedrückt werden. Für Selbsthilfegruppen wie der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK) und der Sozialistischen Selbsthilfe Köln-Mülheim (SSM) könnte das ökonomisch das Ende bedeuten. Die ARGE schafft keine Arbeitsplätze, im Gegenteil: sie zerstört vorhandene.

Der SSK besteht seit mehr als 30 Jahren als Wohn- und Arbeitskollektiv, als politisches Projekt und als Anlaufstelle. Diese Selbsthilfestruktur ist aus der Kritik an staatlicher Fürsorge entstanden, als Möglichkeit für die Opfer dieser »Fürsorge«, sich gegen die Institutionen zu wehren und von ihnen unabhängig zu machen. Im SSK leben Menschen zusammen, die in der Hackordnung des Arbeitsmarktes nicht mithalten können oder nicht mitmachen wollen. Wir versuchen, die Arbeit in unserer eigenen Firma und das Zusammenleben so gleichberechtigt wie möglich zu organisieren, ohne Chefs und Zwang. Unseren Lebensunterhalt verdienen wir mit Umzügen, Entrümpelungen und dem Verkauf gebrauchter Sachen. Bisher ging die Rechnung auf: durch die Aufträge und den Verkauf kam genug Geld rein, um den SSK als Lebens- und Einkommensprojekt am Laufen zu halten, ohne staatliche Subventionierung.

In den letzten Jahren macht sich jedoch die verschärfte Konkurrenz bemerkbar. Immer mehr Menschen sehen sich gezwungen, ihre Arbeitskraft zu Hungerlöhnen zu verkaufen. Sie schleppen z.B. Möbel für 4 Euro pro Stunde. In den Straßen tauchen Werbezettel auf, die Umzüge zu Billigstpreisen anbieten. Immer häufiger springen Kunden nach unserem Kostenvoranschlag ab, weil andere das billiger machen. Und diese anderen sind nicht nur Private, die sich als Ich-AG durchschlagen, oder die KollegInnen aus anderen Ländern, die hier für paar Euro Stundenlohn ausgebeutet werden. Es sind zunehmend staatlich geförderte Projekte, die so billige Angebote machen können, weil die Lohnkosten vom Staat bezahlt werden. Früher wurden diese Projekte mit ABM- und HzA-Stellen (»Hilfe zur Arbeit«, ABM für SozialhilfeempfängerInnen) subventioniert. Heute greifen sie nach den Ein-Euro-JobberInnen, die sie als Billigarbeitskräfte einsetzen, und die ihnen über die zusätzlichen Gelder ihre Sozialarbeiterstellen finanzieren.

Im Möbelverbund sind verschiedene Projekte zusammengeschlossen, die in diesem Bereich tätig sind. Das klingt nach sinnvoller Organisierung von Basisinitiativen. Ist es aber nicht. Dieser Verbund kam auf Betreiben der Stadt Köln zustande, die durch diese Vernetzung ihre Sozialhilfekosten reduzieren wollte. Sie beschloss 1997, dass SozialhilfeempfängerInnen keine neuen, sondern nur noch Gebrauchtmöbel bekommen sollten. Dazu wollte sie auf das Möbelangebot der Selbsthilfeprojekte zurückgreifen. Es gab große Pläne von Computervernetzung (um jeweils per Mausclick feststellen zu können, in welchem Möbellager das gesuchte Möbel gerade gebraucht vorrätig ist), und ein Second-Hand-Kaufhaus sollte eingerichtet werden. So weit ist es noch nicht gekommen. Sechs Möbellager sind zur Zeit dem Verbund angeschlossen.

Außerdem wurde ein Recyclinghof eingerichtet, wo der von den Projekten angelieferte Sperrmüll für die Wiederverwertung sortiert wird. Nichts gegen Recycling – aber warum wurde hierfür nicht eine reguläre Abteilung bei den Abfallwirtschaftsbetrieben eingerichtet, mit tariflich bezahlten und abgesicherten Arbeitsplätzen? Die KollegInnen, die im Möbelverbund die Recycling-Arbeit machen, hatten zunächst HzA-Stellen, und heute 1 Euro-Jobs. Das heißt: wenig Lohn, keine Rechte, keine Perspektive.

Der Möbelverbund wurde von der Stadt Köln mit den Zielen gegründet, auf Kosten der SozialhilfeempfängerInnen zu sparen, und weitere Arbeitsplätze auf dem Zweiten Arbeitsmarkt zu schaffen. Wir sind dem Verbund nicht beigetreten, da wir beides ablehnen: die Hetze gegen SozialhilfeempfängerInnen genauso wie den Zweiten Arbeitsmarkt.

Die Leistungen des Sozialstaats sind und waren immer mit Arbeitszwang verbunden: wer seine Arbeitskraft nicht zur Verfügung stellt, wird ausgeschlossen. Alle paar Jahre werden Kampagnen gegen »Sozialschmarotzer« losgetreten, als Vorbereitung für weitere Kürzungen, die das Leben der Armen weiter beschneiden. Wer nicht arbeitet, soll schlecht essen und schlecht leben? In einem der reichsten Länder der Welt? Warum? Für weitere Kürzungen auf Kosten der Armen wollten wir uns und unser Möbellager nicht instrumentalisieren lassen. Der SSK hat im Gegenteil immer wieder Menschen unterstützt, die sich gegen das Sozialamt, gegen Kürzungen und Arbeitszwang gewehrt haben.

Her mit dem schönen Leben – Alles für Alle! Das ist heute, unter den Bedingungen von »Hartz IV« umso dringender nötig. Die neu gegründete ARGE versucht, den Druck auf Arbeitslose so zu erhöhen, dass sie lieber »jede Arbeit annehmen« als sich weiterhin von den Behörden schikanieren zu lassen. Arbeitsplätze hat sie nicht zu vermitteln. Also hält sie die Arbeitslosen anders auf Trab: mit sinnlosen Bewerbungen, mit schikanösen »Trainingsmaßnahmen«,

SSK-Gruppe Salierring — Foto: SSK

oder eben mit 1 Euro-Jobs. Die schwächsten Gruppen werden gedemütigt und unter Druck gesetzt – als Warnung an alle anderen ArbeiterInnen, bloß nicht gegen Arbeitszeitverlängerung, Lohnkürzung und Prekarisierung aufzumucken.

Genau dazu dient auch der sogenannte Zweite Arbeitsmarkt, den vor allem SozialarbeiterInnen gerne als Ausweg aus der Krise und »Hilfsangebot« darstellen. Mit dem Zweiten Arbeitsmarkt werden ArbeiterInnen zweiter Klasse geschaffen, mit weniger Lohn, ohne Rechte. Ob ABM, HzA oder MAE – alle diese Arbeitsmaßnahmen sind mit Zwang verbunden, denn hinter diesen »Angeboten« steht immer die Drohung, die Arbeitslosenunterstützung zu streichen. Mit diesen Maßnahmen setzt der Staat die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf breiter Front durch. Was zuerst nur für den staatlich finanzierten Arbeitsmarkt gilt, wird irgendwann zum Normalzustand und dann mit Gesetzesänderungen abgesegnet (man denke an die vielen Gesetzesänderungen zu Leiharbeit, Kündigungsfristen, Lohnfortzahlung, usw.). Die angeblich »zusätzlichen« Arbeiten des Zweiten Arbeitsmarktes führen tatsächlich zum Abbau bestehender Arbeitsplätze oder zur Verschlechterung der dortigen Bedingungen. Das Prinzip ist alt, aber es schlägt im Fall von Möbelverbund und SSK nun leider gegen uns zu.

Bei den geplanten 120 MAE-Stellen treffen sich verschiedene Interessen. Die ARGE vergibt diese Jobs gerne in größeren Kontingenten, weil das für sie weniger Verwaltungsaufwand erfordert. Die Stadt fördert gerne den Möbelverbund, als Vorzeigeprojekt für Arbeitsbeschaffung und Recycling – gerade letzteres macht sich ja ganz gut in einer Stadt, wo das Image der PolitikerInnen nach den Korruptionsskandalen um den überdimensionierten Müllofen und die Privatisierung der Abfallwirtschaft doch einigen Schaden genommen hat.

Und der Möbelverbund nimmt gerne das viele Geld und die vielen 1 Euro-JobberInnen, die den Betreibern ihre Stellen sichern. Denn das funktioniert so: Die Projekte bekommen pro Monat und JobberIn 685 Euro und sollen von dem zusätzlichen Geld Stellen für die »Betreuung« und »Qualifizierung« der JobberInnen einrichten. Für Betreuerinnen, Anleiter oder Sozialarbeiter heißt das: feste Stellen mit BAT-Lohn.

Hier kommen eine Menge handfeste Interessen zusammen, und es geht um viel Geld (120 mal 685 Euro macht pro Jahr fast eine Million). Weniger gut kommen dabei die Arbeitslosen weg, die für 1 Euro MAE ein halbes Jahr lang Möbel schleppen sollen – eine großartige Qualifizierung, die ihnen auf ihrem weiteren Weg durch den Arbeitsdschungel sicher von großem Nutzen sein wird... Und auf der Strecke bleiben könnten dabei die Selbsthilfegruppen, die dieselbe Arbeit seit Jahrzehnten selbstorganisiert machen, ohne Betreuer und staatliche Gelder, aber dem Lohndumping durch soviel Fürsorge kaum gewachsen sein dürften.

Hier werden selbstverwaltete Betriebe mit öffentlichen Geldern in den Ruin getrieben.●

Wir fordern die Stadt Köln auf, das Lohndumping durch die ARGE zu stoppen.
Das heißt: ARGE schließen – Weg mit dem Arbeitszwang!

Presseerklärung
Köln, 5. September 2005
SSK Salierring, SSK Ehrenfeld

Zur weiteren Entwicklung und Diskussion verweisen wir noch auf untenstehende Links:
1) www.nrhz.de/archiv_06/artikel2.php
2) www.nrhz.de/archiv%5F11/interview1.php

FC HAMMER GEWINNT DIE NEUNTE MEISTERSCHAFT DER BUNTEN LIGA GÖTTINGEN

Schau mal Mama, da heißt einer Diät

Die meisten Teams der Bunten Göttinger Fußball-Liga besitzen keinen einheitlichen Trikotsatz, Individualität ist angesagt. Die Zuschauer können froh sein, wenn sie die Teams an gleichfarbiger Oberbekleidung erkennen. Team Sparwasser spielt in roten Hemden: einer hat das Portrait von Che Guevara auf der roten Brust, ein anderer spielt im Trikot der Roten (Hannover 96) und ein dritter trägt ein rotes Werbe-Shirt.

Kai Böhne, Redaktion Göttingen ● Die Elf von *Mutter Theresa* spielt in orange und *Stiefel Relax* spielt in weiß. Lediglich die alten Kämpen besitzen noch die hellen Hemden mit dem Bierstiefel und der Aufschrift »für Frieden und Völkerverständigung«, die anderen spielen in weißen Baumwoll-Shirts.

Nur der älteste Zusammenschluss, der bereits 1979 gegründete *FC Hammer*, besitzt einheitliche Spielkleidung, sogar mit Namen und Rückennummer. Damit dies im genannten Umfeld nicht allzu schnöselig wirkt, haben die Kicker Humor bewiesen: so waren unter den 22 am letzten Spieltag anwesenden Spielern – alle wollten gegen *Team Sparwasser* zum Einsatz kommen und die Meisterschaft perfekt machen – auch *Geheimagent 007*, *0 Diät* und *2 Öltanks*. Es kam zu Dauerrotation und Völkerwanderung zwischen Spielfeld und aufgereihter Spielerkette hinter der Seitenlinie. So konnte kein flüssiges Spiel entstehen und Hammer unterlag 2:3. Ein kleines Mädchen, das die Einwechselungen genau verfolgte, informierte seine Mutter: »Schau mal Mama, da heißt einer Diät.«

Gerangel im Strafraum

Doch nun zur Partie: *Schwarze Pumpe* gegen *Stiefel Relax*. Gerangel im Strafraum von *Schwarzer Pumpe*. Der ballführende Relax-Spieler wird in aussichtsreicher Position hart angegangen und umgeschmissen. Er liegt am Boden, sein Gegenspieler dreht sich fragend um. Der Relax-Kicker rappelt sich hoch, sagt zunächst nichts. Als er bemerkt, dass das Spiel stockt, raunt er einem Mitspieler zu: »Los, weiter.«

Doch das Spiel ist unterbrochen, einige Spieler und Anhänger von *Schwarzer Pumpe* fordern einen Elfmeter

Meistermannschaft FC Hammer, Bunte Liga Göttingen 2005 — Quelle: FC Hammer Archiv

für *Stiefel Relax*. Der umgedrückte Sportler und seine Mannen wollen großzügig verzichten, es kommt zu Diskussionen auf dem Rasen und dem Randstreifen. Energische Zuschauerinterventionen setzen einen Elfmeter durch. Der betroffene Spieler führt selbst aus, generös platziert er den Ball dem Torhüter in Brusthöhe direkt in die Arme. Geschenke will er nicht annehmen. Eine Szene, ganz im Gründergeist der Bunten Liga.

Unverkrampfte Spielweise erwünscht

»Ja, solch eine unverkrampfte und wohlwollende Herangehensweise wünscht man sich häufiger,« kommentiert Günther Siedbürger, seit Ligagründung für den *FC Hammer* am Ball, das Geschehen. Denn in der Bunten Liga gibt es keine Schiedsrichter. Eingangs hatten sich alle Teams geeinigt, bei Grobheiten dem betroffenen Spieler das entscheidende Wort zu überlassen: wenn er angibt, er sei gefoult worden, dann war es ein Foul, dann gibt es keine Diskussionen! Alle weiteren Regelauslegungen, unter anderem die Abseitsfrage, werden auf dem Spielfeld ausdiskutiert und »das kann bei einigen Heißspornen und uneinsichtigen Zeitgenossen ganz schön nervig werden,« bedauert Siedbürger.

Seit 1997 tragen die Göttinger Alternativkicker ihre Meisterschaft aus. Weitere Hochburgen mit Bunten und Wilden Ligen sind Bielefeld, Köln, Aachen und Freiburg. In der soeben abgeschlossenen neunten Saison konnte sich, trotz der Niederlage im letzten Spiel, der jeden Samstag auf dem Bolzplatz an der Robert Koch Straße kickende *FC Hammer* durchsetzen und seine erste Meisterschaft erringen.●

ERINNERUNGEN AN JOSEF WINTJES BEIM BLÄTTERN IN ALTEN JAHRGÄNGEN DES ULCUS MOLLE INFOS

Doch kein kleiner Bertelsmann

Die Revolution war aus Papier und abhängig von den Beförderungsregeln der Bundespost. »Die 'Deutsche Bundespost' verweigert GERMANIA und anderen Underground-Zeitschriften die Zulassung zum Postzeitungsdienst (Streifbandzeitung); was heißt, dass alle Auslieferungen per normaler Drucksache versandt werden müssen!! Bei Drucksachen darf keine handgeschriebene Ein- bzw. Nachtragung auftauchen, d.h. weder Rechnung noch Zahlkarte mit Werten dürfen beigegeben werden. Drucksachen dürfen nicht mehr als 500 gr. wiegen! NICHT 'verkehrsübliche' MEINUNGSBILDUNG WIRD DURCH AUSLIEFERUNGSZENSUR UNTERDRÜCKT!!«

Joachim Feldmann ● Wieder einmal musste Josef Wintjes, seit drei Jahren Betreiber eines, wie es in seinem ersten Rundschreiben hieß, *Nonkonformistischen Literarischen Informationszentrums* seinem Ärger über die Postbürokratie Luft machen. Und da im Jahre 1972 die einzige typografische Gestaltungsmöglichkeit einer kleinen Zeitschrift, wollte man nicht auf die teuren Letraset-Rubbelbuchstaben zurückgreifen, in der Betätigung der Großschreibtaste bestand, wurde diese auch kräftig benutzt.

Wintjes, damals Mitte zwanzig, verheiratet, ein Sohn, arbeitete hauptberuflich als Industriekaufmann bei Krupp. Im November 1969 hatte er seine erste Angebotsliste mit Zeitschriften, die am Kiosk nicht zu bekommen waren, verschickt. Im Juni 1970, das Info firmiert inzwischen wie sein Betreiber unter dem eher unappetitlichen Namen *Ulcus Molle* (Weicher Schanker), erscheint bereits die achte Lieferung. Auf der Titelseite findet sich ein Epigramm von Manfred Bosch, das die Stimmung dieser Jahre perfekt erfasst: *»bertelsmann / steigerte seinen umsatz / um 7 % / auf 600 millionen mark, / das info-zentrum um 30 % / bertelsmann, wir kommen!«*

klitzekleine bertelsmänner, so der Titel eines einschlägigen Werkes zur Alternativpresse jener Zeit, wollten die Zeitschriftenmacher allerdings nicht werden. Es ging um Bewusstseinsveränderung, in welche Richtung auch immer. Auch das Literarische Infozentrum war zunächst alles andere als ein kommerzieller Erfolg. Erst 1974 gab Josef Wintjes seinen Job bei Krupp auf, um sich ganz dem alternativen Unternehmertum zu widmen. Und das ging auch einige Jahre gut, denn in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre begann die Hochzeit der Gegenkultur.

25 Jahre Alternativ-Literatur

Vor zehn Jahren, am 24. September 1995 starb der Versandbuchhändler und Betreiber des *Nonkonformistischen Literarischen Informationszentrums* in Bottrop, Josef »Biby« Wintjes. 25 Jahre förderte und motivierte er Nachwuchsautoren und vertrieb deren Erzeugnisse. Einer der bekanntesten Mitstreiter, die für sein *Ulcus Molle Info* schrieben, war Jörg Fauser; er setzte Wintjes in seinem Roman *Rohstoff* ein Denkmal.

Der nebenstehende Beitrag ist ein gekürzter Vorabdruck, den uns freundlicherweise der Göttinger Rainer Pinkau Verlag zur Verfügung stellte. Dort erscheint in Kürze eine kleine Schrift, in der neben Joachim Feldmann weitere Weggefährten – u. a. Jürgen Ploog, Werner Pieper und Peter Salomon – über ihre Zusammenarbeit mit Biby Wintjes und die Debatten in der Alternativpresse berichten werden.

Joachim Feldmann, Jahrgang 1958, ist Lehrer und seit 1977 Redakteur der von ihm mitbegründeten Literaturzeitschrift *Am Erker*.

CONTRASTE wird ihren November-Schwerpunkt Biby Wintjes widmen.

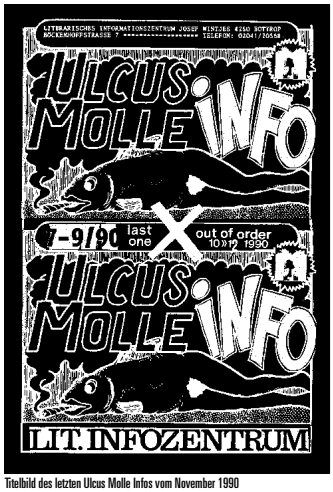
Untergrund war nur Briefmarken entfernt

Es war um diese Zeit, als ich das *Ulcus Molle Info* kennenlernte. Ein Artikel in der Musikzeitschrift *Sounds* hatte mich neugierig gemacht und so bestellte ich eine der »dicken Probesendungen zum Antesten« für 4,50 Mark. Für den Schüler der Oberstufe eines Kleinstadtgymnasiums eröffnete sich eine neue Welt. Der Untergrund war nur ein paar Briefmarken entfernt. Blätter wie *Nachtmaschine* oder *Gasolin 23* hielten die Verbindung zu den Erben der amerikanischen Beat-Generation. Der *Metzger* war links und flippig zugleich. Und die provokanten *U-Comix* aus Raymond Martins Volksverlag sorgten für rote Ohren.

Geschäftlich waren die späten siebziger und frühen achtziger Jahre wohl Wintjes' erfolgreichste Zeit. Es sollte noch ein wenig dauern, bis die großen Verlagskonzerne entdeckten, welches kommerzielle Potenzial in der »Gegenkultur« steckte. Zudem war es Ehrensache, sein Geld möglichst nicht etablierten Geschäftsbetrieben in den Hals zu werfen, sondern alternative Unternehmungen zu unterstützen. Back-, Druck-, und sonstige Kollektive schossen aus dem Boden. Und in diese Szene gehörte irgendwie auch das *Literarische Infozentrum*, obwohl es sich damals um einen, wie Josef Wintjes selbst schrieb, Familienbetrieb handelte, dessen Inhaber zudem wahrscheinlich mehr von Buchhaltung verstand als die meisten Alternativunternehmer. Dennoch wurde die Krise der gegenkulturellen Bewegung auch zur Krise für *Ulcus Molle*. Der Abonnentenstamm wurde kleiner und die Anzahl der Bestellungen ging zurück. So waren es letztendlich auch geschäftliche Motive, die Wintjes veranlassten, das Info durch *Impressum*, eine Servicezeitschrift für Amateurautoren, abzulösen. Als ich ihn im Sommer 1995 zum letzten Mal traf, wirkte er in hohem Maße desillusioniert.

Individuen statt Ideologien

In Erinnerung behalten aber werde ich Biby Wintjes als einen Idealisten, dessen selbstausbeuterische Arbeit von kaum zu unterschätzender Bedeutung für eine, manchmal sehr undankbare, Szene war. Im *Ulcus Molle Info* trafen sie aufeinander, Esoteriker und Sozialrevolutionäre, Hippies und Kommunisten, Individualanarchisten und Avantgardekünstler. Manche Protagonisten verstanden es sogar, diverse Identitäten in einer Person zu vereinbaren. Wintjes selbst konnte mit vielen dieser Positionen wenig anfangen, aber er akzeptierte sie, weil sie für ihn alle zum großen gegenkulturellen Aufbruch nach 1968 gehörten.



Titelbild des letzten Ulcus Molle Infos vom November 1990

Für Biby Wintjes, das lässt sich beim Blättern in den alten *Ulcus Molle-Infos* erkennen, zählten Individuen, nicht deren Ideologien. Dass er damit nicht ganz falsch lag, zeigt seine eigene Biographie.●

VERANSTALTUNGSREIHE ZUR FRANKFURTER BUCHMESSE 2005

GEGEN BUCH MASSE

Mo. 17.10.2005, 20Uhr, Café ExZess, Leipziger Str. 91, Frankfurt/M.-Bockenheim

Unheilige Allianzen – Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus
Buchvorstellung und Diskussion mit dem Autor Christian Dornbusch
VeranstalterInnen: Antifa Café im ExZess, P.A.C.K., Initiativkreis GegenBuchMasse

Zum Buch:
Unheilige Allianzen – Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus. Von Christian Dornbusch und Hans-Peter Killguss UNRAST Verlag / Reihe Antifaschistischer Texte (rat) 2005

Im Schatten des Black-Metal-Mainstreams hat sich eine Underground-Szene aus Bands, Fans und Magazinen entwickelt, die sich zwischen Satanismus, Heidentum und offener Glorifizierung des Nationalsozialismus bewegt. Die Anhänger eines sozialdarwinistisch geprägten Satanismus beanspruchen als selbsternannte Elite ein Recht des Stärkeren und propagieren die Vernichtung all dessen, was in ihren Augen schwach ist.

Um sich vom Christentum abzugrenzen, begeben sich andere Musiker auf die spirituelle Suche nach ihren eigenen Wurzeln. Sie erheben das germanische Heidentum zur Heilsreligion, fordern ein Leben nach vermeintlichen Gesetzen der Natur und die Vertreibung derer, die nicht ihren Vorstellungen entsprechen. Obgleich von der Öffentlichkeit weniger beachtet, haben die extrem rechten Bands des Genres unter dem Label NS-Black-Metal den Schulterschluss mit ihren *Brüdern im Geiste*, den neonazistischen Skinheads, längst vollzogen.

Die Autoren recherchieren seit einigen Jahren in der Szene. Sie beschreiben die Entwicklungen des Black Metals und seiner Szene, analysieren die Motive des Genres sowie ihre Verknüpfung mit der Ideenwelt der extremen Rechten und benennen Bands und Akteure, die zum neonazistischen Untergrund in Deutschland und Europa gehören.

Di. 18.10.2005, 19 Uhr, Café ExZess, Leipziger Str. 91, Frankfurt/M.-Bockenheim

WiderstandsBewegungen – Antirassismus zwischen Alltag und Aktion
19 Uhr: Proteste gegen rassistische Filmvorführungen in Frankfurt der letzten fünf Jahrzehnte
Vortrag und Bilder von dem Autor Niels Seibert
20 Uhr: Die HerausgeberInnengruppe interface: Buchvorstellung, Fotos und Diskussion WiderstandsBewegungen – Antirassismus zwischen Alltag & Aktion
VeranstalterInnen: Antifa NOIR, P.A.C.K., Initiativkreis GegenBuchMasse

Zum Buch:
WiderstandsBewegungen – Antirassismus zwischen Alltag und Aktion. HerausgeberInnengruppe interface, Association A 2005

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet wehren sich Menschen gegen rassistische Verhältnisse – sie schließen sich in Heimen zusammen, protestieren gegen schlechte Versorgung, gegen Schikane auf den Ämtern, gegen Abschiebungen und Polizeigewalt. Sie bilden migrantische Netzwerke und Kooperationen mit anderen Gruppen und starten Kampagnen.

Das Buch zeigt die Bandbreite aktueller antirassistischer Aktionsformen und Interventionsmöglichkeiten auf und richtet einen schlaglichtartigen Blick auf die Geschichte antirassistischen Widerstands.

Die AktivistInnen kommen selbst zu Wort: Sie beschreiben die gesellschaftlichen Bedingungen, die den antirassistischen Kampf notwendig machen, und erläutern die sich daraus ergebenen politischen Handlungsräume. So wird der Raum für eine Diskussion um Perspektiven des Antirassismus eröffnet.

Das Buch ist ein Bewegungsbuch im besten Sinne. Es liefert nicht nur einen Blick auf die Bewegungen, sondern kommt aus den Bewegungen selbst.

Mit Texten von agisra köln, amplitude, Anticolonial Africa Conference, Antirassistische Initiative Berlin, Arbeitskreis Asyl Göttingen, Autonome FluchthelferInnen, Flüchtlingsinitiative Brandenburg, Grenzcampvorbereitung, Initiative gegen das Chipkartensystem, Kanak Attak, Kanak TV, Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen, kein mensch ist illegal, Naturfreundejugend Berlin, Respect, refugee emancipation project, Rheinisches JournalistInnen Büro, Romane Aglonipe, The Voice Refugee Forum, Umbruch Bildarchiv und vielen weiteren AktivistInnen.

Mi. 19.10.05, 20 Uhr, Café ExZess, Leipziger Str. 91, Frankfurt/M.-Bockenheim

Operaismus und Weltsystem
Buchvorstellung und Diskussion mit den ÜbersetzerInnen der beiden Bücher – Forces of Labor – Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870 von Beverly Silver und – Den Himmel stürmen – eine Theoriegeschichte des Operaismus von Steve Wright
VeranstalterInnen: Café Antisistema, Initiativkreis GegenBuchMasse

Im Frühjahr 2005 erschienen bei Assoziation A zwei aus dem Englischen übersetzte Bücher, die in unterschiedlicher Weise Bezug auf den sogenannten Operaismus nehmen. Diese kritische Erneuerung des Marxismus, die auf Debatten seit Anfang der sechziger Jahre in Italien zurückgeht, stößt heute wieder verstärkt auf Interesse. Mit »Den Himmel stürmen« hat Steve Wright eine »Theoriegeschichte des Operaismus« vorgelegt, die anhand der zentralen Texte und Debatten nachzeichnet, wie damals der kritische Gehalt von Marx' Auseinandersetzung mit kapitalistischer Maschinerie und Rationalität, sowie der gesamten Produktionsweise neu entdeckt wurde, und wie dem statischen Klassenbegriff der orthodoxen Parteiideologie eine dynamische Auffassung entgegengesetzt wurde, die die Momente der »Klassenzusammensetzung« und des permanenten Konflikts um die Arbeit betonte.

Die wesentlichen Grundgedanken dieses Marxismus finden sich auch in »Forces of Labor« von Beverly J. Silver wieder, ohne dass sie direkten Bezug auf den Operaismus nimmt. Das neue an ihrer Studie, die auf einer Datenbank zu Arbeiterunruhen auf der gesamten Welt beruht, besteht in der Verbindung der operaistischen Herangehensweise mit dem Ansatz der Weltsystemanalyse. In kritischer Abgrenzung von den oft strukturalistischen und deterministischen Zügen dieses Ansatzes zeigt sie, welche Bedeutung die Kämpfe von ArbeiterInnen für die Entwicklung und Ausprägung des kapitalistischen Weltsystems hatten und haben. In der Untersuchung von anderthalb Jahrhunderten Arbeiter- und Kapitalgeschichte werden überraschend aktuelle Zusammenhänge sichtbar, die zum Verständnis der heutigen globalen Umbruchsituation beitragen.

Zu den Büchern:
Forces of Labor. Silver, Beverly J.
Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870. Aus dem Amerikanischen von wildcat & friends Assoziation A – 2005
»Forces of Labor« ist der erste umfassende Versuch, die Dynamiken und Muster des Klassenkonflikts auf dem gesamten Globus zu untersuchen. Das Buch baut auf einem langfristig angelegten Forschungsprojekt der World Labor Research Group auf. Beverly Silver untersucht die Entwicklung und räumliche Verlagerung von »Arbeiterunruhen« und Arbeiterkämpfen im Kontext der beiden großen kapitalistischen Produktzyklen der Textil- und der Automobilindustrie. Oftmals unsichtbare Verbindungen, ökonomische und (welt-)politische Zusammenhänge zwischen einzelnen Kampfzyklen in verschiedenen Regionen werden greifbar gemacht. Silvers Erkenntnisinteresse gilt den gegenwärtigen Perspektiven der Kämpfe. Sie hinterfragt gängige Thesen zum Stand der Globalisierung im »Postfordismus« und zum »Verschwinden der Arbeiterklasse« auf der Grundlage einer weltsystemgeschichtlichen Betrachtung, die wahrnimmt, dass Mobilität und Flexibilität nicht nur Eigenschaften des Kapitals sind, sondern auch die Kämpfe auszeichnen.

Im Zentrum stehen die »Arbeiterunruhen«, d.h. die Entwicklung proletarischer Widerständigkeit. Arbeitermacht formiert sich im kapitalistischen Produktionsprozess auf unterschiedliche Weise. Jeder Kampf kennt seine Bedingungen, seinen möglichen Einsatz, seine politischen Optionen. Silver zeichnet die ungleichzeitigen Konjunkturen, Ausweitungen und Schwächungen der Kämpfe um und gegen die Arbeit im Kapitalismus weltweit nach. Damit wird zum ersten Mal ein materiell fundiertes Bild einer »Weltarbeiterklasse« sichtbar, die sich nicht auf die Geschichte der organisierten Arbeiterbewegungen reduzieren lässt. Frei von revolutionstheoretischem Jargon schafft »Forces of Labor« einen neuen Ausgangspunkt für die Debatte über die Zukunft des Kapitalismus. »Ein großartiger Beitrag zu den aktuellen Debatten um die Politik des Widerspruchs« (Saskia Sassen).

Beverly J. Silver, geb. 1957, wuchs in den sechziger Jahren in Detroit auf und politisierte sich dort in einer Zeit von radikalen Arbeiterkämpfe in den Autofabriken. Unter anderem war sie damals in der United Farm Workers und in der Chile-Solidarität aktiv. In den achtziger Jahren studierte sie an der Universität Binghamton (New York) und gründete dort mit anderen die World Labor Group am Fernand Braudel Center. In ihrer Dissertation und vielen weiteren Artikeln wertete sie die von der WLG erfassten Daten aus und setzte die Datensammlung fort. Mit »Forces of Labor« hat sie 2003 eine umfassende theoretische Interpretation der Befunde zur Arbeiterunruhe im Weltsystem vorgelegt. 1999 veröffentlichte sie zusammen mit Giovanni Arrighi den Band »Chaos and Governance in the Modern World System«, der die letzten drei hegemonialen Zyklen im Weltsystem auf verschiedenen Ebenen untersucht. Seit 1992 ist sie Professorin für Soziologie an der Johns-Hopkins-University in Baltimore. Ihr Buch »Forces of Labor« erhielt 2005 den »Distinguished Scholarly Publication Award of the American Sociological Association«.

Anfang 2005 erschien eine spanische Übersetzung, eine portugiesische ist im Druck und Ausgaben in Koreanisch und Chinesisch sind geplant.

Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus. Von Steve Wright. Aus dem Englischen von Dirk Hauer, Felix Kurz, Marion Liebhold, Lars Stubbe – Association A 2005
»Den Himmel stürmen« ist die erste umfassende Darstellung der Theorie des Operaismus von ihren Anfängen in der antistalinistischen Linken Italiens in den späten 50ern bis zu ihrer Blütezeit während der Arbeiterkämpfe der 70er Jahre.

Es ist ein Buch über die Entwicklung eines theoretischen wie praktischen Konzepts, das vor allem durch eine genaue Analyse des kapitalistischen Fabrikalltags und des realen Verhaltens der Arbeiterinnen und Arbeiter gewonnen wurde. Die beherrschenden Fragen des Operaismus lauteten: Wie ist es um die »Klasse« und den

Fortsetzung auf Seite 14

BERLIN: DER WEG ZU EINEM FREIEN RADIO

Linke Medien in Sicht

Berlin braucht einen linken und vor allem kritischen Radiosender, der alternativen Künstlern, die nicht die Weltbühne suchen und auch nicht gesucht werden, eben weil sie z.B. kritische Musik machen, eine Plattform bietet. Das wird ständig bestätigt, indem sich heute kaum ein Berliner Radiosender um Kritik, Bildungshintergründe, Politik oder alternative Kunst kümmert sondern Popmusik spielen will. Soweit die These. Aber wie kommen wir angesichts der Konkurrenz anerkannter Sender zu einer Gründung?

Fredi Büks ● Ganz einfach. Wer schreibt uns eigentlich vor, uns innerhalb der Konkurrenz zu bewegen? Wo steht geschrieben, dass wir am Konkurrenzwettbewerb, der die meisten Radiosender mit Ausnahme von Radio Eins, Radio Multikulti oder in Ansätzen Fritz in den geistigen Ruin getrieben hat, beteiligen müssen? Das freie, das unkommerzielle Radio, birgt die Antwort.

1987 entstand der erste links-alternative private Radiosender Westberlins *Radio100*, auch als Forum der DDR-Bürgerrechtsbewegung aktiv, und sendete bis 1991. Seine Mitarbeiter stellten ihrem Projekt viel private Zeit zur Verfügung, das Geld floss nicht in rauhen Mengen, was auch nicht beabsichtigt war, und nach Streitigkeiten um den Kurs des Programmes brach das Projekt zusammen, so dass der Sender abschaltete.

Derzeit kämpfen Gruppen wie die Redaktion von *reboot.fm*, einem am 31. April 2004 auf der Frequenz 104.1 abgeschalteten und nun im Internet aktiven Radiosender, die *»Radiokampagne«*, die die Vernetzung städtischer unkommerzieller Radios übt, das höchst aktive Radiobündnis *»polyphon«*, ausgehend vom SO36, und das mal hier mal da aktive piratInnen.radio um die Schaffung eines freien, kritischen und linken Radios Berlins.

Das Potential ist da. Seit *Radio100* unterging, hat es zahlreiche programmlich weitgefächerte Versuche gegeben, wieder einen Berlinweiten Radiosender zu etablieren. Zu nennen wären da das Ersatzradio, Juniradio, Radioriff und das bereits erwähnte reboot.fm. Das Publikum war da. Die Projekte wurden durch teilweise nur monatliche Sendelizenzen gestoppt.

Immer wieder haben die verantwortlichen Anstalten des öffentlichen Rechts, namentlich die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB), und die in sie einwirkende Status-quo-Politik längere Lizenzen verhindert oder überhaupt Lizenzen verweigert. Ob mit dem Argument des fehlenden Bedarfs, was angesichts des komplett ausgesparten linken Spektrums schwer vorstellbar ist, oder der nicht zur Verfügung stehenden Frequenzen, was ebenfalls nicht stimmt: Die unliebsame Gründung eines freien Radios wurde immer wieder verhindert und gipfelte bei den Berliner Studentenprotesten im Spätsommer 2003 in der »organisatorisch bedingten« Entziehung des täglich zweistündigen Sendeplatzes eines Studentenradios. Wir brauchen ein linkes unkommerzielles Radio, um Meinungsvielfalt und Kultur zu erhalten und wissen auch, weswegen man es mit allen Mitteln zu verhindern sucht.

Das freie Radio ist im eigentlichen Sinne ein Multiplikator für Meinungen und Kunst, der so weit wie möglich außerhalb der Marktgesetze agiert. Als unkommerzielles Radio macht man sich nicht abhängig von Sponsoren, auch verlangt man kein Geld dafür, dass man Gedanken oder Songs publiziert. Zweifellos ist damit viel Arbeit verbunden, doch für Leute, denen an dieser vielfältigen Arbeit zwischen Elektrik und Tagesprogramm liegt, kann es eine Erfüllung werden. Für Etablierte ist es jedoch ein Graus, denn plötzlich werden auch die gehört, die ihnen auf die Finger schauen und die man im Einvernehmen mit anderen »in der Gesellschaft Angekommenen« aus dem öffentlichen Leben verbannt zu haben glaubte.

Nach außen hin sorgt ein freies Radio also für demokratischere Strukturen, weil zu einer demokratischen Entscheidung nicht nur die Meinungsvielfalt sondern auch die Meinungsangebotsvielfalt zählt. Dieser Begriff ist zwar an sich undemokratisch, weil er suggeriert, dass der Mensch nicht selbst denken, sondern sich ein Meinungsangebot holen soll, birgt aber in sich einen wahren Kern: Die wenigsten fangen an, sich Gedanken über ein Thema zu machen, zu dem sie nicht angestoßen wurden.

Nach innen ist ein freies Radio demokratisch, weil es jedem Einblick gewährt und jeden mitarbeiten und mitbestimmen lässt. Auf diese Weise holt es sich die personelle Kraft, um gegen Medienkonzerne zu bestehen, was schwierig scheint aber einfach geht. So mächtig sind sie nicht, wenn man ihre langen Hebel in Politik und Wirtschaft umgeht und sich einfach nicht nach ihren Gesetzen richtet.

Wer jetzt der Überzeugung ist, dass freie Radios aufgrund ihrer Konzeption nicht lange durchhalten können ohne z.B. ihre Grundsätze aufzugeben, dem sei das Radio Dreyeckland aus Freiburg ans Herz gelegt, welches seit 28

Jahren auf Sendung ist. Gratulation. Es geht nicht immer, aber es geht.

Letztendlich aber ist es weniger wichtig, dass wir einen linken Radiosender für die Ewigkeit schaffen. Das Radio ist noch nicht so alt, etwa 70 Jahre, und private Sender gibt es weitaus kürzer. Wir wissen nicht, wie lange sich Sender halten ohne zu verkommen. Es ist für die Beteiligten an unkommerziellen Projekten wie auch für Lohnarbeitstätige schwer, über Jahre hinweg Begeisterung an einer Sache zu empfinden. Es ist also wichtig, dass permanent linke Radiosender am werkeln sind, dass ständig neue Radio-Projekte gestartet werden, vielleicht ein Sender aus dem anderen hervorgeht, wenn dieser nicht mehr kann, so dass die Hörerlandschaft mitgenommen wird und es keine Zeit mehr ohne linken, kritischen Radiosender gibt.

Hier müsst ihr unbedingt reinschauen: www.de.indymedia.org/2005/08/126295.shtml. Es handelt sich um die Hautquelle dieses Artikels und enthält im zweiten Teil detaillierte, hauptsächlich programmbezogene Pläne zur Verwirklichung eines freien Radiosenders. Wenn es euch überzeugt und ihr mitarbeiten wollt, meldet euch bei einer der involvierten Gruppen.●

Hier die Radioprojekte:
reboot.fm
radiokampagne: www.radiokampagne.de
polyphon:
piratInnen.radio: www.pi-radio.de
Radio Dreyeckland (Freiburg): www.rdl.de
Bundesverband Freier Radios:
www.freie-radios.de
mit Links zu vielen freien Radios Deutschlands
Medienanstalt Berlin-Brandenburg: www.mabb.de

Quelle: www.de.indymedia.org/medien
Quelle: www.chronik-der-wende.de

SOWJETISCHER SPIELFILM ÜBER VETERANEN DER ROTEN ARMEE

Tagtäglich kämpfen

Gaston Kirsche ● »Grüß dich Aljoscha«, »Grüß dich Wanja«, vier Männer Mitte fünfzig umarmen sich zur Begrüßung auf einem Moskauer Friedhof. Beim Reden brechen ihre Sätze nach der Hälfte ab, sie schweigen sich an. Ein Vierteljahrhundert haben sie sich nicht gesehen, aber nun, 1970, bei der Beerdigung eines gemeinsamen Freundes. Sie kennen sich von der Roten Armee, haben in einem Batallion gegen die Deutschen gekämpft. Der Filmregisseur Andrej Smirnow, selbst erst im Jahr des deutschen Einmarsches in der Sowjetunion geboren, drehte 1970 den Spielfilm »Belorussischer Bahnhof«, der in der damaligen Jetztzeit spielt. »Wir haben einen Film gedreht über die Generation, die den Krieg gewonnen hat. Wir wollten uns diese Menschen einmal ganz genau ansehen und begreifen, was ihnen über die Härten des Krieges hinweggeholfen und sie zum Sieg geführt hat. Es ist ein Film über unsere Eltern ...«.

Ärgerlich ist, dass der Film die Mär reproduziert, dass in der Roten Armee die Männer gekämpft hätten, während die sowjetischen Frauen im Hinterland auf sie gewartet hätten. So ist es weitgehend ein Film über die Väter, erst im bewegensten und letzten Teil des Filmes spielt die Sanitäterin Raja eine wichtige Rolle, als die Männer zueinander finden und gemeinsam trauern.

Der Film war in der DDR 1972 ein großer Kinoerfolg, auch weil die Protagonisten nicht als übermenschliche Helden dargestellt werden, sondern als normale Sowjetmenschen mit Schwächen und Zweifeln. Von der Ironie, die in Smirnows Film wichtig ist, geht durch die biedere und altbackene Synchronisation der DEFA viel verloren. Es ist spürbar, wie penibel korrekt die Verantwortlichen in der DDR sein wollten, bei der Darstellung der sowjetischen Sieger. Nach und nach wird in dem Film deutlich, welche Probleme die vier Männer in ihren Berufen haben, als Schlosser, Kombinatsleiter, Buchhalter oder Journalist: »Ich komm nicht mehr mit, was erlaubt ist und was nicht. Da wird Eigeninitiative gefordert, aber morgen kann dass schon wieder bestraft werden«, offenbart sich der Buchhalter Nikolai: »Ich sehne mich nach einem Dienst in der Armee«. Wo alles klar sei und er nur auf den Kommandanten zu hören bräuchte. Während er das sagt, sitzen die vier in einem Lokal voller junger Leute, die zu einer Liveband tanzen, die wie eine Art russische Beatles klingen.

Aber nur Stunden später, als es darum geht, für den Transport eines Verletzten ein Auto zu bekommen, wird Nikolai selbst initiativ und hält sich auch nicht ans Gesetz: Den jungen Schnösel, der sich weigert, sein Auto für den Notfall zur Verfügung zu stellen, streckt er mit einem Schlag nieder. Die vier Kriegsveteranen landen daraufhin in einer Zelle der Miliz. Nun reden sie in ganzen Sätzen miteinander, über sich, über Kriegserlebnisse.

Am Schluss des Filmes ist deutlich, wie sehr der Krieg sie geprägt hat. Die Veteranen der Roten Armee bilden dabei einen klaren Kontrast zu der deutschen Landserromantik und der Kameraderie der ehemaligen Wehrmachtsoldaten. Ihr Krieg war die Verteidigung gegen den Überfall auf die Sowjetunion. Sie singen ihr altes Lied und weinen: »Lasst uns die schwarzen Wolken bannen, dass unsere Erde nicht mehr bebt. Die Nacht will uns verschlingen, doch wir verzweifeln nicht. Gemeinsam werden wir den Tod bezwingen, der Tag erwacht zu neuem Morgenlicht.« Es ist ein Lied von Bulat Okudschawa, dass für die deutsche Fassung übersetzt wurde. Während sie schlafen, werden als ihr Traum Dokumentaraufnahmen vom Belorussischen Bahnhof gezeigt, vom Mai 1945. Wie an diesem westlichen Moskauer Bahnhof die Heimkehrer von der Front ankamen. Auch die erwachsene Tochter der Sanitäterin Raja träumt von diesen Bildern der Befreiung.●

»Belorussischer Bahnhof«, Andrej Smirnow, UdSSR 1971, 98 min. Verleih: Progress Film Berlin

REZENSION

Das Gegenteil eines Innenweltdichters

Hartmut Barth-Engelbarts Buch unter schlag zeilen – Befreite Worte, gebrochene Reime zur Lage

Ermutigung

Letzten Endes
geht alles
was nicht
gegen den Strom schwimmt
den Bach runter

Ein Lyrikband mit 313 Seiten Umfang – das ist für manchen Dichter bereits das komplette Lebenswerk. Für den vielschreibenden Hartmut Barth-Engelbart stellen gut 300 Seiten nur eine Etappe auf seinem künstlerischen Lebensweg dar. Denn dem Dichter, Musiker, Grafiker, Aktionskünstler und Lehrer aus Hanau gehen die Themen nie aus. Als »Gegenteil eines Innenweltdichters« (Ingrid und Gerhard Zwerenz) denkt und schreibt er stets politisch. Dabei liegt der Rohstoff seiner Texte nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Häusern, in den Parlamenten, in der Glotze und den anderen Medien, kurz: Hartmut Barth-Engelbart greift ins pralle Leben, um es parteiisch links aber parteilos zu kommentieren. Seine Texte sind daher oftmals direkt anlassbezogen – und das seit mehreren Jahrzehnten: Die Beiträge des Buches wurden zwischen 1966 und heute erstellt, der Schwerpunkt liegt aber eindeutig bei aktuellen Texten.

Dass er die wirklich wichtigen kulturellen Leistungen derer kennt, die vor uns waren, dokumentiert Barth-Engelbart an vielen Stellen, u.a. in dem Text »Vom Schreiben über Leichen«, in den er ganz beiläufig die Formulierung »um sechs, nach dem Krieg« einfügte; wen das nun an den braven Soldaten Schwejk erinnert – Volltreffer, um im soldatischen Jargon zu bleiben.

Ein kurzer Text mag Barth-Engelbarts Stil illustrieren, ohne freilich alle Facetten seiner Lyrik dokumentieren zu können. Unter dem Titel »Überforderung« schreibt er:

Nachdem
wir ihnen
den Krieg
ausführlich
erklärt hatten

erklärten
wir ihnen
im Anschluss
geduldig
die Menschenrechte

Doch dafür
hatten sie
dann
keinen
Kopf
mehr.

Das war 1991. Und was ihn zu diesem Text inspirierte, liegt wohl auf der Hand.

Dass die literarische Qualität der Texte nicht immer gleich hoch ist, ergibt sich bei anlassbezogenen Vielschreibern von selbst, wobei die kurzen Dichtungen oftmals einfach prägnanter und ansprechender sind als die teils mehrere Seiten langen Werke. Barth-Engelbart schreibt grundsätzlich konkret, lässt dabei durch den gezielten Einsatz von Schreibweise, Zeilenumbruch und Formulierung aber oftmals auch Raum für die Erforschung von Texten, was ihn dann völlig von Agitprop-Künstlern oder den Produzenten von wohlfeilen Werbesprüchen abhebt.

Der Autor von »unter schlag zeilen« vermeidet stets die weinerlichen Peinlichkeiten oder weltverbesserischen Albernheiten, die die Werke schlechterer Dichter oft so unaushaltbar machen. Ein gewisses Grundniveau unterschreitet er niemals, davor schützt ihn schon seine lange Erfahrung bei der Bearbeitung von Buchstaben zu Worten und von Worten zu Texten. Noch eine kleine Kostprobe? Gerne. In dem Text »Auflösungsvertrag« gibt uns Hartmut Barth-Engelbart eine kurze und dabei höchst sinnmachende Kritik an der zu fremdbestimmter und teils sinnentleerter Arbeit geronnenen menschlichen Tätigkeit mit auf den Weg:

Hiermit
kündige ich
den Arbeitsverhältnissen

Sie haben sich
in ihrer Probezeit
nicht bewährt

Dass sie sich
bessern werden
ist nicht zu erwarten.

Was er aber mit der erläuternden Zeile »geschrieben 1996 anlässlich der Beerdigung Gottes« meint, das bleibt nebulös und offenbart einen geringen aber spürbaren Mangel. Denn da Karel Gott nicht gemeint ist, handelt es sich offensichtlich um Jenen, der da im Himmel thronen soll. Und entweder gibt es diesen, dann ist er nicht beerdigt. Oder es gibt ihn nicht, dann kann er nicht beerdigt werden. Hier wäre eine Erläuterung nicht schlecht, welcher »Gott in Frankreich« (so eine Textzeile) hier warum beerdigt wird.

So würde man sich auch an anderen Stellen noch mehr Kommentare zu einzelnen Texten seines neuen Buches wünschen, denn viele der zahlreichen Gedichte entstanden aus sehr konkreten Situationen, die selbst gut informierten Mitmenschen nicht sofort in Erinnerung kommen oder die bei einem Nachlesen in einigen Jahren ihren heute offen liegenden Bezug nicht mehr haben werden. Und es kann an dieser Stelle auch diskutiert werden, ob wirklich jeder Text hat veröffentlicht werden müssen; wir können diese Diskussion aber auch sein lassen.

Aber nicht nur Gedichte enthält »unter schlag zeilen«, sondern auch zahlreiche Collagen und Titelbilder der »neuen hanauer zeitung« (nhz), bei der Hartmut Barth-Engelbart in früheren Zeiten aktiv mitarbeitete. Den Abschluss des Bandes bildet die Darstellung der Beschlagnahmung von 45 Gedichten durch die Polizei »wegen des Verdachts auf versuchte Volksverhetzung« bei einer der von ihm ins Leben gerufenen Hanauer Widerstandslesungen.

Das Vorwort stammt übrigens von keinen Geringeren als Ingrid und Gerhard Zwerenz, die Barth-Engelbarts Dichtung an Erich Fried erinnert. Ich spürte bei vielen Texten zusätzlich den Duktus von Peter Paul Zahl. Und selbst Bert Brecht mag bei den besonders guten Texten Pate gestanden haben, ohne dass der Augsburger imitiert worden wäre. So dürfen wir auf weitere Publikationen des aktionistischen vielschreibenden und gekonnt moralisierenden »Einzelkämpfers« (Ingrid und Gerhard Zwerenz) gespannt sein.●

Martin Pechtold

Hartmut Barth-Engelbart: unter schlag zeilen
– Befreite Worte, gebrochene Reime zur Lage; Frankfurt 2005, Zambon Verlag

aus nhz: neue hanauer zeitung, Nr. 128/2005

INTERVIEW MIT BERND DRÜCKE, KOORDINATIONSREDAKTEUR DER ZEITUNG GRASWURZELREVOLUTION

300 Ausgaben gelebte Utopie

Die Monatszeitung Graswurzelrevolution (GWR) erscheint seit 1972. Sie setzt sich für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft ein und ist die älteste und auflagenstärkste anarchistische Zeitung in Deutschland. Im Juni 2005 erschien ihre 300. Ausgabe. Dies war der Anlass für ein Interview, das die FAU*-Aktivistin Lea Hagedorn mit Dr. Bernd Drücke, dem Koordinationsredakteur, im Graswurzelbüro in Münster führte. Im Folgenden dokumentieren wir eine gekürzte Fassung dieses Gesprächs.

Lea Hagedorn: *Seit wann bist Du schon bei der GWR, und wie bist Du da rein gekommen?*
Bernd Drücke: Ich bin Anfang der 80er, als Schüler, zur Friedensbewegung gekommen und habe da zum ersten Mal eine GWR in die Hände bekommen. Als ich dann 1986 zum Studieren nach Münster zog, habe ich in einer Anarcho-WG gelebt – wir hatten auch die GWR im Abo. Seitdem lese ich jede Ausgabe.

Mitglied des GWR-HerausgeberInnenkreises wurde ich, nachdem ich an der Uni Münster meine Doktorarbeit über anarchistische Presse geschrieben hatte, die dann in der GWR als »Meilenstein der Anarchismusforschung« rezensiert wurde. Im November 1998 wurde ich von 30 MitherausgeberInnen zum Koordinationsredakteur gewählt. Zuvor war ich Leser und gelegentlicher Autor der GWR.

Was sind Eure Schwerpunkte, wie haben sie sich in den letzten Jahren geändert und wodurch?

Seitdem die GWR 1972 in Augsburg von gewaltfreien AnarchistInnen ins Leben gerufen wurde, gehören Anarchismus und Gewaltfreiheit zu ihren Schwerpunkten. Die erste Redaktion hat den Wunsch formuliert, dass der Anarchismus gewaltfrei und die gewaltfreie Bewegung anarchistisch werden sollte. Die Zeitung war damals wie heute auch ein Sprachrohr antimilitaristischer Bewegungen und totaler Kriegsdienstverweigerer, die den Kriegsdienst, den so genannten »Zivildienst« und alle anderen Zwangsdienste ablehnen.

Viele GraswurzelrevolutionärInnen kommen aus der Ökologiebewegung. Soziale, basisdemokratisch organisierte Bewegungen nutzen die GWR bis heute als Diskussionsorgan.

Wie hat sich die GWR aus der Direkten Aktion entwickelt?

Die *Direkte Aktion* wurde 1965 in Hannover gegründet, untertitelt als »Blätter für Gewaltfreiheit und Anarchismus«. Diese libertär-gewaltfreie Zeitung hatte zwar den gleichen Namen, ist aber nicht identisch mit der 1977 gegründeten anarchosyndikalistischen *direkten aktion*, die es heute noch gibt. Die in Hannover gegründete *Direkte Aktion* erschien 13mal bis 1966 – mit kleinen Auflagen um 500 Stück. Der gewaltfreie Anarchismus spielte hierzulande bis 1968, als es auch eine Renaissance der libertären Bewegungen gab, keine große Rolle. 1972 war die Situation dagegen so, dass es inzwischen eine gewachsene gewaltfrei-anarchistische Bewegung gab und die Leute gesagt haben: »Wir brauchen jetzt eine überregionale Zeitung, die versucht, bundesweit oder auch international Einfluss auf die sozialen Bewegungen zu nehmen.« Heute ist die GWR mit 33 Erscheinungsjahren und 300 Ausgaben die langlebigste anarchistische Zeitung in Deutschland. Die zweitältesten, das waren mit jeweils 31 Erscheinungsjahren *die Freiheit* von Johann Most, die erschien von 1879 bis 1910, und die 1947 von Willy Huppertz in Mülheim gegründete *Befreiung*, die erschien bis 1978.

In Sachen Kontinuität ist die GWR eine Ausnahmeerscheinung im alternativen Blätterwald, und es ist ungewöhnlich, dass das Konzept nicht großartig geändert wurde. Da gibt es viele Gegenbeispiele: Die *tageszeitung* (taz) hat als linksradikale Alternativzeitung angefangen und hat dann in den 80er Jahren eine Chefredaktion eingeführt. Die Zeitung ist zu einem Sprachrohr der grünen Eliten um Joseph Fischer geworden. Den von der rot-grünen Regierung mitverantworteten Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 hat die taz-Redaktion mehrheitlich unterstützt.

Die GWR hingegen ist immer noch eine Zeitung von der Bewegung und für die Bewegung. Für uns schreiben zwar auch recht prominente linke Professoren wie Noam Chomsky, Ekkehardt Krippendorff, Wolf-Dieter Narr, Arno Klönne, aber ebenso auch SchülerInnen, die z. B. über den Jugendumweltkongress berichten.

Was waren bedeutende Geschehnisse für die GWR?

Ich denke, die Kriegsdienstverweigerer-Bewegung in den 70er Jahren und die Friedensbewegung in den frühen 80er Jahren waren sehr wichtig für die GWR. Durch die Bewegungshochs fand die GWR in den sozialen Bewegungen starke Verbreitung. Die »Republik Freies Wendland«, die vor 25 Jahren ausgerufen wurde, spielte für die Graswurzelbewegung eine große Rolle. Das waren 3.000 Leute, zu einem großen Teil auch gewaltfreie AnarchistInnen, die 1980 das Gelände besetzten, auf dem die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) Gorleben, eine Plutoniumfabrik, gebaut werden sollte. Aus massenhaften gewaltfreien Widerstand gegen die menschenfeindliche Atompolitik entstand dort ein selbstverwaltetes Hüttendorf. Es war ein Stück gelebte Utopie, 3.000 Menschen haben da wochenlang kollektiv und nach basisdemokratischen Prinzipien gelebt, Solarenergie genutzt, alternative Hütten gebaut. Sie sind dann letztlich sehr brutal von der Polizei geräumt worden. Trotzdem war es ein großer Erfolg.

Ernst Albrecht (CDU), der damalige Ministerpräsident von Niedersachsen, hat schließlich gesagt, dass die WAA in Gorleben gegen den Willen der Bevölkerung nicht durchsetzbar sei, woraufhin der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß (CSU) sinngemäß gesagt hat: »Okay, dann machen wir es bei uns in Wackersdorf, da sind 70% CSU-Wähler, da dürfte es keinen Widerstand geben.« Das war ein Irrtum, denn in Wackersdorf war der Widerstand dann auch so massiv, dass die Industrie nachher gesagt hat: »Nee, das wird uns zu teuer, wir können keine WAA in Wackersdorf bauen.« Damit ist das größte Atomprojekt der BRD gescheitert – am überwiegend gewaltfreien Widerstand. Es ist wichtig, daran zu erinnern, denn es zeigt, wie erfolgreich Widerstand von unten sein kann.

Koordinationsredakteur Bernd Drücke bei Layoutkontrolle der 300. Ausgabe — Foto: Lea Hagedorn

Was beschäftigt Euch bei der GWR aktuell?

In unserer Jubiläumsausgabe, Nummer 300, behandeln wir verschiedene gewaltfreie Aktionen, die die Welt verändert haben. Da geht es um »75 Jahre Salzmarsch«, um den von Gandhi mitorganisierten gewaltfreien Widerstand gegen den britischen Kolonialismus, der dazu geführt hat, dass die Besatzungsmacht das Land verlassen musste und Indien selbstständig wurde. Ein weiterer Schwerpunkt ist die afroamerikanische, gewaltfreie Bewegung vor 50 Jahren. Es gab damals in den Südstaaten der USA die »Rassentrennung«, dann haben sich viele AfroamerikanerInnen gezielt gerade auf die Sitzplätze, die »nur für Weiße« bestimmt waren, gesetzt. Die Rassentrennung in den USA wurde nicht zuletzt aufgrund öffentlichkeitswirksamer Aktionen aufgehoben.

Auch das Konsensprinzip wird thematisiert. Die GWR funktioniert anders als andere Zeitungen, es gibt bei uns keinen Chef, es gibt einen HerausgeberInnenkreis, das sind Leute, die aus der Graswurzelbewegung kommen. Im Moment kann sich die Zeitung nur zwei schlecht bezahlte Hauptamtliche leisten. Neben mir ist das Sigi, die den Vertrieb der Zeitung und des Graswurzelrevolution-Buchverlags in Nettersheim übernommen hat. Alle anderen arbeiten und schreiben ehrenamtlich. In Rücksprache mit den MitherausgeberInnen und AutorInnen mache ich eine Seitenplanung, die bei den bundesweiten Treffen diskutiert wird. Alle Texte werden vor Erscheinen an alle MitherausgeberInnen gemailt. Alle Entscheidungen werden basisdemokratisch getroffen, das heißt: im Konsens.

Glaubst Du, dass sich dieses Konsensprinzip auch umsetzen ließe, wenn die Zeitung viel größer wäre?

Ja, glaube ich. Verglichen mit anderen Alternativzeitungen ist die GWR mit einer monatlich verkauften Auflage von knapp 4.000 Stück schon relativ groß. Bei den HerausgeberInnentreffen nehmen oft mehr als 20 Personen teil. Obwohl das relativ viele sind, funktioniert es meistens gut. Es gab in 33 Jahren auch Konflikte, aber wenn man sich z. B. anguckt, wie so eine Diskussion bei uns abläuft, macht das auch Spaß, es ist ein gutes Arbeitsklima und ein sehr netter Kreis.

Gewaltfreiheit war und ist bei der GWR ein wichtiger Grundsatz. Wie ist Euer Verständnis von Gewalt und Gewaltfreiheit?

Das unterscheidet sich von der bürgerlichen Gewaltdefinition. Sabotageaktionen und Generalstreiks sind für uns keine Gewalt. Gewalt gegen Menschen lehnen wir grundsätzlich ab. Wir haben immer wieder direkte gewaltfreie Aktionen, z. B. Blockaden und Ankett-Aktionen, propagiert und auch ausführlich darüber berichtet. Das Ziel der gewaltfreien, herrschaftslosen Gesellschaft muss sich in unseren Aktionsformen und in unserem Umgang mit anderen Menschen widerspiegeln.

Was denkst Du, warum die Kritik an den bestehenden Machtverhältnissen innerhalb dieser Gesellschaft in den letzten Jahren so stark zurückgegangen ist, und welche Folgen hat das für die GWR?

Die ist zurückgegangen, aber eigentlich kann man sagen, vor allem in den und durch die Medien. Ich denke, die Gesellschaft wird sehr von den Medien beeinflusst sowie von der herrschenden Politik. Es ist aber nicht so, dass die sozialen Bewegungen tot sind. Das zeigt sich z. B. auch an den Abo-Zahlen der GWR, die ziemlich stabil und auf einem relativ hohen Niveau sind.

Das, was in den herrschenden Medien rüber kommt, ist meist ein Zerrbild. Diese Medien sind elitenorientiert. Es werden Interviews mit PolitikerInnen geführt, aber so gut wie nie mit Deserteuren, AnarchistInnen, Flüchtlingen oder Anti-Atom-AktivistInnen. Wir haben es jetzt gerade wieder beim Widerstand in Ahaus gesehen. »Kaum Widerstand gegen Atomtransporte«, titelte die Springerpresse. Dabei haben gegen den Atommülltransport allein am letzten Transporttag über 3.000 Leute in Ahaus demonstriert.

Ein anderes Beispiel ist der Widerstand gegen den Irakkrieg. Der stellt eine neue Dimension dar. Es gab weltweit eine Demonstration am 15. Februar 2003, bei der 15 Millionen Menschen gleichzeitig gegen Krieg demonstriert haben. In Berlin demonstrierten über 500.000 Leute. Die höchste Auflage der GWR in den 33 Erscheinungsjahren erreichten wir im Vorfeld des dritten Golfkriegs. Wir haben im Februar 2003 ein Extrablatt gemacht, das bei Demonstrationen verteilt wurde. Innerhalb von vier Wochen haben wir drei Auflagen dieser vierseitigen Aktionszeitung gedruckt, Gesamtauflage: 55.000. Die ging weg wie warme Semmeln.

Welches Ziel verfolgt Ihr mit der GWR?

Wir wollen eine gewaltfreie und herrschaftslose Gesellschaft. Das hört sich erst einmal utopisch an, es kommt aber darauf an, diesen Weg zu gehen, und die GWR ist schon ein gutes Stück dieses Weges gegangen. Im Grunde hat sie als kleine Alternativzeitung schon relativ viel erreicht.

Einige Erfolge der sozialen Bewegungen müssen auch im Zusammenhang mit Bewegungsblättern gesehen werden. Auch die kleinen Auflagen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass solche Zeitungen in WGs und Kneipen von vielen Leuten gelesen werden. Bei bürgerlichen Zeitungen wird geschätzt, dass jedes Exemplar durchschnittlich von drei bis fünf Leuten gelesen wird. Bei der GWR werden das mindestens so viele sein; es sind also mindestens 10.000 Leute, die jeden Monat die GWR lesen. Dass die durch den Inhalt angeregt werden, selbst aktiv zu werden und gemeinsam mit anderen versuchen, die Utopie einer gewaltfreien, herrschaftslosen Gesellschaft in die Tat umzusetzen, das ist eine Aufgabe der Graswurzelrevolution.

Wen erreicht die GWR?

Leute im Alter von 15 bis 80. Die LeserInnenschaft ist heterogen und bunt gemischt. Das sind vor allem Bewegungsaktive, linke ProfessorInnen, SchülerInnen und StudentInnen. Die LeserInnenschaft reicht bis in den Bundestag. Es gibt immer noch Bundestagsabgeordnete und EU-ParlamentarierInnen, die die Zeitung im Abo haben und sich da vielleicht jeden Monat drüber ärgern.

Ein Problem der GWR ist, dass sie in erster Linie Intellektuelle erreicht, da wir auch relativ komplizierte Texte veröffentlichen.●

* Freie Arbeiter Union

Kontakt: Graswurzelrevolution, Breul 43, 48143 Münster. Tel.: 0251/48290-57, Fax: -32,
E-Mail: redaktion@graswurzel.net
Web: www.graswurzel.net

ALTERNATIVE ZEITSCHRIFTEN GEBEN AUF

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Nach 77 Ausgaben hat der im Mai 1980 gegründete *»Schwarze Faden – Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit«*, nun auch offiziell sein Erscheinen eingestellt. »Der Schwarze Faden wurde letztlich nur noch von zwei Redakteuren vorbereitet, damit war die Herausgabe extrem anfällig und davon abhängig, dass beide »funktionierten«. Im Jahr 2004 gelangen zwei Ausgaben, dann zwangen persönliche Gründe zu einer langen Winterpause. In dieser Pause verloren wir die Unterstützung von Teilen der Vertriebsgruppe und noch entscheidender, unsere kostengünstige Druckerei musste ihrerseits die Arbeit aufgeben, so dass der Faden sich auch finanziell nicht mehr tragen konnte. Der Unterstützerkreis, der uns monatliche Spenden zukommen ließ und lässt, war bei weitem zu klein, um die Arbeit an der Zeitung zu retten«, schrieben die beiden verbliebenen Redakteure Wolfgang Haug und Andi Ries in ihrer Sonderaussendung vom September 2005.

Auch das 1988 gegründete Wiener *»TATblatt«*, das zunächst im vierzehntägigen Rhythmus, dann monatlich erschien, brachte es auf immerhin +220 Ausgaben. Angetreten war man/frau ehemals mit dem Anspruch, eine selbstverwaltete linke Zweitageszeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten zu werden. Die zweitägliche Erscheinungsweise erwies sich nur allzu rasch als unerreichbare Utopie.

»Es ist nicht möglich, mittels Gegenmedien eine Gegenmacht im Kraftmessen mit Krone, Kurier, Standard usw. aufzubauen. Die Gegenmacht, die mittels Gegenmedien ausgeübt werden kann, kann nur im Zusammenhang mit anderen Formen von Widerstand und Kampf bestehen. Es ist die Aufgabe eines Gegenmediums, wie es das Projekt der Zweitageszeitung sein soll, den Kämpfen infrastrukturelle Möglichkeiten zu bieten: als Kommunikations- und Diskussions-Organ: zur raschen Verbreitung von Informationen ohne die Verzögerung einer Wochen- oder Monatszeitschrift, sodass noch rechtzeitig auf Entwicklungen reagiert oder Einfluss genommen werden kann: durch Aufhebung der Isolierung einzelner linker Gruppen oder Einzelpersonen und damit Förderung von Organisierung und Solidarisierung.« (aus: TATblatt minus 101 – *eine nur für Insider nachvollziehbare Zählweise, die Red.*)

Das TATblatt war wenig geeignet für diesen Anspruch auf Aufhebung der Isolierung, denn es wurde sehr schnell, wenn auch ohne Grundlage, als gewalttätig oder weniger böswillig – als Organ einer autonomen Szene stigmatisiert. Sehr aktiv wurde von der Redaktion versucht, Tellerränder der undogmatischen linken Szenen zu überwinden, Berichte aus verschiedensten Subszenen aktiv ins Blatt zu holen. Gleichzeitig wurde mit dem übergestülpten Mythos gerne auch ausgiebig herumgespielt, sodass für Außenstehende nicht mehr erkennbar sein konnte, wie das alles nun wirklich gemeint sein könnte.

Mit dem Erscheinen der letzten Ausgabe im Sommer 2005 wurde ein wenig resümiert. Aktive und ehemalige TATblattlerInnen und Außenstehende haben ihre Gedanken zum TATblatt zu Papier gebracht.

Diese letzte Ausgabe soll, so wird es versprochen, demnächst als pdf-File unter www.tatblatt.net abrufbar sein. Auf der Website befindet sich schon ein fast vollständiges Archiv bisheriger Ausgaben.●

DIE VERHÄNGNISVOLLE ROLLE DER PATENTE

Recht auf Kooperation

Wissenschaft im öffentlichen Interesse?

Zeit ist Geld. Die Universität Kaiserslautern hat deshalb einen Nachtbriefkasten, eigens geschaffen für eilige Patentanträge. In Deutschlands Universitäten hat die Kommerzialisierung Einzug gehalten. Das Einwerben so genannter Drittmittel durch Auftragsforschung für die Industrie gehört schon lange zum Handwerkszeug der Forschung.

Christian Wagner ● Relativ neu ist, das immer mehr Forschende sich bemühen, ihrer eigenen Ergebnisse in bare Münze umzuwandeln. Forschungsresultate werden patentiert, Universitätsprofessoren werden zu Managern ihrer eigenen Firmen. Kommerzialisierung ist zum Leitprinzip der europäischen Forschungspolitik geworden. Wichtigstes Werkzeug ist die Sicherung der Eigentumsrechte durch Patente. Kommerzialisierung der öffentlichen Forschung hat ihr Vorbild in den USA. Der US-amerikanische Physiker und Philosoph Krimsky, bekannt für seine Analysen der Wechselwirkungen von Wissenschaft und Gesellschaft, fällt ein vernichtendes Urteil: »Indem Universitäten ihre Labors in kommerzielle Firmen umwandeln, [..] wird es in der akademischen Welt immer weniger Möglichkeiten für eine Wissenschaft im Interesse der Öffentlichkeit geben – ein unschätzbarer Verlust für die Gesellschaft.«

Was ist Wissenschaft?

Forschung ist in der Regel ein kollektiver Prozess, es sind viele Akteure beteiligt. Forschung ist kaum möglich, ohne auf Wissen und Erfahrung anderen Menschen zurückzugreifen. Sie ist in vielen Punkten eine Gemeinschaftsleistung. Damit dieses System funktioniert, müssen Regeln eingehalten werden. Der Soziologe Robert K. Merton hat für den Wissenschaftsprozess vier Normen herausgearbeitet:

Universalität: An Wissenschaft sollen alle beteiligt sein, ohne Ansehen von Religion oder Hautfarbe, ist international und kulturübergreifend.
Allgemeinheit: Forschungsergebnisse sollen Allgemeingut sein und allen nützen, geistige Eigentumsrechte müssen auf ein Minimum beschränkt sein. Der Entwickler des Impfstoffes gegen Kinderlähmung, Jonas Salk, wurde gefragt, wem das Patent dazu gehöre: »Nun ja, der Menschheit, würde ich sagen. Es gibt kein Patent. Könnten Sie die Sonne patentieren?«
Unvoreingenommenheit: ForscherInnen sollen offen für die Ergebnisse ihrer Untersuchungen sein. Zwar sei eine Voreingenommenheit nicht ausgeschlossen, »der Wahrheit verpflichtet« zu sein, solle aber das Ideal darstellen.
Organisiertes Misstrauen: Gegenseitige Kontrolle der WissenschaftlerInnen muss als Tugend gesehen werden. Öffentliche Diskussion und Überprüfung von Ergebnissen kennzeichnen die Wissenschaft als soziales System.

Geld macht stumm

Wie die Erfahrung aus den USA zeigt, werden diese Verhaltensnormen durch die Kommerzialisierung der Forschung immer weiter beschnitten. Der Einfluss der Industrie ist deutlich gestiegen. Während die Forschungsausgaben der US-Universitäten im Zeitraum 1980-2000 um 467 % gestiegen sind, hat sich der Anteil der Industriegelder an diesem Forschungsetat um 875% erhöht. Dass unter den Universitäten ein regelrechter kommerzieller Wettbewerb ausgebrochen ist, offenbart die Anzahl der beantragten Patente. Zwischen 1962 und 1992 ist in den USA insgesamt eine Steigerungsrate von 50% für Patentanmeldungen zu beobachten, an den Universitäten beläuft sich diese Rate dagegen auf 1.500% – dies vor allem durch eine Flut von Patenten im Bereich Biomedizin.

Wissenschaft im privaten Interesse?

Gerade im Bereich der Biomedizin werden immer wieder Fälle deutlich, wo kommerzielle Interessen die Wissenschaft stark beeinflussen. Oft führt die Annahme von Sponsorengeldern zu einer Einschränkung der Publikationsfreiheit. Ergebnisse müssen vor ihrer Veröffentlichung den Geldgebern vorgelegt werden, was bis zum gezielten Verbot der Publikation unliebsamer Ergebnisse führen kann, wie im Fall der berühmten Dong-Studie. Die Wissenschaftlerin Bettina Dong hatte herausgefunden, dass ein Medikament der Firma BASF nicht besser war als die Konkurrenzprodukte. Die BASF-Tochterfirma Knoll verhinderte sieben Jahre die Veröffentlichung der Ergebnisse und behauptete in der Werbung, ihr Präparat sei besser.

Viele WissenschaftlerInnen beklagen, dass ihre Studien mit erheblichen Verzögerungen veröffentlicht werden: in Fakultäten mit kommerziellem Engagement gibt es dreimal häufiger Verzögerungen von mehr als sechs Monaten. Ein enormes Problem ist die Geheimhaltung: wichtige Daten werden nicht an KollegInnen weitergegeben. Fast die Hälfte der befragten GenforscherInnen berichtete, in den letzten drei Jahren trotz Nachfrage die Daten zu veröffentlichten Studien nicht erhalten zu haben. 28% konnten deshalb die Richtigkeit von Forschungsergebnissen nicht überprüfen.

Patente als Motor der Innovation?

Eine klassische Begründung für die Bedeutung von Patenten ist der Schutz der wissenschaftlichen Erfindung. Mit anderen Worten: ohne Patente gäbe es keine Erfindungen. Auch wenn diese Behauptung hartnäckig wiederholt wird, sieht die Realität oft anders aus. Die großen Chemie- und Pharmamultis gehören heutzutage zu den standhaftesten Vertretern des Patentgedankens. Deutlich zeigte sich das am Debakel um den Patentschutz für AIDS-Medikamente. Die werden besonders in den Ländern der Dritten Welt dringend benötigt, sind aber unbezahlbar. Vor hundert Jahren wurde die Frage der Patente noch ganz anders gesehen. Als im Deutschen Reichstag über ein Patentgesetz debattiert wurde, bezog die Deutsche Chemische Gesellschaft ganz klar Stellung: *»Ein chemisches Produkt lässt sich auf verschiedenen Wegen und aus verschiedenen Materialien darstellen: die Patentierung des Produktes selbst würde verhindern, dass später aufgefundene, verbesserte Verfahrensweisen im Interesse des Publikums und der Erfinder zur Ausführung gelangen«.*

Besonders widersprüchlich heutzutage ist die Situation der Gentechnologie. Zum einen wird patentiert, was das Zeug hält, zum anderen klagen die beteiligten ForscherInnen über die Behinderung der eigenen Forschung durch Fremdpatente. Wie immer man grundsätzlich zu Biotechnologie stehen mag, sind dennoch interessante Prozesse zu beobachten. Bei der Entschlüsselung des menschlichen Erbguts bildete sich ein öffentlich geförderter Forschungsverbund (Human Genom Project), Bedingung an der Teilnahme war die Veröffentlichung der kompletten Forschungsergebnisse innerhalb 24 Stunden, und zwar ohne Patent. Dies ermöglichte eine gegenseitige Kontrolle und Verbesserung der Ergebnisse. Hier wurde das Konzept einer *öffentlichen* Wissenschaft praktiziert. Natürlich sind auch hier enorme kommerzielle Interessen im Spiel, aber es kam eine fruchtbare Diskussion über die Bedeutung des freien Informationsaustausches in Gang.●

Briefkasten-Fächer für jeden Tag der Woche, Leerungen rund um die Uhr – das Patentamt in Kaiserslautern bemüht sich um seine »Erfinder« Foto: Tanja Kautenburger

WAS SIND PATENTE?

Ein Patent ist ein Monopol auf Zeit. Heute gilt es meist 20 Jahre, wie es auch die WTO vorschreibt. In dieser Zeit hat der Patentinhaber allein das Recht, seine »Erfindung« zu produzieren und zu verkaufen bzw. dafür Lizenzgebühren zu verlangen. Bei jedem Patentantrag überprüft das Patentamt, ob die drei Kriterien Neuheit, Erfindung und kommerzielle Anwendbarkeit erfüllt sind. Wenn jedoch traditionelles Wissen angezapft wird, müssen häufig die Betroffenen mit großem Aufwand nachweisen, dass von Neuheit keine Rede sein kann. Genauere Beschreibungen eines Gens führen oft zum »ok« vom Patentamt – auch, wenn dort bestenfalls von einer Entdeckung die Rede sein kann.

Patente sind territorial begrenzt. In jedem Land, in dem ein Patent gültig sein soll, muss ein eigener Antrag gestellt werden. In Europa ist das Europäische Patentamt in München für alle Länder des Europäischen Patentübereinkommens zuständig – nach Erteilung des Patentes gelten aber die genauen Länderbestimmungen. Ist eine »Erfindung« in einem Land patentiert, kann weltweit kein zweites Patent erteilt werden. Die Patentierung ist verbunden mit der Veröffentlichung der gesamten Baupläne, Rezepte etc., die der Erfindung zugrunde liegen und stellt keine Betriebs-/Verkaufserlaubnis dar.

Das Patent soll den Inhaber für seine Forschungsarbeit belohnen. Es soll die Entwicklungskosten wieder einspielen helfen und Unternehmen zum Forschen Anreiz geben. Patente sind »in«. In immer mehr Bereichen werden »Erfindungen« patentiert. Patente auf Leben gibt es erst, seit Biotechnologie und das Drängen der Konzerne diesen Bereich als technologische Erfindungen denkbar machten.

Patente haben viele Nebenwirkungen

Die meisten Patente werden in Industrieländern erteilt und die meisten Patentinhaber sind große Konzerne, kleinere Unternehmen haben kaum eine Chance, beim kostspieligen Wettlauf um Patente mitzuhalten. Patente überschreiten ethische Schmerzgrenzen: Leben und lebendiges Wissen indigener Völker wird in Informationen zerlegt und zu Ware umgebaut. Ohne Patent-Monopol würde sich Gentechnik nicht lohnen, ist Gentechnik im Spiel, werden Pflanzenpatente leichter erteilt. Das Interesse, von patentierten Pflanzen große Massen zu verkaufen, vernichtet die biologische Vielfalt, und immer mehr Landwirte geraten in Abhängigkeit von den Saatgutkonzernen. Patente auf Medikamente machen lebensrettende Medizin für die Ärmsten unbezahlbar und Selbsthilfe durch nachgemixte Medikamente illegal. Patente auf Software »schützen« nicht nur ein bestimmtes Programm sondern die Idee dahinter. Wo Softwarepatente durchgreifen, wird freie Software unbezahlbar, können Patentinhaber weltweit große Summen an Lizenzgebühren kassieren. js

WTO UND DAS TRIPS-ABKOMMEN

Nachtigall, ich hör Dir TRIPSen

Hinter dem TRIPS verbirgt sich das Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) über handelsbezogene Aspekte geistiger Eigentumsrechte (trade related aspects of intellectual property rights). Es befasst sich sowohl mit Patent- also auch Markenschutz, mit Urheberrecht, Sortenschutz, Geschmacksmustern, Betriebsgeheimnissen und etlichem mehr. Alle WTO-Mitglieder, immerhin 149 Länder, sind gezwungen, nationale Patent- und andere Schutzrechte den Mindestanforderungen des TRIPS entsprechend zu schaffen. Für etliche Länder des Südens bedeutet dies, erstmals ein Patentrecht zu schreiben oder die Laufzeit der Patentgültigkeit extrem zu erhöhen. Die WTO verlangt mindestens 20 Jahre. Das ist immens viel und war auch z.B. in Europa, noch vor wenigen Jahrzehnten für die aufkommende Pharmaindustrie ein undenkbares Hemmnis für Entwicklungsperspektiven. Inzwischen jedoch haben die Industrieländer großes Interesse daran, ihre Marktpositionen zu behaupten. So kam das TRIPS als ein Paket der Monopolrechte in die Welthandelsorganisation, die nach außen hin gerne als Garant eines Freihandels (der natürlich auch problematisch ist) auftritt.

Innerhalb der WTO gibt es inzwischen viele Konflikte um das TRIPS. Obwohl es eigentlich sogar erlaubt, dass ein Mitgliedsland Tiere und Pflanzen von der Patentierung ausnimmt, wurden Alternativvorschläge z.B. der Afrikanischen Union durch die anderen WTO-Mitglieder bislang gestoppt. Durch Patente unbezahlbare AIDS-Medikamente führten zu einer größeren Krise in der WTO, inzwischen sind besondere Ausnahmeregeln entwickelt worden für arme Länder mit massiven Gesundheitsproblemen, die jedoch so kompliziert angelegt wurden, dass es kaum möglich ist, sie auch in Anspruch zu nehmen. Biopiraterie und die Medikamentenfrage, aber auch der Zugang zu Software aus den Industrieländern haben das TRIPS-Abkommen zu einem der besonders problematischen Teile der WTO werden lassen.

Seine Nebenwirkungen sind gravierend – TRIPS bedroht als Abkommen der Agrarkonzerne Entwicklungschancen und Ernährungssicherheit, als Abkommen der Pharmakonzerne den Zugang zu Medikamenten, als Abkommen der Computer- und Unterhaltungsindustrie modernes Wissen und Kommunikation. Im Dezember tagt die Ministerkonferenz der WTO in Hongkong – sie wird weltweit Kritik zu hören bekommen, nicht zuletzt am TRIPSabkommen.●

js

BIOPIRATERIE

Recht auf Kooperation

Der Tod im Kornfeld

– Terminatortechnologie und Welternährung

Mit Patenten schützen sich die multinationalen Konzerne davor, dass ihre Pflanzen ohne ihr Wissen und die Zahlung von Lizenzgebühren angebaut werden. Aber auch der pflanzliche Sortenschutz für nicht gentechnisch veränderte kommerzielle Sorten wird immer strikter, Nachbaugebühren in Deutschland zwingen die Bauern heute schon dazu, von ihrem traditionellen Recht der Wiederaussaat im kommenden Jahr zu lassen und neues Saatgut bei den Konzernen zu kaufen. Die Politik verschärft alle paar Jahre das internationale Recht und ist nicht Willens, der Destruktivtechnologie Gentechnik etwas entgegen zu setzen. Der kapitalistischen Logik der Inwertsetzung immer weiterer Teile des Lebens wird kaum etwas entgegengesetzt – Pflanzen, Tiere und auch Menschen werden immer mehr zur Ware.

von Gregor Kaiser

GURTs

Handelt es sich bei den derzeitig sich auf dem Markt befindenden GMO-Pflanzen um Pflanzen, die zumindest suggerieren, den BäuerInnen Vorteile zu bringen (z.B. Herbizidresistenz), können die derzeit heiß diskutierten Anwendungen der sogenannten *Genetic Use Restriction Technologies* (GURTs) diesen Anschein nicht einmal erwekken. Hier handelt es sich schlicht und einfach um Abhängigkeitstechnologie mit gravierenden Auswirkungen für die Welternährung. Zusätzlich wird eine technische Möglichkeit geschaffen, in alle kommerziell kreierten Pflanzen einen biologischen Patentschutz einzubauen – unbegrenzt gültig und konsequent durchsetzbar!

Im Frühjahr 2005 startete die kanadische Regierung eine Kampagne zur Akzeptanz dieser von kritischer Seite als *Terminatortechnologie* bezeichneten Technologie. Es handelt sich bei den GURTs um gentechnische Verfahren, die Pflanzen unfruchtbar machen, ein eingebauter Patentschutz sozusagen. Im Regelfall werden in die Pflanzen, derzeit v.a. Baumwolle und Tabak, drei neue Gene eingebaut, die quasi eine Schalterfunktion beinhalten. Solange die Pflanzen auf den Feldern von Monsanto oder BASF wachsen und mehr Saatgut produzieren, läuft alles wie gewohnt ab. Soll das Saatgut aber im folgenden Jahr an die BäuerInnen verkauft werden, wird ein äußerer Stimulus auf die Pflanze gegeben (häufig Tetrazyclin), der eine genetische Kettenreaktion auslöst. Die Ernte auf den Feldern der Konzerne ist noch keimfähig, aber durch molekulare Abläufe ist bereits dafür gesorgt, dass auf den Feldern der BäuerInnen im kommenden Erntezyklus das produzierte Erntegut steril, nicht mehr keimfähig, ist.

Warum ist dies ein Problem?

Mehr als 1,4 Milliarden Menschen weltweit sind auf die Produktion von Nahrungsmitteln aus der Substenzlandwirtschaft angewiesen. Es handelt sich überwiegend um bäuerliche Familien des globalen Südens, die jährlich von ihrem Erntegut einen Teil als Saatgut für die Aussaat im kommenden Jahr aufbewahren. Durch Terminatorsaatgut werden sie zum jährlichen Neukauf von Saatgut gezwungen und die Jahrtausende alte Praxis der Auswahl, Tausch und Vermehrung lokaler Sorten wird ausgelöscht werden.

Begonnen hatte alles am 3. März 1998 mit dem Patent US 5,723,765 des US-Department für Landwirtschaft und dem Unternehmen Delta und Pine Land Company auf gentechnisch veränderte Baumwolle. Die Empörung war groß, und steigert sich noch, als kurz darauf Monsanto ankündigte, Delta aufkaufen zu wollen und somit auch das Patent zu erhalten. 1999 erklären Monsanto und Syngenta den Verzicht auf diese Technologie. Seit bekannt werden der Technologie ist sie auf der Tagesordnung der Verhandlungen im Rahmen der CBD. Diese empfahl im Jahr 2000 ein Moratorium für genetische Saatgutsterilisierung.

Heute wird v.a. das Argument der Biosicherheit angeführt, um die Technologie salonfähig zu machen. Die Terminatortechnologie wird nun als das Mittel verkauft, welches die ungewollte Verbreitung von GMOs durch Auskreuzung einschränken soll. Die künstliche Unfruchtbarkeit führe dazu, so die Argumentation, dass eine Kreuzung zwischen einer GURT-Pflanze und einer Pflanze mit natürlicher Fruchtbarkeit sterile Samen ergibt, die nicht keimen und somit kein Problem darstellen.

Renate Künast musste ihre Rede unterbrechen. Ungebetene Gäste von der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie forderten eine echte Politik gegen Hunger, gegen Gentechnik, Patente und Nachbaugebühren. (Kurz darauf im Sonnenschein vor dem Ministerium und dem Transparent zur Tagung. (Oktober 2004))
Foto: BUKO-Kampagne gg. Biopiraterie

Was bleibt zu tun?

Die kanadische Nichtregierungsorganisation ETC-Group (1) hat im Februar auf die neuen Entwicklungen aufmerksam gemacht und startete eine internationale Informationskampagne. (2) In Gesprächen mit der BUKO Kampagne gegen Biopiraterie zeigte sich die Notwendigkeit, auch hierzulande zu versuchen, die deutsche Bundesregierung dahingehend zu beeinflussen, dass diese im Rahmen der Sitzungen der CBD auf ein Verbot der Terminatortechnologie hinarbeitet. Auch ein nationales Verbot, und somit den Beispielen Indiens (2001) und Brasiliens (2005) folgend, wäre ein Fortschritt. Das Zeitfenster ist jedoch relativ klein. Die wichtigen Sitzungen, während derer es nach Einschätzung von ETC-Group auf internationaler Ebene zu wegweisenden Entscheidungen kommen wird, finden im Januar und März 2006 statt. Im Rahmen der BUKO Kampagne gegen Biopiraterie sind erste Aktivitäten angedacht, informiert euch auf der Webseite der Kampagne. (3)●

Gregor Kaiser ist Mitarbeiter der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie

1) www.etcgroup.org
2) www.banterminator.org
3) www.biopiraterie.de; info@biopiraterie.de; Tel.: (0 40) 39 25 26

DIE WELTORGANISATION FÜR GEISTIGES EIGENTUM

Munkeln im Dunkeln für stärkere Patente

Genf ist ein wichtiger Knotenpunkt internationaler Politik – viele internationale Organisationen haben die Seestadt in der neutralen Schweiz als Sitz gewählt. Auch über geistige Eigentumsrechte wird dort häufig verhandelt. Relativ bekannt und viel kritisiert wurde in den letzten Jahren das TRIPS-Abkommen der Welthandelsorganisation WTO. Viel weniger im Lichte der Öffentlichkeit steht dagegen eine andere Organisation, die sich nur wenige Straßen weiter ebenfalls mit internationalen Verträgen über geistiges Eigentum beschäftigt: die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO). Dabei sind die Aktivitäten der WIPO nicht minder gefährlich als die der WTO.

von Christiane Gerstetter ● Die WIPO ist Teil der Vereinten Nationen und hat gegenwärtig 182 Mitgliedsländer. Sie verwaltet mehrere internationale Verträge über geistige Eigentumsrechte, z. B. zu Patenten, aber auch dem Urheberrecht. Die WIPO bietet in Zusammenarbeit mit nationalen Behörden auch die Möglichkeit einer internationalen Patentprüfung. Vor einer tatsächlichen Patentanmeldung können einzelne ErfinderInnen oder Unternehmen überprüfen lassen, ob und wo die Anmeldung eines bestimmten Patents Erfolg verspricht. Dies spart Kosten und erleichtert die Anmeldung von Patenten. Außerdem berät die WIPO Entwicklungsländer bei der Umsetzung internationaler Verträge über geistige Eigentumsrechte.

Diese Tätigkeitsbeschreibung klingt so, als erfülle die WIPO im wesentlichen technische, unpolitische Aufgaben. Diesen Anstrich gibt sich die WIPO auch gerne selber. Zudem scheint die Organisation durch die Verabschiedung des TRIPS-Abkommens an Bedeutung verloren zu haben. Doch dieses Bild trügt. So ist die WIPO bei der Beratung von Entwicklungsländern nicht unbedingt neutral: im Zweifel berät die WIPO zu Gunsten von strengem Schutz geistiger Eigentumsrechte und verschweigt Spielräume innerhalb internationaler Abkommen, die zu Gunsten von z. B. Gesundheits- und Entwicklungsbelangen genutzt werden könnten.

Außerdem sind internationale Verträge über geistige Eigentumsrechte keinesfalls unpolitisch, sondern bestimmen darüber, wer Wissen, Medikamente oder Saatgut zu welchen Bedingungen nutzen kann. Aktuell laufen innerhalb der WIPO Verhandlungen, die zu einer weiteren Umverteilung von unten nach oben und von Süd nach Nord führen könnten. Das Projekt hat einen Namen: *Substantive Patent Law Treaty* (SPLT). Dieser neue Vertrag soll, ähnlich wie das TRIPS-Abkommen, Verpflichtungen enthalten, wie die Mitgliedsländer ihr nationales Patentrecht ausgestalten müssen. Vor allem einige Industrieländer, wie die USA, wollen aber, dass der SPLT deutlich weiter geht als das TRIPS. Dort noch bestehende Spielräume sollen abgeschafft und alle Länder verpflichtet werden, Patente in breitest möglichem Umfang zu erteilen – auch auf Tiere, Pflanzen oder Gene. Vielen Entwicklungsländern, die gerade erst das TRIPS-Abkommen umgesetzt haben, geht das zu schnell. Sie wollen ihr jeweiliges Patentrecht so ausgestalten dürfen, wie es den Bedürfnissen ihrer Bevölkerung entspricht. Internationale Studien, unter anderem von der WIPO selber und der Weltbank in Auftrag gegeben, belegen, dass dies der richtige Weg ist, um die Versorgung der dortigen Bevölkerung mit Nahrung und Medikamenten nicht noch weiter zu verschlechtern.

Die WIPO nimmt sich diese Einsicht selbst allerdings wenig zu Herzen: ihr Generalsekretär Kamil Idris gehört zu den entschiedenen Befürwortern des SPLT. Die Vision der WIPO geht aber noch weiter: in einigen WIPO-Papieren wird die Möglichkeit der Schaffung eines einheitlichen »Weltpatents« in die Diskussion gebracht. Damit würde jede Möglichkeit nationaler Gesetzgeber das Patentrecht entsprechend lokaler Bedürfnisse auszugestalten, endgültig zunichte gemacht. Auch eine demokratische Kontrolle der Patentvergabepraxis wäre dann noch viel weniger möglich als heute schon. Höchste Zeit also den Patent-Verfechtern bei der WIPO genauer auf die Finger zu schauen.●

Christiane Gerstetter ist Mitarbeiterin der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie

Cupuaçu ist wieder frei

Erfolgreicher Widerstand gegen Biopiraterieangriff auf eine Tropenpflanze

Brasilianische Kleinbauern und Früchtesammler wollten Ende 2000 Süßigkeiten und Marmeladen aus den Früchten der Tropenpflanze Cupuaçu nach Deutschland exportieren. Cupuaçu ist in Brasilien verbreitet, ein naher Verwandter des Kakaobaumes, mit großen, süßen Früchten, die vielfältig verwendet werden. Die Cupuaçu-Verkäufer mussten eine böse Überraschung erleben: Der Name der Pflanze war nördlich des Äquators Warenzeichen einer japanischen Firma. Sie untersagte per Anwaltsschreiben den BrasilianerInnen, ihre Cupuaçu-Produkte ohne Lizenzgebühren nach Europa zu verkaufen. Dasselbe Unternehmen beantragte darüber hinaus ein Patent auf die Herstellung von »Schokolade« aus den Kernen der Cupuaçu-Frucht beim Europäischen Patentamt in München.

In Brasilien war die Empörung groß und ein regionales Netzwerk kleiner Betriebe und BäuerInnen gründete eine Kampagne gegen diesen Fall von Biopiraterie. »O Cupuaçu é nosso!« – »Cupuaçu gehört uns allen« wurde zum Slogan der Menschen im Amazonasgebiet. Gemeinsam mit der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie und dem Regenwald-Institut bereiteten die Betroffenen eine offizielle Einwendung gegen das Patent vor. Dutzende von Weltläden konnten dafür gewonnen werden, ohne Lizenz »illegal« Cupuaçu-Pralinen zu verkaufen. Natürlich zusammen mit der Skandalgeschichte und

»O Cupuaçu e nosso – Cupuaçu gehört uns allen« – auf dem Kirchentag in Hannover informierten sich viele BesucherInnen über Biopiraterie
Foto: Andreas Riekeberg, BUKO.Kampagne gg. Biopiraterie

der Möglichkeit, die Einwendung gegen den Patentantrag mit zu tragen. Über 5.000 Menschen machten mit beim »Naschen gegen Biopiraterie«. Die Kampagnen hatten Erfolg. Nachdem das japanische Patentamt das Patent abgelehnt hatte und in Europa weitere Unterlagen von den Kampagnen-Aktivisten eingefordert worden waren, hakte das Münchener Amt Anfang 2005 in Japan nach. Dort war man nicht mehr bereit, die weiteren Kosten zu tragen, der Patentantrag verfiel. Die eingetragene Marke kippte nach einem Löschungsantrag aus Brasilien und hunderten von Protestbriefen. Cupuaçu ist wieder frei!

Jutta Sundermann

SOFTWAREPATENTE & REPRESSION

Recht auf Kooperation

Softwarepatentrichtlinie gestoppt

Es ist ein kühler Julimorgen, als sich etwa 100 Aktivisten in Straßburg versammeln. Im Innenhof des Europaparlaments stehen zwanzig von ihnen und harren im Regen aus. Ihre Botschaft: »Power to the Parliament«. Einige Stunden später steht es fest: Das Parlament hat mit 648 von 680 Stimmen den Richtlinienentwurf der Kommission zur Patentierung von »Computerimplementierten Erfindungen« abgelehnt. Über zwei Jahre intensiver Lobbyarbeit, Demonstrationen, Online-Petitionen und vieler anderer Aktivitäten gipfelten in einer schallenden Ohrfeige für eine unheilige Allianz aus konservativen Abgeordneten, Patentanwälten und Lobbyisten großer Konzerne.

Am 3. Juli vor dem Bundesjustizministerium warnten »Sträflinge« mit Laptops vor der drohenden Kriminalisierung aller Programmierer bei der Einführung von Softwarepatenten. Foto: Attac

von Julian Finn ● Computerprogramme werden in der Regel im Maschinencode ausgeliefert, der nicht für Menschen lesbar ist. Wenn also eine Softwarefirma ein Programm veröffentlicht, kann damit erst einmal kein Konkurrent etwas damit anfangen. Das Kopieren ist durch das Urheberrecht untersagt. Ein Patent hingegen schützt eine Idee. Wenn also eine Firma das Patent auf »Textverarbeitung« hält, so ist es jeder anderen Firma untersagt, eine Textverarbeitung zu schreiben.

Im Jahre 2003 wurde ein Richtlinienentwurf der EU-Kommission ins Parlament eingebracht, der bis dato 30.000 Patente legalisieren sollte. Diese waren in den Jahren zuvor vor allem von großen Softwarekonzernen beim europäischen Patentamt angemeldet worden. Mit dabei solch absurde Patente wie »Geschenke verschicken«, »Mit einem Klick kaufen« oder der Fortschrittsbalken, der Dinge wie »dieses Programm ist zu 70, 80, 90% installiert« anzeigt. Das große Problem dabei: während große Konzerne Patent-Kartelle bilden, in denen sie untereinander ihre Patent-Pools austauschen, bleiben kleine und mittelständische Firmen außen vor. Zudem gibt es keine Chance für Freie Software, wie etwa GNU/Linux, an diesem exklusiven Patentclub teilzunehmen. Die Folgen sähen düster aus: weitere Marktmonopolisierung und der Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen, die in der IT-Industrie zu 80% im klein- und mittelständischen Sektor angesiedelt sind.

Schon bald hatte sich ein recht breiter Widerstand formiert: allen voran der Förderverein für Freie Informationelle Infrastruktur (FFII), aber auch Attac, der Chaos Computer Club und die Grüne Fraktion im Europäischen Parlament konnten im September 2003 erreichen, dass das Parlament wichtige Änderungen an der Richtlinie forderte. So wurden unter anderem die Grenzen der Richtlinie klar definiert, um wirkliche technische Erfindungen (etwa im Elektrotechnischen Bereich) patentierbar zu machen, reine Software und Geschäftsmethoden aber auszuschließen.

Doch die Patentlobby kämpfte weiter, auf allen Ebenen und nicht immer mit fairen Mitteln. Schließlich wollte man die schon erworbenen Patente nicht aufgeben. So wurde, mit Zustimmung der deutschen Regierung eben jene, schon zu diesem Zeitpunkt hoch umstrittene Richtlinie unter massivem Protest praktisch unverändert vom Ministerrat beschlossen – trotz öffentlich geäußerter Beschwerden von Polen und Dänemark, trotz einstimmiger Forderung des Deutschen Bundestages, die Regierung möge gegen die Richtlinie stimmen.

Die Tatsache, dass die Richtlinie nun doch gekippt ist, ist einer Reihe von Umständen zu verdanken. Hunderte kleiner und Mittelständischer Unternehmen, tausende Unterschriften einer Petition und viertausend Online-DemonstrantInnen in den letzten zwei Wochen, die diese Stimmung überhaupt erst möglich gemacht hatten. Die erste Runde geht an die Aktivisten und Organisationen, die über zwei Jahre unermüdlich gegen hochbezahlte Lobbyfirmen um das Votum der Politiker stritten. Der Kampf um die Patente ist aber keineswegs abgeschlossen. Das nächste Projekt der EU-Kommission ist die Einführung eines EU-weiten Patents, womit dann wieder die Patentierbarkeit von Software droht.●

Julian Finn ist Mitarbeiter der Attac-AG Wissensallmende

www.softwarepatentdemo.org – Online-Demo von Attac, Campact u.a.

Kulturflatrate statt Kriminalisierung

Internettauschbörsen wie Napster, Kazaa, eDonkey und Bittorrent könnten größere kulturelle Vielfalt ermöglichen. Denn hier sind nicht nur die aktuellen Hits verfügbar, sondern auch zahlreiche Musikstücke, die längst nicht mehr vermarktet werden oder Musik aus anderen Erdteilen , die im Westen gar nicht verkauft wird. Ein bedeutender Teil besteht auch aus Remixen oder aus Musikstücken, die keinem Copyright unterliegen. Zudem können Inhalte über Tauschbörsen zu weit geringeren Kosten vertrieben werden, als dies bei der schwerfälligen analogen Distribution möglich wäre. Allerdings gibt es ein Problem: Bei dem Tausch von Inhalten im Internet gibt es keinen Mechanismus, wie die KünstlerInnen für ihre Tätigkeit entschädigt werden können. Zwischen 1997 und 2004 ging weltweit der Umsatz im Musikmarkt deutlich zurück. Die Musikindustrie führt dies zu einem bedeutenden Teil auf Privatkopien und Tauschbörsen zurück. Sie reagierte darauf, indem sie u.a. massiv BenutzerInnen dieser Netzwerke verklagte. Allein in der BRD kam es zu 1.300 Klagen.

Im Jahr 2004 wurde die Fairsharingkampagne gegründet, die gegenwärtig aus der Attac AG Wissensallmende, dem FoeBuD und der Grünen Jugend besteht. Sie versucht, eine Kulturflatrate politisch durchzusetzen, die folgendes beinhaltet:

1. Digitale Privatkopien und der Tausch von Musik und Filmen zu privaten, nichtkommerziellen Zwecken werden erlaubt.
2. Als Ausgleich werden Gebühren auf Internetzugänge und Computer-Hardware erhoben, z.B. 5 Euro im Monat für eine DSL-Flatrate.
3. Diese Gebühren werden direkt von den Internet-Service-Providern gezahlt, die sie dann gegebenenfalls auf ihre KundInnen umlegen. Privatpersonen haben hiermit nichts zu tun.
4. Die Gebühren werden an die KünstlerInnen bzw. UrheberrechtsinhaberInnen entsprechend der Nutzungshäufigkeit ihrer Werke ausgeschüttet.

Nach ersten Berechnungen könnten nach diesem Modell bereits im Jahr über 400 Mio. Euro eingesammelt werden. Dank der Unterstützung durch die Stiftung Bridge konnten im ersten Halbjahr 2005 zwei hauptamtliche MitarbeiterInnen eingestellt werden. Die Strategie der Fairsharingkampagne war es bisher, das Modell der Kulturflatrate in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Zu diesem Zweck wurde eine Webseite eingerichtet (www.fairsharing.de/). Für die Ziele der Kampagne wurde auch auf zahlreichen Messen, Konzerten und sonstigen Veranstaltungen hauptsächlich im Musikbereich geworben. Die Filesharingerklärung »Privates Kopieren ist kein Verbrechen!« haben bisher über 7.000 Menschen unterzeichnet.●

Benedikt Rubbel

ENTSTEHT EINE NEUE BEWEGUNG MIT DER UMWELTBEWEGUNG ALS VORBILD ?

Die Wissensallmende verteidigen

»Da gab es vier Jahre lang ganze Quadratmeilen Landes, auf denen war der Mord obligatorisch, während er eine halbe Stunde davon entfernt ebenso streng verboten war. Sagte ich: Mord? Natürlich Mord. Soldaten sind Mörder...« Kurt Tucholsky unter dem Pseudonym Ignaz Wrobel

von Oliver Moldenhauer ● Was hat Mais-Saatgut mit Aspirin und einem Text von Tucholsky gemeinsam? – Sie bilden einen wichtigen Teil unseres kulturellen Erbes, dessen Freiheit durch Privatisierung, meist durch die Konzerne des Nordens bedroht ist. Traditionelle Mais-Sorten z.B. drohen patentiert zu werden und Tucholskys Texte, die ab 1.1.2006 »gemeinfrei« werden, d.h. von jederfrau frei publiziert, aufgeführt und bearbeitet werden dürfen, drohen bei einer erneuten Verlängerung des Urheberrechts wieder unter private Kontrolle zu geraten.

Für diesen gemeinsamen Schatz frei verfügbarer Wissensgüter (Texte, Fotos, Computer-Codes oder Saatgut und Medikamente) prägen wir den Begriff der **Wissensallmende** *(engl.: knowledge commons)*. Die Allmende war die mittelalterliche Form des Gemeineigentums aller BewohnerInnen eines Dorfes, meistens in Form einer Weide oder eines Waldes. Wir sagen daher, dass Tucholskys Texte oder das freie Maissaatgut Teil der Wissensallmende sind.

Eine gut ausgebaute Wissensallmende ist für das Denken, aber auch für das Produzieren oder Heilen so wichtig wie die Luft zum Atmen. Wir können nur schreiben, denken, forschen, komponieren, musizieren, weil wir auf den »Schultern von Giganten« (Isaac Newton) stehen, weil wir immer auf dem Aufbauen, was andere vor uns erdacht haben. Ebenso ist Landwirtschaft ohne Generationen der Züchtung von Nutzpflanzen und Tieren nicht möglich.

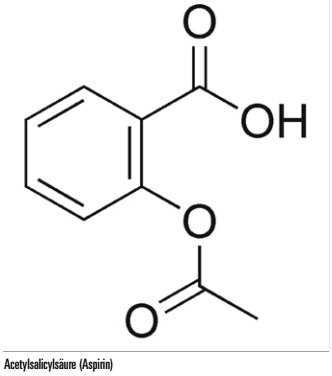
Maissaatgut aus Mexiko

Nur geht es der Wissensallmende wie früher der Umwelt: Sie hat keine Lobby, es gibt noch nicht einmal einen wohl-etablierten Begriff dafür. Ebenso wie bei der Umwelt geht es heute auch darum, die Wissensallmende als Gemeingut zu bewahren und zu verteidigen.

Auf Seite 1 dieser Ausgabe wurde von Jutta Sundermann dargelegt, dass die unterschiedlichen politischen Richtungen in den Auseinandersetzungen um die geistigen Monopolrechte mehr und besser zusammenarbeiten sollten. Meine These ist, dass sie alle einen gemeinsamen Kern haben, egal ob in Nord oder Süd oder ob es um Computer oder Saatgut geht: In all diesen Fällen werden leicht vermehrbare Güter oder Lebewesen juristisch verknappt. – Meist geschieht diese Enteignung zugunsten einiger weniger Konzerne in den Ländern des Nordens.

Auch wenn es anfangs überrascht, gibt es deutliche Analogien zwischen der Debatte um die Verteidigung der Wissensallmende und dem Umweltdiskurs der letzten Jahrzehnte. Ähnlich wie heute die verschiedenen Ausweitungen geistiger Monopolrechte weitgehend isoliert betrachtet werden, wurden in den 1950er und 1960er Jahren die einzelnen Umweltprobleme isoliert wahrgenommen. Die zentralen Begriffe, welche die Gemeinsamkeiten zwischen saurem Regen, Überfischung oder vergiftetem Trinkwasser bezeichnen, waren damals noch nicht im allgemeinen Diskurs angekommen. Inzwischen ist dies für die zentralen Begriffe der Umweltbewegung gelungen, auch wenn sie vor 40 Jahren noch so unbekannt waren wie heute der Begriff der Wissensallmende. Ebenso ist es gelungen, die Gefahren für die Umwelt zu popularisieren, emotionalisieren und dramatisieren.

Die Wissensallmendebewegung ist hingegen noch längst nicht so weit. Analog zur Umweltdebatte von vor



Acetylsalicylsäure (Aspirin)

50 Jahren fehlen der Öffentlichkeit zur Zeit noch die Begriffe, um die Bedrohung der Allmende wahrzunehmen.

Nun gilt es, eine politische Ökonomie der Wissensallmende zu entwickeln und im öffentlichen Diskurs zu verankern. Auch hier sind wichtige Parallelen zur Umweltproblematik vorhanden: In beiden Bereichen geht es um den Erhalt von Dingen und Lebewesen, die nicht im Privatbesitz sind und keinen Preis haben. In beiden Fällen gilt es, dass allgemeine Interesse gegen die Partikularinteressen von Konzernen zu verteidigen.●

Oliver Moldenhauer ist Mitarbeiter bei der Attac-AG Wissensallmende
moldenhauer@attac.de

URHEBERRECHTE

Recht auf Kooperation

Copyleft und »wertlose« Musik

In regelmäßigen Abständen verkündet die Musikindustrie schwindende Absätze, verbunden mit einfachen Erklärungen der Machart: Schuld sind die »bösen« Leute, welche sich die gewünschte Musik einfach von Freunden kopieren. Leute, die sich ihr Lieblingsstück aus dem Internet downloaden statt teure Alben zu kaufen, auf denen nur zwei Stücke überzeugen. Höhepunkt sind dabei Kampagnen wie »Raubkopierer sind Verbrecher« – verbunden mit ganz realen Forderungen an den Staat, hart durchzugreifen gegen die unkontrollierte Verbreitung von Musik.

Espi Twelve, Red. Selbstorganisation im Alltag ● Vor diesem Hintergrund irritiert es vielleicht ein wenig, dass es Leute gibt, die sich darüber freuen, wenn andere ihre Musik »einfach so« kopieren und verbreiten. Eine wachsende Subkultur von Musikerinnen versucht Wege jenseits von rigiden Copyrights und der zwanghaften Verknappung kreativer Werke zu beschreiten.

Musik per Lizenz »garantiert« frei verfügbar

Dabei ist die Grundidee sehr stark an die Freie Software-Bewegung angelehnt: Musik wird unter »Copyleft« gestellt – ein Verfahren, um das Copyright subversiv gegen sich selbst zu wenden. Copyleft bedeutet, dass Musik unter einer Lizenz veröffentlicht wird, welche die freie Nutzung, Vervielfältigung und Veränderung erlaubt, solange alle Ergebnisse genauso frei sind. Wenn ich ein auf diese Weise lizenziertes Gitarrensolo mit meinem Schlagzeug-Geschepper verbinde, muss ich die neu entstehende Komposition ebenfalls unter dieser Lizenz veröffentlichen. Freie Musik (1) ist über diesen Mechanismus vor Re-Privatisierung »abgesichert« und steht unwiderruflich allen Menschen offen. Es ist Musik ohne Wert: Eine Verwertung ist zwar nicht ausgeschlossen, aber nicht durchsetzbar, weil die Musik nicht mehr verknappt werden kann.

Dabei gibt es verschiedene Lizenzmodelle – neben der »Open Audio License« sind inzwischen die »Creative Commons« relativ weit verbreitet. Diese Lizenzen können ziemlich individuell zusammen gestellt werden, so dass von »Nur unkommerzielle Nutzung erlaubt« bis hin zur völligen Freigabe unter »Public Domain« (2) alles möglich ist. Zur Zeit bildet elektronische Musik eindeutig den Schwerpunkt – aber auch Rock-Bands, Hip Hop-Gruppen oder Jazz-Formationen entdecken das Copyleft für sich. Musik-Zusammenstellungen und selbst Festivals, auf denen Freie Musik den Ton angibt, sind längst Wirklichkeit.

Neue Wege der Verbreitung von Musik

Durch neue Kompressionsformate wie mp3 oder Ogg Vorbis (ogg) (3) und das Internet ist die Verbreitung von Musik einfacher als je zuvor. Es eröffnet Musikerinnen die Möglichkeit, ihre Werke relativ autonom und einfach zu verbreiten – auch ohne großes Label oder kommerzielle Vertriebsstrukturen im Hintergrund. Inzwischen gibt es auch eine Reihe von Netlabels, die Freie Musik unterschiedlichster Art auf Basis des Internets vertreiben und teilweise sogar CDs veröffentlichen.

Ein besonders spannender Platz für Freie Musik ist das »Audio Archive« (ein Teil von www.archive.org). Dort ist es möglich, sehr unbürokratisch eigene Kompositionen zu veröffentlichen und anderen zur freien Verfügung zu stellen. Dabei können neben mp3's und ogg's auch verlustfreie Kompressionsformate wie .flac und sogar .wav-Dateien abgelegt werden, die es Flatrate-Nutzerinnen ermöglichen, sich Musik in bester Qualität aus dem Netz zu saugen.

Durch das Copyleft, verbunden mit dem Internet, entstehen zudem neue Produktionsformen für Musik – nur ein Beispiel: Eine Person spielt ein Instrument ein, setzt die Aufnahme ins Netz, die Nächste lädt es sich runter und fügt weitere Spuren hinzu usw. Auf diese Weise basteln Musikerinnen auf verschiedenen Kontinenten bereits zusammen an komplexen Stücken.

Ein richtig griffiger Begriff für all diese Entwicklungen ist zwar noch nicht in Sicht – »Open Content Music«, »Open Audio« oder »Freie Musik« klingen alle etwas sperrig. Aber das steht der Ausdehnung von Musik, die alle uneingeschränkt nutzen können, sicher nicht entgegen ...●

Links zu Freier Musik

● Übersicht zu verschiedenen Copyleft-Formen und -Lizenzen: http://de.wikipedia.org/wiki/Copyleft

Fortsetzung nächste Seite

Mit Käfig und Drohkulisse auf dem Marktplatz: Monopolrechtskämpfer der Industrie — Foto: indymedia

Terroristen von heute? Unglaubliche Kriminalisierungskampagne der Unterhaltungsindustrie

IPR-TICKER

Syngenta will Patente auf Reis-Genom nicht aufgeben

August 2005: Syngenta hält an seinen »Megagenom-Patenten« fest, mit denen der Agrokonzern versucht die Entwicklung von Nutzpflanzen und den Markt für Saatgut zu monopolisieren. Wie eine Recherche der Organisation »Kein Patent auf Leben!« aus München zeigt, hat der Konzern weltweit 15 Patente angemeldet, in denen einige tausend Gensequenzen von Reis und anderen Nutzpflanzen beansprucht werden.

Monsanto beantragt Patent auf Schweinezucht

Februar 2005: Greenpeace veröffentlichte den Skandal: Monsanto hat zwei weitreichende Patente beantragt auf Schweinezuchtverfahren und alle Ferkel, die daraus hervorgehen. Sollte es erteilt werden, greift der Saatgutmulti massiv in die Viehzucht ein.

Google und die Volltextsuche

Juli 2005: Die Internet-Suchmaschine Google hat ihre Großoperation zur Einrichtung einer digitalen Bibliothek mit 15 Millionen Büchern ausgesetzt. Grund dafür sind ungeklärte Urheberrechte. Die Auseinandersetzungen laufen.

Ärger im Wahlkampf

August 2005: Die Grünen, die ihren Wahlkampf-Schriftfonds zum Runterladen für die Basis ins Netz gestellt hatten, haben Ärger bekommen und müssen nach der Beschwerde des Schriftdesigners nun darauf verzichten.

Handel global – Menschen egal?

Stoppt die WTO-Konzernherrschaft – Leben und Arbeit in Würde weltweit! Konferenz über Auswirkungen des totalitären Freihandelsregimes, die laufende Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation WTO und Aktionsplanung 30. September bis 02. Oktober 2005 in Stuttgart.
Mehr Infos:
www.attac.de/wto sowie Carol.Bergin@t-online.de

TIPPS

Aktiv gegen Biopiraterie, Softwarepatente und andere Monopolrechte

Widerstand gegen Geistige Eigentumsrechte kann beim täglichen Einkauf, im Blumenkasten auf dem Balkon oder am eigenen Computer beginnen. Es gibt etliche Zusammenhänge, die kontinuierlich und öffentlichkeitswirksam am Thema dran sind – und sich über MitstreiterInnen freuen.

Die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie

Seit 2002 arbeitet die Kampagnengruppe im BUKO-Zusammenhang gegen die Patentierung von Heil- und Agrarpflanzen, zu den Kämpfen um freies Saatgut und traditionelles Wissen. Zweimal im Jahr gibt sie den »Kaperbrief« heraus, eine Zeitung gegen Biopiraterie als Beilage der *tageszeitung*. Erfolgreich hat sie die Kampagne gegen Biopiraterie an Cupuacu durchgeführt und mit der Aktion »Widerstand keimt auf« Nachbaugebühren kritisiert. Auf zwei Kirchentagen und einen Sommer lang an der Ostsee brachte sie das Thema kreativ auf die Straßen: mit Jonglage und Theater, mit spannendem Infoparcour und leckeren Süßigkeiten gegen Biopiraterie. Derzeit steht das Thema Terminator auf der Tagesordnung. Die Gruppe arbeitet ehrenamtlich und ist offen für neue MitstreiterInnen.
Mehr: www.biopiraterie.de, Weitere interessante Links zu Biopiraterie:
www.grain.org, www.etcgroup.org.

AG Wissensallmende und freier Informationsfluss

Die Attac-AG arbeitet zu allen Konfliktfeldern rund um Geistige Monopolrechte. Aktiv wurde sie bis jetzt vor allem zur Softwarepatentrichtlinie und im Rahmen der Filesharing-Kampagne, aber auch zur Umsetzung der Biopatent-Richtlinie in Deutschland.
Mehr: www.attac.de/wissensallmende.

Buchtipp: »Grüne Beute – Biopiraterie und Widerstand«

Herausgegeben von der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie erscheint in diesem Herbst ein Buch für EinsteigerInnen und Fortgeschrittene: 120 Seiten Biopiraterie und – Widerstand aus aller Welt, mit konkreten Fällen, Konzerngeschichten, rechtlichen Hintergründen, Stimmen aus dem Süden, Überblick über Alternativdiskussionen und vielem mehr. Trotzdem-Verlag.

Buchtipp: »Wissensallmende«

Benedikt Rubbel, Oliver Moldenhauer und Sebastian Bödeker geben in dem kleinen Band der Reihe »Attac-Basistexte« einen guten Überblick über die Konflikte um Geistige Monopolrechte. Das Buch gibt es im Buchhandel (VSA-Verlag), aber auch komplett zum Runterladen im Netz – eine konsequente Umsetzung der Forderung nach freiem Zugang zu Wissen.

KURZ & KNAPP: URHEBERRECHT

Das Urheberrecht räumt dem Autor bzw. dem Rechteinhaber ein zeitlich begrenztes Monopol über ein Werk des geistigen Schaffens ein, das in vielen Aspekten dem Eigentum nachgebildet ist. In der BRD erlischt das Urheberrecht erst 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers (§ 64 Urheberrechtsgesetz). Den Urhebern wird eine ganze Palette von Rechten an ihrem Werk eingeräumt: Die *Urheberpersönlichkeitsrechte* sind das Recht auf Veröffentlichung (§ 12), das Recht auf Namensnennung (§ 13) und die Möglichkeit, eine Entstellung des Werkes zu verhindern (§ 14). Die wichtigsten der zahlreichen *Verwertungsrechte* sind das Vervielfältigungsrecht (§ 16), das den Autoren gestattet, das Kopieren des Werkes zu verbieten oder zu erlauben, das Verbreitungsrecht (§ 17), das Vorführungsrecht (§ 19) und das Recht auf Zugänglichmachung (§ 19a). Diese Rechte sind strafbewehrt: Wer unerlaubt durch das Urheberrecht geschützte Inhalte kopiert oder sonstige Rechte der Urheber verletzt, wird mit bis zu fünf Jahren Haft und/oder Geldstrafe bestraft (§ 106ff.). Die in § 44 genannten Schranken des Urheberrechts gestatten ausnahmsweise bestimmte Handlungen, auch wenn sie in die Verwertungsrechte eingreifen, so z.B. die Privatkopie. [aus: Sebastian Bödeker/Oliver Moldenhauer/Benedikt Rubbel: Wissensallmende, vsa-Verlag 2005]

Vor allem die extrem lange Gültigkeit der Urheberrechte macht Probleme. So gibt es z.B. nahezu keinen freien Film made in Germany, da dafür sowohl Drehbuchautor als auch Regisseur und Filmmusikkomponist 70 Jahre tot sein müssen. Ein positives Vorbild könnte die alte usamerikanische Verfassung sein: 14 Jahre dauerte dort der Urheberrechtsschutz, es war möglich, ihn per Antrag einmal um weitere 14 Jahre zu verlängern. Die aktuellen Diskussionen gehen jedoch in eine andere Richtung: Die Unterhaltungsindustrie will schärfere Urheberrechte, z.B. sollen Privatkopien oder freie Kopien zu Lehrzwecken abgeschafft werden. Im Internet soll es mehr kostenpflichtige Werke und strengere Kontrollen geben. js

CREATIVE COMMONS

Urheberrechte mit selbstgewählten Einschränkungen

Creative Commons ist eine Antwort auf die verschärften Urheberrechte, ohne das Prinzip völlig aufzuheben. Vielmehr steht hinter Creative Commons die Idee, kreative Werke vom Text bis zur Musik nicht immer unbedingt dem strengsten Urheberschutz zu unterwerfen. Wer mag, gibt seinen Text selbst frei, mit Einschränkungen, die zum Selbstverständnis passen: z.B. »frei, aber immer mit Namensangabe«, »frei, aber nur für unkommerzielle Zwecke«, »frei, aber nur ohne Veränderungen« oder »frei, aber nur für Nutzungen, die wieder genauso frei sind«. Für jeden dieser Bestimmungen gibt es ein Mini-Zeichen, dahinter steht ein juristisch abgesicherter Lizenzvertrag. Die verschiedenen Freigabebedingungen können auch kombiniert werden.
Mehr: www.creativecommons.org js

URHEBERRECHTE

Recht auf Kooperation

Kriminell

(aus »Der Weg nach Tycho«, einer Sammlung von Artikeln über die Vorgeschichte der Lunarischen Revolution, veröffentlicht 2096 in Luna City)

Von Richard Stallmann ● Für Dan Halbert begann der Weg nach Tycho in der Hochschule – als Lissa Lenz ihn bat, ihr seinen Computer zu leihen. Ihrer war defekt und sie hatte keine Chance, ihr Semesterprojekt erfolgreich abzuschließen, wenn sie sich keinen anderen leihen konnte. Es gab niemand, den sie zu fragen wagte, außer Dan.

Das brachte Dan in ein Dilemma. Er musste ihr helfen – aber wenn er ihr seinen Computer lieh, hätte sie vielleicht seine Bücher gelesen. Nicht nur, dass es viele Jahre Gefängnis bedeuten konnte, jemand seine Bücher lesen zu lassen – die Idee selbst entsetzte ihn zuerst. Wie allen war ihm seit der Grundschule beigebracht worden, dass Bücher mit anderen zu teilen abscheulich und falsch war – etwas, das nur Piraten tun würden.

Und es war wenig wahrscheinlich, dass er der SPA – der Softwareprotektions-Aufsichtsbehörde – entgehen würde. Im Software-Unterricht hatte Dan gelernt, dass jedes Buch einen Copyright-Überwacher hatte, der der Zentralen Lizenzierungsstelle berichtete, wann und wo es gelesen wurde, und von wem. (Diese Informationen dienten zum Fangen von Lesepiraten, aber auch zum Verkauf von persönlichen Interessenprofilen an den Handel.) Sobald sein Computer das nächste Mal ins Netz ging, würde die Zentrale Lizenzierungsstelle alles herausfinden. Als Besitzer des Computers würde er die härteste Strafe bekommen – da er sich nicht genügend Mühe gegeben hatte, das Verbrechen zu verhindern.

Natürlich wollte Lissa seine Bücher gar nicht unbedingt lesen. Vielleicht wollte sie den Computer nur, um ihre Projektaufgabe zu schreiben. Aber Dan wusste, dass sie aus einer Mittelklassefamilie kam und sich schon die Studiengebühren kaum leisten konnte – geschweige denn all die Lesegebühren. Seine Bücher zu lesen war womöglich ihre einzige Möglichkeit, ihren Abschluss zu machen. Er verstand ihre Lage; er selbst hatte sich verschulden müssen, um all die wissenschaftlichen Artikel zu bezahlen, die er las. (10% dieser Gebühren gingen an die Forscher, die die Papiere schrieben; da Dan eine akademische Karriere anstrebte, konnte er hoffen, dass seine eigenen Forschungspapiere, wenn Sie häufig zitiert würden, ihm irgendwann genug einbringen würden, um seine Schulden zurückzuzahlen.)

Später würde Dan erfahren, dass es eine Zeit gab, als jeder in die Bibliothek gehen und Zeitschriftenartikel, ja sogar Bücher lesen konnte, ohne zahlen zu müssen. Es gab unabhängige Gelehrte, die Tausende von Seiten lasen, ohne Bibliotheksstipendien der Regierung zu benötigen. Aber in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts hatten sowohl kommerzielle wie nicht auf Gewinn ausgerichtete Zeitschriftenverleger begonnen, Zugriffsgebühren zu erheben. Im Jahr 2047 waren Bibliotheken, die allgemeinen freien Zugriff auf wissenschaftliche Literatur anboten, nur noch eine ferne Erinnerung.

Es gab natürlich Mittel und Wege, die SPA und die Zentrale Lizenzierungsstelle zu umgehen. Aber auch das war illegal. Einer von Dans Kommilitonen im Software-Unterricht, Frank Martucci, hatte sich ein verbotenes Debugging-Werkzeug besorgt und zum Überspringen des Copyright-Überwachers verwendet, wenn er Bücher las. Aber er hatte zu viele Freunde eingeweiht und einer von ihnen verriet ihn gegen Belohnung an die SPA (hoch verschuldete Studenten waren leicht zum Verrat zu verleiten). 2047 saß Frank im Gefängnis, nicht wegen Raublesens, sondern wegen dem Besitz eines Debuggers.

Dan würde später erfahren, dass es eine Zeit gab, als jeder Debugging-Werkzeuge besitzen durfte. Es gab sogar freie Debugging-Software auf CD und im Netz. Aber einfache Benutzer fingen an, sie zum Umgehen der Copyright-Überwacher zu nutzen, und schließlich urteilte ein Richter, dass dies ihr wichtigster Gebrauch in der Praxis geworden war. Das bedeutete, dass sie illegal waren; die Entwickler der Debugger kamen ins Gefängnis.

Programmierer benötigten natürlich noch immer Debugging-Werkzeuge, aber 2047 vertrieben die Händler nur noch nummerierte Exemplare, und nur an amtlich lizenzierte und verpflichtete Programmierer. Der Debugger, den Dan im Software-Unterricht benutzte, war durch eine eigene Firewall abgeschirmt, so dass er nur für Übungsaufgaben verwendet werden konnte.

Es war auch möglich, die Copyright-Überwacher zu umgehen, indem man einen veränderten Systemkernel installierte. Dan würde schließlich dahinterkommen, dass es um die Jahrhundertwende freie Kernel, ja sogar ganze freie Betriebssysteme gegeben hatte. Aber nicht nur, dass sie illegal waren, genau wie Debugger – auch wenn man einen besaß, konnte man ihn nicht installieren, ohne das Root-Passwort seines Computers zu wissen. Und das würde einem weder das FBI noch der Microsoft-Support verraten.

Dan folgerte, dass er seinen Computer nicht einfach an Lissa ausleihen konnte. Aber er konnte auch nicht ablehnen, ihr zu helfen, denn er liebte sie. Er genoss jede Gelegenheit, mit ihr zu sprechen. Und dass sie sich gerade an ihn mit der Bitte um Hilfe gewandt hatte, konnte bedeuten, dass sie ihn auch liebte.

Dan löste das Dilemma, indem er etwas noch Undenkbareres tat – er lieh ihr den Computer und verriet ihr sein Passwort. Das bedeutete, wenn Lissa seine Bücher las, würde die Zentrale Lizenzierungsstelle denken, dass er sie selber las. Es blieb ein Verbrechen, aber die SPA würde es nicht automatisch herausfinden. Sie würde es nur herausfinden, wenn Lissa ihn verriet.

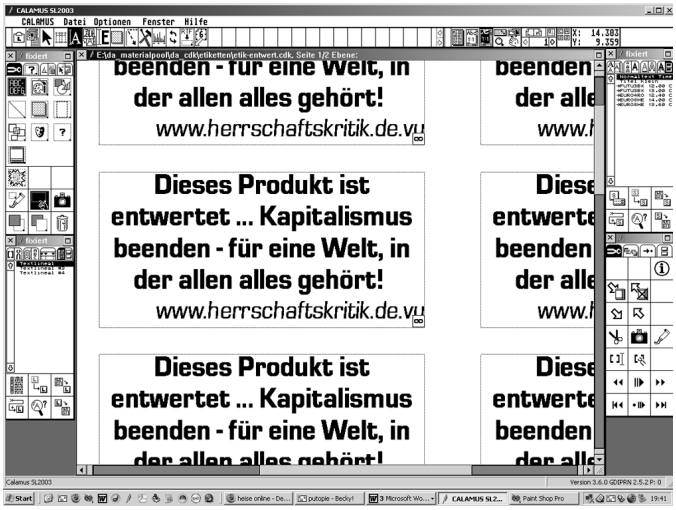
Sollte die Hochschule jemals herausfinden, dass er Lissa sein eigenes Passwort gegeben hatte, wäre es natürlich das Ende seines und ihres Studiums gewesen, ganz gleich wofür sie es verwendet hatte. Schulpolitik war, dass jeder Eingriff in die Überwachungsmaßnahmen des studentischen Computergebrauchs ein Grund für Disziplinarmaßnahmen war. Es spielte keine Rolle, ob man etwas Schädliches machte – das Delikt bestand darin, es den Administratoren zu erschweren, einen zu überprüfen. Sie gingen davon aus, dass dies bedeutete, dass man etwas anderes Verbotenes tat, und sie nicht zu wissen brauchten, was es war.

Normalerweise wurde man dafür nicht der Hochschule verwiesen – nicht direkt. Stattdessen wurden einem die Computersysteme der Universität gesperrt, so dass man unvermeidlich in allen Fächern durchfiel.

Später würde Dan erfahren, dass diese Art von Hochschulpolitik erst in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts begonnen hatte, als Studenten in großer Zahl anfingen, Computer zu verwenden. Vorher hatten die Universitäten eine andere Haltung zum Benehmen der Studenten; sie bestraften Aktivitäten, die schädlich waren, nicht solche, die bloß Verdacht erregten.

Lissa verriet Dan nicht an die SPA. Seine Entscheidung, ihr zu helfen, führte schließlich zu ihrer Heirat und führte sie auch zur Infragestellung dessen, was man ihnen als Kindern über Piraterie beigebracht hatte. Das Paar begann, über die Geschichte des Urheberrechts zu lesen, über die Sowjetunion und ihre Einschränkungen des Kopierens, sogar die ursprüngliche amerikanische Verfassung. Sie zogen nach Luna um, wo sie andere trafen, die sich ebenfalls dem langen Arm der SPA entzogen hatten. Als 2062 der Aufstand von Tycho begann, wurde das allgemeine Recht zu lesen schnell eines seiner Hauptziele.●

Dieser Artikel erschien in der Ausgabe vom Februar 1997 der Communications of the ACM (Jahrgang 40, Nummer 2)



Fundsache ...

FORTSETZUNG VON SEITE 10

- »Der« Ort für Live-Mitschnitte von Bands, Freie Musik und Raum für deine Mucke: www.archive.org
- Offene mp3-»Vertriebs«-Plattform für Freie Musik: http://muzik.agnula.org
- Ein Open Audio Pool: www.opsound.org
- Schleichwerbung in eigener Sache: www.krachundklang.de.vu

1) Freie Musik meint hier alle Musik, die unter Copyleft veröffentlicht wird.
2) »Public Domain« bedeutet übersetzt in etwa Gemeingut.
3) Ogg Vorbis (kurz: »ogg«) ist ein Komprimierungsformat für Musik, das ähnlich wie mp3 Frequenzabteile wegschneidet, die nur für Fledermäuse interessant sind. Allerdings mit wichtigen Unterschieden: Es ist ein freies Format, das dir keine Kosten aufzwingt – viele mp3-Erzeuger unterliegen Copyrights und ermöglichen es den Urheberinnen theoretisch, dir für die Benutzung Cash abzuverlangen. Zudem hört sich ogg auch bei niedrigeren Bitraten deutlich besser an als mp3.

»ANFORDERUNGEN« UND IDEEN

Subversiv aktiv gegen Copyrights, Patente und Biopiraterie

Neulich ... eigentlich wollte ich nur einen Film ausleihen ... in der Videothek hängt immer noch das »Raubkopierer sind Verbrecher«-Plakat ... auf der ausgeliehenen DVD schon wieder ein neuer Kopierschutz ... und auf dem Weg zurück nerven mich riesige Werbewände, die völlig unkritisch das Urheberrecht anpreisen ... hey, hatte ich nicht noch 'nen Edding dabei?

Espi Twelve, Red. Selbstorganisation im Alltag ● Eine zugespitzte Einleitung mit realem Erfahrungshintergrund: Überall in unserem Alltag begegnet uns die Eigentumslogik in all ihren Ausprägungen. Die Allgegenwart von Patenten oder Copyrights bietet aber zugleich viele Möglichkeiten, mit kreativem Widerstand an der kapitalistischen Normalität zu rütteln. Gut durchdachte Aktionen schaffen »Erregungskorridore«, in denen Kommunikation über den (Un-)Sinn von geistigen Eigentumsrechten bis hin zu grundsätzlichen Utopie-Debatten möglich wird. Neben einer sicher erweiterbaren Liste phantasievoller Protestformen unterbreitet diese Text auch ein paar grundsätzliche Anregungen, die bei Aktions-Planung und -Durchführung bedacht werden sollten...

Vom Symbol zur grundsätzlichen Kritik

Aktionen greifen fast immer Symbole auf, um eine Kritik deutlich zu machen. Aber egal ob sich eine Aktion gegen Biopiraterie oder Software-Patente richtet – es ist immer möglich, den konkreten Ausschnitt zu nutzen, um die grundsätzliche Problematik von Patenten und der Eigentumslogik zu thematisieren. Und für jede Aktion sollte überlegt werden, wie eine globalen Perspektive eingenommen und nach außen vermittelt werden kann.

Die Eigentumsfrage stellen: Utopiedebatten anzetteln

Wer Aktionen nur mit pragmatischen Entwürfen verbindet, vergibt Chancen auf weitergehende Debatten. Forderungen wie »Alles für alle« oder »Für eine Welt ohne Eigentum« provozieren Fragen, da diese Vorschläge völlig offensichtlich mit der Normalität »kollidieren«. Und das ist auch gut so: Aktionen, welche Eigentum hinterfragen, können zu spannenden Debatten führen – plötzlich wird mitten in der FußgängerInnenzone über Utopien diskutiert, darüber, wie eine ganz andere Welt aussehen könnte ...

Aktionsideen

Öffentlich angekündigte Aussaat von patentiertem Saatgut an Stellen, wo eine hohe Aufmerksamkeit und Außenvermittlung zu erreichen ist.

● Workshops »Wie umgehe ich Kopierschutz-Mechanismen?« in Software-Abteilungen von Läden verlegen, um diese zu öffentlichen »teach-ins« auszuweiten, bei denen unbedarfte PassantInnen einbezogen werden können.

● Entwertungs-Aufkleber mit Sprüchen gegen verknapptes Wissen (»Dieses Produkt wurde entwertet. Alles für alle statt Eigentum!«) in Läden an passende Produkte (Software, Tonträger, Bücher usw.) anbringen – gut kombinierbar mit anschließendem versteckten Theater an der Kasse ...

● Offensiv beworbene und ansprechend gestaltete Kopier-Zonen vor großen Musik-Läden aufbauen, wo z.B. Musik oder Software per Brenner frei vervielfältigt werden kann.

● Große Spruchblasen auf Werbeplakaten anbringen – plötzlich bekennen sich Reklame-Gesichter zur »Raubkopie« (»Klar, auch ich lade mir meine Musik einfach aus dem Netz«, »Wenn alles allen gehört, können wir uns Kontrolle sparen«).●

Hinweis: All diese Ideen sollen nur die Möglichkeiten kreativen Widerstands verdeutlichen und sind nicht als Aufruf zu strafbaren Handlungen zu verstehen.

Anzeige

SELBSTORGANISATION

Freiräume ?!

Überlegungen zu Wegen und Methoden einer langfristigen Kräftigung von »Selbst«organisation

»Nur ein kleiner Teil alternativer Projekte scheitert am Konflikt mit dem Staat. Die meisten scheitern an sich selbst.« Das führt Jörg Bergstedt, CONTRASTE-Mitredakteur, aus. Dem stimme ich zu. Hinzufügend frage ich mich, was dieses »Sich-selbst« von »Selbstorganisation« bei näherer Betrachtung bedeutet. Was trägt eine hoffungsfroh startende Gruppe für Widersprüche in sich, mit denen häufig kein kreativer Umgang gefunden werden konnte? Kritisch-solidarisch anknüpfend an den CONTRASTE-Schwerpunkt vom Juni dieses Jahres möchte ich hier ein paar Gedanken äußern, wie Projekte und Gruppen mit grundlegend gesellschaftsveränderndem Anspruch eine größere Chance der Weiterentwicklung bekommen könnten.

Hilmar Kunath, Redaktion Hamburg ● Es entspricht weiterhin dem Wunsch vieler Menschen, **Freiräume** zu schaffen gegenüber dem sich überall in dieser Gesellschaft eher noch beschleunigenden und verdichtenden Verwertungshandeln. Meines Erachtens sollte es einen solidarischen Streit geben um die **Methoden, wie** solche Freiraum-Ansätze wirklich wachsen können. Es geht hier um die Frage, wie die sich Aktivierenden in einem kritisch-selbstbezüglichen Prozess ihren gemeinschaftlichen Zusammenhang zunehmend selbst bestimmen können.

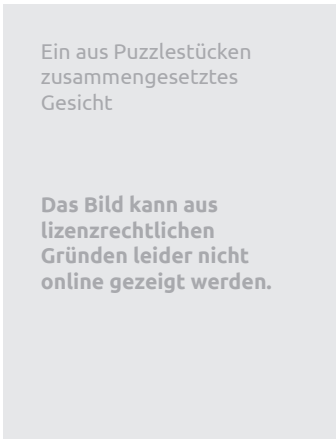
Nun zu Jörgs Freiraum-Vorstellungen (siehe CONTRASTE Nr. 249, S.1 ff.): Dort heißt es, dass diese Freiräume nicht von auswärtigen Geldgebern und »Hausrechtsinhabern« abhängig sein sollten. »Es gibt keine Verpflichtungen, denen die AkteurInnen unterworfen sind.« Es soll »keine rechtliche Handhabe für Rauswürfe, Ausgrenzungen und Beschränkungen« geben. Im Freiraum soll es keine verschlossenen Räume geben. Der Rauminhalt soll allen »AkteurInnen« möglichst rund um die Uhr zugänglich sein. Wer zu den AkteurInnen gehören soll, wird von den Beteiligten selbst festgelegt, potentiell alle. Der Freiraum soll nicht als Ganzes nach außen vertreten werden können. Es sei wichtig, das »Fehlen einer kollektiven Entscheidung und Kontrolle offensiv zu zeigen. Genauso wichtig wie das Fehlen von Entscheidungen ist der komplette Verzicht auf kollektive Identität.«

»Das System »Entscheidungsfindung« (...) ist vor allem der Fehler!« (S.7) Es sollen keine Entscheidungen getroffen werden, die den gemeinsamen Rahmen betreffen, nur soweit nötig innerhalb desselben: »So sind Entscheidungen in der Regel nötig bei Gruppen, die z.B. gemeinsam ein Projekt oder eine Aktion durchführen...« Aber für das Gesamtgebilde des Freiraumes »bietet der Verzicht auf zentrale Entscheidungsformen eine spannende Möglichkeit, Offenheit auch tatsächlich zu leben und zu organisieren. Dazu muss ein entsprechender Rahmen gesetzt werden...«, der sich nicht von Menschen abhängig machen darf, die so etwas nicht wollen.

Als interner Verständigungsprozess wird ein »horizontaler Organisationsprozess« ohne Abstimmungen vorgeschlagen. Der Schwerpunkt dieser Organisationsform wird bei großen Camps, Kongressen, Versammlungen, Zeltlagern und ähnliches gesehen. Sie wird aber auch auf örtliche Gruppen bezogen. Als Versuche in der gemeinten Richtung werden die Projektwerkstätten dargestellt, die Anfang der 90er Jahre entstanden sind. Es waren ca. 50, wovon heute wohl nur noch wenige übrig sind. Hier fehlt eine Klärung, warum das der Fall ist. Als Beispiel wird die Projektwerkstatt in Saasen hervorgehoben, die mit einer »selbst« gegründeten »Stiftung Freiräume« einen »Autonomievertrag« abgeschlossen hat. Dort heißt es: »1. Das beschriebene Grundstück ist offen für alle Menschen und Gruppen, die hier nach ihren Ideen tätig sein wollen.« (...) »Die NutzerInnen und NutzerInnengruppen verpflichten sich, nichthierarchische Entscheidungsstrukturen zumindest bei allen Dingen, die diesen Vertragsgegenstand betreffen, zu schaffen. Abbau von Dominanz, die Selbstbestimmung und Autonomie der Menschen und ihrer Zusammenschlüsse ist erklärtes Ziel der mit diesem Vertrag beschriebenen Dinge.« (S.10)

So weit die Wünsche und Ziele. Nur: wie kommen die Beteiligten dort hin?

Jörg ist realistisch genug, um hier und da Einschränkungen, real auftretende Schwierigkeiten zu nennen: »Ständig kommen Ideen und damit neue Möglichkeiten hinzu – leider gibt es auch immer Gruppen und Personen, die durch Klau und Zerstörung die »offene Plattform« wieder einschränken.« (S.8) Das spricht das Problem der nötigen Garantiemacht für einen inhaltlich-demokratischen Freiraum an. »Zentrale Cliquen« (S.10) soll es nicht geben, aber es muss wohl Menschen geben, die faktisch bereit sind, den Freiraum auch (teils gegen die Durchsetzung ihrer eigenen Ansichten) zu sichern, zu schützen. Wie entsteht so viel Fähigkeit, sich gleichberechtigt gestaltend in der Gruppe zu bewegen? Das ist nicht gerade das, was die Menschen, die sich in dieser Gesellschaft organisieren, schon mitbringen: »Es sind fast immer die »eigenen Leute«, die am Ende die Offenheit durch Etablierung, Privatisierung, Hausrecht, politische Grabenkriege mit Ausgrenzungen usw. wieder zerstören.« (S.10) Wie ist das zu verhindern? Neben persönlichen Eitelkeiten und Machtgelüsten, die es allmählich zu überwinden gilt, spielt eine vielschichtige politische Voneinander-Abgrenzung untereinander offensichtlich eine Rolle. Dazu schlage ich aus Erfahrung vor, sich häufiger direkt um die gemeinsamen praktischen Alltagsinteressen zu organisieren. Die unterschiedlichen Weltbilder kämen dann mehr in den Zusammenhang, sich an diesen gemeinsam praktizierten Verbesserungen der Lebensumstände bewähren zu müssen. Das schließt natürlich ein, dass eine Mehrheit von Aktiven so eine praktische Grundlage einer ideologisch ansetzenden Grundlage vorzieht.



Durch die wunsch- und ideengemäße **Setzung** (auch Be-Setzung) eines »Freiraumes« ist nicht mehr als ein erster Rahmen abgesteckt für die *Möglichkeit* für einen »selbst«-kritischen Entwicklungsprozess 'jenseits von Marktbezügen und staatlichem oder sonstigem Stellvertretertum'. Jörg schreibt bisher nicht über den Umgang mit den ständig im Alltag aufbrechenden Schwierigkeiten und Hemmnissen der »Selbst«organisation. Wir alle sind als 'Kinder dieser wertorientierten Gesellschaft' einfach nicht **unmittelbar** reif für eine 'höhere' Gesellschaftsordnung. Die sich gegenseitig aktivierenden Menschen sollten sich deshalb so nehmen wie sie sind und ihre Fähigkeiten zu menschlicherem, herrschaftsärmerem Umgang allmählich mit entwickeln. Herrschaftsfreiheit kann nur ein abstraktes Ideal bleiben. »Abbau von Dominanz« (= Herrschaft) klingt schon realistischer.

Nach meiner Erfahrung ist es wirksamer, mit den ohnehin ständig aufbrechenden Konflikten zu arbeiten, als sie eher wie »Betriebsunfälle« zu behandeln, die den hohen Zielen widersprechen... Durchgestandene, bewusst gemachte, gelöste Konflikte bringen eine Gruppe besser zusammen, als festgehaltenes Anspruchsdenken und »Friede-Freude-Eierkuchen-Stimmungen«.

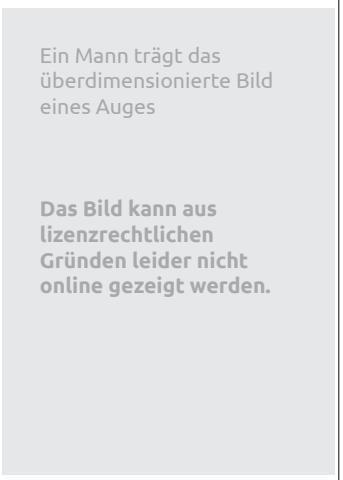
Freiräume wie Jörg sie sich wünscht **kann es nicht sogleich geben**. Es ist eine ideengeleitete Setzung. Die bloße Zielsetzung finde ich auch richtig. **Falsch finde ich ein Verfahren, ausgehend von diesen Ideen die Wirklichkeit dem Gewünschten anzunähern. Ich schlage vor, eher umgekehrt vorzugehen: Lasst uns ausgehen, von der Wirklichkeit, so wie wir sie notgedrungen vorfinden:** Dort gibt es ohnehin schon eine Reihe von Ansätzen und Versuchen, die ständig an ihre Grenzen stoßen. Das gilt auch für den Ansatz, in dem ich tätig bin, dem Arbeitskreis Lokale Ökonomie. Es kriselt vor sich hin. Es **könnte** ein ernsthaftes und lustiges, listiges, langfristiges Bemühen der gemeinsamen, schrittweisen »Selbst«überschreitung dieser Grenzen daraus werden, eine Gruppenentwicklung, die allmählich von mehr Menschen tätig und gedanklich mit bestimmt wird. Nur sehr wenige der Aktiven diskutieren bisher über so einen Weg. Auch in der CONTRASTE könnte mehr von diesem wirklichen, alltäglichen Prozess geschrieben werden, damit Interessierte klarer erkennen können, wie ein Weg der langfristigen »Demokratisierung« und Aktivierung, der Bestimmung der Lebensverhältnisse durch die Beteiligten beschritten werden kann. Es hilft den in kleinen Gruppen, den überall im Land sich »um den Abbau hierarchischer Strukturen« bemühten Menschen, sich genau anzusehen, ob sich die Bestimmung der Einzelnen in einer Gruppe allmählich verbreitert, oder ob immer weniger Menschen Einfluss auf die Gruppenaktivitäten nehmen... Selbstorganisation setzt – meist idealistisch genommen – ein »Selbst« an den Anfang des gemeinsamen Bemühens, dass so »selbst«bestimmt am Anfang gar nicht vorhanden sein kann. Es kann sich im Verlauf gemeinsamer Aktivitäten erst entwickeln. Mit einer »Ich«-Entwicklung und »selbst«-bestimmten Gruppenkräften verhält es sich auch nicht anders. Deshalb ist es wichtig, sich gemeinsam auf den wirklich vor sich gehenden Prozess zu beziehen, statt im Wunschdenken und Wunschhandeln stecken zu bleiben. In dem Text »Selbstbestimmung – es ist gar nicht so einfach« haben wir in Hamburg angefangen, davon Auskunft zu geben. (www.neue-arbeit-hamburg.de/pmwiki.php/Main/Selbstorganisation-EsIstGarNichtSoEinfach) Aber – 'selbst'-kritisch angemerkt – es könnte noch viel konkreter werden.

Aus 'Zur Kritik des Repräsentativsystems':

»Ein Keim der Lust zu stärkerer Einflussnahme ist bei vielen Menschen beobachtbar. Aber warum sollte der in einem verfestigten Repräsentativsystem entwickelt werden? Eine Gruppe kann – wenn sie will – diese tiefeingewurzelte Neigung zur Vertretung (Repräsentation) erkennen und als Grenze in der Entwicklung ihrer Gruppenkräfte erleben. Sie kann diese Grenze allmählich bewusst verschieben und einen anderen Kurs steuern. Jede Gruppe kann die Gestaltung des gemeinschaftlichen Zusammenhanges durch nur wenige von ihnen sich genau ansehen und absichtlich allmählich ändern. Grundlage dieses **langfristigen Aktivierungsprozesses** kann nur die Freiwilligkeit sein.

Nötig ist dazu, ab und zu eine **Bestandsaufnahme** zu machen: »Wer bestimmt eigentlich bei uns was?« »Wo ist es uns gelungen, bestimmte Gruppenfunktionen breiter zu verteilen?« »Wer hat im letzten Jahr für uns alle nach außen gesprochen? Sind das mehr oder weniger geworden?« »Wer nimmt Einfluss auf Richtungsentscheidungen der Gruppe?« »Wer von uns kann einzelnen Gästen darstellen, was wir hier machen? Sprechen immer nur dieselben?«

Zum Beispiel kann die Aktivierung im Umsonstladen, im Kleinmöbellager, in der Fahrrad-Selbsthilfe-Werkstatt, in der Gartengruppe, u.s.w. eine qualitative Stärkung bekommen, dadurch dass die Vertretung des Projektes nach außen, die Diskussionsleitung und das Protokollschreiben auf den Versammlungen, die Darstellung gegenüber den NutzerInnen allmählich von mehr Aktiven durchgeführt wird. Auch wenn die Bestimmungskräfte nachlassen, können wir das merken und gegensteuern.«●



REZENSION UND TERMINANKÜNDIGUNG – RUDOLF BAHRO:

Glaube an das Veränderbare

Eine Biografie des streitbaren Gründungsmitglieds der deutschen Grünen beschreibt den widersprüchlichen Werdegang des linken Vordenkers.

Von Ueli Mäder, woz ● Rudolf Bahro (1935-1997) gehört zu den markantesten und umstrittensten Personen der jüngeren deutschen Zeitgeschichte. »Ökofaschismus« schimpften seine GegnerInnen, und Bahro selbst wurde als »grüner Adolf« tituliert. Bahro, Gründungsmitglied der deutschen Grünen, trat für Selbstbestimmung, eine kommunitäre Subsistenzwirtschaft und eine ökologische Erneuerung ein. Ihn trieb die Frage um, warum der Mensch sich selbst und die Erde zerstört, und er thematisierte, wie persönliches Machtstreben das eigene Handeln korrumpiert.

Sein Einsatz für einen zivilgesellschaftlichen dritten Weg und seine Ausstrahlung trugen nicht nur in der ehemaligen DDR zum Aufbruch bei. Als Antwort auf den Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei (1968) veröffentlichte Bahro sein Buch »Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus« (1972), was zu einer längeren Gefängnisstrafe führte, gegen die Heinrich Böll, Rudi Dutschke und weitere in der ganzen Welt protestierten. Gregor Gysi verteidigte Bahro vor Gericht. Später aus der DDR ausgewiesen, gründete Bahro 1980 mit Petra Kelly und andern die Grünen, die er nach fünf Jahren wieder verließ. Zuvor habilitierte er an der Universität Hannover in Sozialphilosophie. Nach der Wende kehrte Bahro in die frühere DDR zurück. An der Berliner Humboldt-Universität, an der er einst studiert hatte, arbeitete er nun im Institut für Sozialökologie an der Theorie eines sozialökologischen Umbaus, die er auch in konkreten Ökogemeinschaften verwirklichen wollte. Seine Provokationen sorgten für viele Schlagzeilen und Anfeindungen. 1997 starb Bahro kurz nach dem Suizid seiner Gefährtin.

Tot und vergessen?

Am 18. November 2005 veranstalten das Rudolf-Bahro-Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, die Heinrich-Böll- und die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Symposium. Anlass ist der 70. Geburtstag von Rudolf Bahro. Laut Einladung geht es um »sozialökologische Innovationen für eine zukunftsfähige Lebensweise«. Der Titel drückt aus, wofür er sich einsetzte. Guntolf Herzberg und Kurt Seifert dokumentieren sein Werk in ihrer eindrücklichen Biografie »Glaube an das Veränderbare«, die neu als Taschenbuch vorliegt. Sie beschreiben den widersprüchlichen Werdegang Bahros, erhellen Privates und Politisches in faszinierender Weise – mit vielen Fakten, ansprechend, respektvoll und mit der nötigen Distanz. Die gebundene Ausgabe erschien bereits 2002 im Berliner Links-Verlag. Als ich kurz nach deren Herausgabe den Feuilletonchef einer Tageszeitung fragte, ob ihn das Buch interessiere, entgegnete er, Bahro sei doch schon tot und vergessen.

Bahro kam am 18. November 1935 als Sohn eines Landwirts im heute polnischen Bad Flinsberg zur Welt. Als Flüchtlingskind gelangte er während des Zweiten Weltkriegs nach dem Verlust seiner Mutter und seiner beiden Geschwister in die spätere DDR. Wie das Leben nun weitergehe, fragte sich der Jugendliche Rudolf 1953 mit Tränen in den Augen nach dem Tod Stalins. Er befand sich damals auf dem Weg zum strammen Mitglied der SED, mit der er später brach. Heute ruht Bahro auf dem Dorotheenstädtischen Kirchhof in Berlin neben Hegel, Fichte, Bertolt Brecht und Johannes R. Becher, über dessen Verhältnis zur Arbeiterklasse er 1959 seine Diplomarbeit verfasste.●

WOZ vom 08.09.2005

»Rudolf Bahro, Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie«, Herzberg, Guntolf / Seifert, Kurt – Aufbau Taschenbuchverlag, Berlin 2005, 661 Seiten, 23 Franken, 12,50 EUR

Anzeige

JAHRESTAGUNG 2005
Samstag, 12.11.2005 • DÜSSELDORF
Konzernmacht und Sozialraub
BAYER und Co. entfesseln den Kapitalismus
Kapitalismus und Sozialraub gehören zusammen. Unsere Jahrestagung soll Mut machen. Konkret, faktenreich und anschaulich.
Jetzt Info´s anfordern - kostenfrei.
Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V./CBG
Postfach 15 04 18, D-40081 Düsseldorf
Fon (0)2 11 - 33 39 11
Fax (0)2 11 - 33 39 40
eMail CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org
CBG

ARBEITERGENOSSENSCHAFT MEXIKO

Streikende Arbeiter übernehmen ihre Firma

Continental hat ein Reifenwerk in Mexiko nach drei Jahren Zoff an die Belegschaft verkauft. Bisher kommt die Produktion allerdings nur schwer in Gang. Anfang 2005 übernahm die Belegschaft und eine Vertriebsgesellschaft ein mexikanisches Reifenwerk in El Salto von Continental – nach einem dreijährigen Streik. Noch tun sich die Arbeiter schwer in ihrer neuen Rolle als Unternehmer.

Klaus Ehringfeld, Red. Genossenschaften ● Wie es ist, wenn man plötzlich vom Saulus zum Paulus wird, erzählt Jesús Torres Nuño gern. »Das ist schon sehr seltsam«, sagt der 43-Jährige, als hätte er nur auf diese Frage gewartet. Drei Jahre lang war Torres der Albtraum des deutschen Reifenherstellers Continental. Als Vorsitzender der Gewerkschaft des Euzkadi-Reifenwerks im mexikanischen El Salto streikte er mit seinen Kollegen 1.135 Tage – also mehr als drei Jahre. Er kämpfte vor Gerichten in Mexiko und auf Conti-Aktionärsversammlungen in Hannover gegen die Schließung seiner Fabrik und für den Erhalt von mehr als tausend Arbeitsplätzen. Vor rund einem halben Jahr wurde er dann vom Arbeiterchef zum Unternehmer. »Plötzlich laden mich die Chefs der benachbarten Firmen zum Kaffee ein, die mir früher den Zutritt zu Arbeitnehmerversammlungen in ihre Fabriken verweigert haben«, sagt Torres noch immer erstaunt.

Ein Schnäppchen

Im Rahmen einer außergerichtlichen Einigung verkaufte Conti Anfang des Jahres das Werk zur Hälfte an die streikenden Arbeiter und zur anderen Hälfte an einen Reifenvertrieb. Für rund 80 Millionen Dollar – ein Schnäppchen. Und so wurde aus dem Reifenwerk Euzkadi/Continental die Corporación de Occidente (Kooperative des Westens) – und aus Elektrikern, Maschinenführern, Vulkanisateuren und Staplerfahrern wurden Miteigentümer einer Fabrik.

Heute ist Torres Chef des Verwaltungsrates der Genossenschaft und sitzt noch immer in dem kaum zehn Quadratmeter großen Büro, aus dem er schon den Arbeitskampf organisiert hatte. Ein Dutzend Aktenordner dokumentieren in einer Glasvitrine den Zoff mit Conti. Darauf stehen Siegerpokale der Fußballbetriebsmannschaft und ein Bild der Jungfrau von Guadalupe, der Schutzheiligen der Mexikaner. Torres, ein smarter Mann, der noch immer das blaue Hemd des Gewerkschafters trägt, beherrscht die Klaviatur der Kontroverse ebenso gut wie die des Kompromisses: »Unsere Lösung ist das intelligente Ende eines radikalisierten Arbeitskampfes, bei dem beide Seiten gewinnen«, sagt er.

Schließung verhindert

Begonnen hatte alles am 17. Dezember 2001. Es war ein milder Wintertag im Westen Mexikos. Und wie jeden Morgen trafen hunderte Arbeiter kurz vor sieben Uhr zur Frühschicht ein. Doch anstatt an die Arbeit zu gehen, standen sie vor geschlossenen Werkstoren: »Daran hing eine Bekanntmachung, dass das Werk ab sofort geschlossen ist und wir uns unsere Abfindungen abholen können«, erinnert sich Torres, als sei es gestern gewesen.

Aus, dachte er fassungslos, nach 25 Jahren bei Euzkadi. Aus, dachte auch erleichtert Continental, viertgrößter Reifenhersteller der Welt und seit 1998 Eigentümer der Euzkadi-Fabrik. Schon rund zwei Jahre lag Conti mit der Gewerkschaft im Clinch. Das Werk, in dem 1.164 Arbeiter in Spitzenzeiten 15.000 Reifen pro Tag fertigten, genüge nicht internationalen Produktivitätsstandards und sei nicht wettbewerbsfähig, argumentierte Conti. Aber die verordnete Schließung war nicht das Ende des Ringens zwischen Conti und den Arbeitern, sondern der Anfang eines erbitterten Arbeitskampfes, an dessen Ende eine Konfliktlösung steht, die in Zeiten der Globalisierung aufhorchen lässt.

Ungewohnte Perspektive

Kaum war am 26. Januar 2005 die Tinte unter dem Kaufvertrag trocken, machten sich die 604 Arbeiter, die den Streik durchgestanden hatten, daran, ihr Eigentum in Besitz zu nehmen und die Reifenfabrik wieder produktionsfähig zu machen. Ein halbes Jahr später ist dem Werk der Konflikt und der lange Stillstand noch immer anzumerken. Von der Außenwand der grauen Fabrikhalle blättert die Farbe, auf dem Schornstein, aus dem schwacher Rauch aufsteigt, ist der blaue Euzkadi-Schriftzug nur notdürftig übermalt. Der Staub von drei Jahren liegt auf den Kautschukpaletten im Lager.

In der Werkshalle, so groß wie mehrere Fußballfelder, wird gebohnert, gefegt und es werden Markierungen nachgemalt. Aber die meisten Räder stehen noch still. Nur aus einer Presse quillt Gummi in langen Bahnen und faltet sich zu einem schwarzen Teppich. Und gerade eine Handvoll der über hundert Vulkanisierungsmaschinen spuckt Reifen aus, kaum 30 sind es derzeit pro Tag. Noch fällt den neuen Eigentümern die ungewohnte Perspektive schwer. Schichtpläne, Löhne, Nachschub – so viele ihrer Aufgaben sind neu, dass es schon mal zu Anfängerfehlern kommt, etwa wenn versäumt wird, rechtzeitig Ersatzteile zu bestellen. Mittelfristig aber haben sich die Genossenschaftler ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. In einem Jahr wollen sie wieder 10.000 Reifen am Tag fertigen.

Der Konzern Continental

Continental ist einer der weltweit führenden Zulieferer der Automobilindustrie mit Know-how in der Reifen- und Bremsentechnologie, der Fahrdynamikregelung, der Elektronik und der Sensorik. Den Gewinn vor Zinsen und Steuern für das Jahr 2004 geben die Hannoveraner mit knapp 1,1 Milliarden Euro an, den Umsatz mit 12,6 Milliarden Euro. An mehr als 100 Standorten sind auf vier Kontinenten mehr als 81.000 Männer und Frauen beschäftigt. Im mexikanischen El Salto lieferte sich der Konzern einen jahrelangen Arbeitskampf mit der Belegschaft des Werks Euzkadi. Inzwischen haben die Arbeiter und eine Reifenvertriebsgesellschaft den Betrieb von Conti übernommen.

Hilfe vom ehemaligen Gegner

Dabei können sie auch auf die Unterstützung des ehemaligen Gegners zählen: »Wir haben befristete technische Unterstützung beim Start-Up zugesagt und nehmen jährlich 500.000 Reifen ab, wenn Qualität und Preis stimmen«, sagt Conti-Pressesprecher Hannes Boekhoff. Für die Kooperative eine unschätzbare Hilfe, denn damit hat sie einen sicheren Abnehmer für ein Viertel der Jahresfertigung.

Das scheinbar gute Verhältnis zwischen der Kooperative und Continental ist nicht selbstverständlich nach einem jahrelangen Arbeitskampf, den beide Seiten verbissen geführt haben. Conti weigerte sich kategorisch, das Werk wieder aufzumachen und die Arbeiter schworen, nicht aufzugeben. Vor Gericht stritten die Kontrahenten zwei Jahre darum, ob die Arbeiter im Streik oder entlassen seien. Erst nach einem Urteil vom Februar 2004, das der Gewerkschaft Recht gab, kam Bewegung in die Sache. Zwar ging der juristische Streit weiter, aber parallel verhandelten die Konfliktparteien über die Übernahme des Werks. Denn auch Conti hatte nach einem langen Streit, der auch in Deutschland für Schlagzeilen sorgte, Interesse an einer einvernehmlichen Lösung.

Not in den Familien

»Wir müssen sehr produktiv sein, um mit den multinationalen Konzernen mithalten zu können«, weiß Kooperativen-Chef Torres. Das bedeutet für die neuen Eigentümer auch, dass sie zunächst deutliche Abstriche beim Verdienst hinnehmen müssen. In den ersten Wochen gab es gerade mal 500 Peso (38 Euro) pro Woche. Inzwischen hat sich das Einkommen verdreifacht, weil die mexikanische Regierung Fortbildungsstipendien an die Belegschaft vergeben hat. Aber die meisten Arbeiter sind noch immer weit von ihrem früheren Verdienst entfernt, und viele haben die drei Streikjahre nur mit großen Entbehrungen durchgestanden.

Zum Beispiel die Familie von Gustavo González. Der 53-Jährige hatte 18 Jahre bei Euzkadi als Elektriker gearbeitet. »Es war so, als hätte jemand einen Eimer kalten Wassers über uns ausgegossen«, erinnert sich seine Frau Felicitas daheim bei Cola und Chips an den Tag der Werkschließung. Erst zwei Jahre vor dem Rausschmiss hatte González ein kleines Häuschen für seine Frau und die beiden Töchter gekauft. Und plötzlich war alles in Gefahr. Doch die Familie rückte zusammen. González Frau begann, in ihrem Haus Hühner zu verkaufen. Die jugendlichen Töchter verzichteten aufs Ausgehen und neue Kleider. Gustavo arbeitete Teilzeit als Taxifahrer. »Wir haben ja nirgends einen Job bekommen, weil wir auf einer schwarzen Liste standen.«

Schwieriger Rollenwechsel

Aber selbst mit allen Anstrengungen kam die Familie nicht auf den Verdienst von 1.200 Euro, den González jeden Monat bei Euzkadi erzielt hatte. Es häuften sich Schulden an – und Krankheiten. Eine Tochter bekam Gastritis, die Mutter Krebs, und bei Gustavo verschlimmerte sich die Diabetes. Am Ende des Arbeitskampfes hatte die Familie Schulden in Höhe von umgerechnet 15.000 Euro. Diese konnten mit den Abfindungen beglichen werden, die Conti nach dem Verkauf des Werkes zahlte. »Wir haben zwischendurch oft gezweifelt, ob sich das lohnt, aber jetzt bin ich froh, dass ich die Hürde genommen habe«, sagt Gónzalez. Nur an seine Rolle kann er sich noch nicht gewöhnen. »Ich fühle mich genauso als Arbeiter wie früher. Aber ich weiß, dass wir als Eigentümer stärker anpacken müssen.«●

AGRARGENOSSENSCHAFTEN

Unverwüstliches Ostrelikt

Agrargenossenschaften behaupten sich auch 15 Jahre nach der »Wende« hartnäckig. Von der Politik ausgehende Zerschlagungsversuche sind gescheitert. Entgegen den Vorhersagen und trotz Diskriminierungen gibt es im Osten heute immer noch rund 1.100 Agrargenossenschaften. Zukünftiger Stolperstein für deren Fortbestehen ist das Auslaufen der Pachtverträge mit der Treuhandnachfolgegesellschaft BVVG in den Jahren 2010 bis 2012.

Wolfgang Jahn*, Red. Genossenschaften ● Vor 15 Jahren, am 29. Juni 1990, schuf die letzte Volkskammer mit dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LAG) die Rechtsvoraussetzungen für die Umstrukturierung der sozialistischen LPG, für ihre »Transformation« in die kapitalistische Marktwirtschaft. Erklärte Ziele waren die Wiederherstellung des Privateigentums an Grund und Boden, die Gewährleistung der Chancengleichheit aller Eigentums- und Wirtschaftsformen im Wettbewerb und die Beteiligung der in den Landwirtschaftsbetrieben tätigen Menschen an der Einkommens- und Wohlstandsentwicklung.

Gesetzliche Einschnitte

Führende BRD-Politiker glaubten damals, dass die Bauern, von den »Fesseln der LPG befreit«, in Scharen wieder ihre einzelbäuerlichen Betriebe einrichten oder neue gründen würden. Doch ein großer Teil der LPG-Mitglieder entschied sich für die eingetragene Genossenschaft (eG); sie wollten weiterhin gemeinschaftlich arbeiten. Das »Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes«, das dem Schreckensbild der »Agrarfabrik« gegenübergestellt wurde, zeigte wenig Wirkung. Doch damit wollte sich die politische Klasse nicht abfinden. Folglich änderte der Bundestag Mitte 1991 das DDR-LAG grundlegend. Insbesondere wurde der Formwechsel einer LPG nicht nur in eine eG, sondern ebenso in eine Personen- oder Kapitalgesellschaft ermöglicht. Auch die Abfindungsansprüche ausscheidender bzw. ausgeschiedener Mitglieder wurden neu geregelt.

Diese Änderungen zielten darauf, die 3.844 LPG bis zum 31.12.1991 möglichst in GmbH und AG umzuwandeln. Nach diesem Termin erfolgte die Auflösung der LPG kraft Gesetz. Über den Kapitalabfluss infolge der Zahlungen an ausscheidende Mitglieder sollten die »LPG-Nachfolgeeinrichtungen« mittelfristig geschwächt und Anreize für die Gründung von Einzelunternehmen gegeben werden. Das entsprach der vom damaligen Bundesagrarminister Ignaz Kiechle (CSU) formulierten Ansicht, dass sich die angeblich »fundamentalen Strukturmängel der ostdeutschen Landwirtschaft (nicht) von einem Tag auf den anderen beseitigen« lassen.

Begleitet wurde die Gesetzesnovellierung von der regierungsoffiziellen Diffamierung der eG als »relativ schwerfällig bei der Anpassung an marktwirtschaftliche Erfordernisse« und dem nötigenden Hinweis, bei der Wahl der Rechtsform gefälligst zu berücksichtigen, »dass im Mittelpunkt der Agrarstrukturförderung in der EU und in der Bundesrepublik das landwirtschaftliche Familienunternehmen steht« und die Einbeziehung der Genossenschaften in die Förderung nur befristet sei.

Zu geringes Profitinteresse

Westdeutsche Wissenschaftler und Berater warnten, die Genossenschaft müsse mit ihrem Prinzip ein Genosse – eine Stimme, unabhängig von der Kapitalbeteiligung, scheitern, weil die Genossen vorrangig an der Einkommenssicherung und weniger an Investitions- und Rationalisierungsmaßnahmen interessiert wären. Deshalb galten Agrargenossenschaften bestenfalls als Übergangsform in die Kapitalgesellschaft. Ihr baldiges Ende schien sicher.

Doch entgegen den Vorhersagen und trotz Diskriminierungen gibt es im Osten heute immer noch rund 1.100 Agrargenossenschaften, die über 1,5 Millionen Hektar bewirtschaften. Die durchschnittliche Größe einer eG beträgt über 1.400 Hektar. Ihre Betriebsergebnisse sind keineswegs schlechter als die der Kapitalgesellschaften. Und ein auf die Flächeneinheit bezogener Vergleich mit den ostdeutschen wieder- und neu eingerichteten Familienbetrieben zeigt, dass die Agrargenossenschaften das 1,86fache an Tieren halten und trotz höherer Arbeitsproduktivität fast das 1,27fache an Arbeitskräften beschäftigen.

Hindernislauf geht weiter

Allerdings besteht kein Grund zur Euphorie. Zum einen geht die Zahl der Agrargenossenschaften langsam, aber stetig zurück; es kommt nicht zu Neugründungen. Zum anderen sind sie ein rein ostdeutsches Phänomen. Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und die mit der jüngsten EU-Agrarreform fortschreitende Liberalisierung werden jedoch für eine weitere Konzentration der Agrarflächen in größeren Unternehmen auch im Westen sorgen. Bereits jetzt ist der Vormarsch kooperativer Betriebe, namentlich der als Gesellschaften bürgerlichen Rechts organisierten Personengesellschaften, unübersehbar. Immerhin bewirtschafteten sie zusammen mit den wenigen juristischen Personen (vor allem eG und GmbH) bereits über eine Million Hektar. Das sind laut Agrarbericht der Bundesregierung von 2004 neun Prozent der landwirtschaftlichen Fläche West.

Die heutigen Agrargenossenschaften sind keine »Inseln des Sozialismus«. Auch sie sind dazu verurteilt, bei Strafe ihres Untergangs Gewinne zu erwirtschaften. Nur dann können sie im erforderlichen Maße investieren und so Arbeitsplätze sichern. Künftig stehen die Genossenschaften vor der Aufgabe, noch konsequenter ihre Größenvorteile in der Produktion und beim Ein- und Verkauf, aber auch ihre Innovationsfähigkeit zu nutzen. Zum Problem könnte u. a. werden, dass der Anteil der Mitarbeiter, die nicht Mitglieder der Genossenschaften sind, ständig zunimmt. Damit wird die für Genossenschaften typische Identität von Lohnempfänger und Unternehmer aufgehoben. Ohne wirksame Anreize zur Mitgliederbindung und Mitgliedergewinnung wird sich dieser Trend verstärken.

Problematik der Pachtverträge

Ein weiterer Stolperstein für das Fortbestehen der Agrargenossenschaften ist das Auslaufen der Pachtverträge mit der Treuhandnachfolgegesellschaft BVVG für ehemalige volkseigene Flächen in den Jahren 2010 bis 2012, wenn hier keine flexible Verlängerung der Pachtverträge gewährt wird. Außerdem bleiben die Genossenschaften durch Abfindungszahlungen an ausgeschiedene Mitglieder belastet. Ein weiterer Kapitalabfluss aus den Unternehmen ist infolge der neuen Ablöseregelung für Altschulden zu erwarten. Künftige Härtetests sind also programmiert.●

* Erstmals erschienen 4. Aug 2005 in Junge Welt

Zahlen und Fakten zur Landwirtschaft

● Der durchschnittliche ostdeutsche Landwirtschaftsbetrieb ist 6,2mal größer als der westdeutsche. Während im Osten 48 Prozent der Agrarfläche von Betrieben mit 1.000 und mehr Hektar bewirtschaftet werden, sind es im Westen nur 0,3 Prozent. Der Flächenanteil von Betrieben unter 50 Hektar liegt im Osten bei unter vier Prozent, im Westen bei 41.

● In den alten Bundesländern werden 90 Prozent der Fläche von Familienbetrieben bewirtschaftet. Dagegen gibt es in den neuen Ländern eine »Vorherrschaft« der Gemeinschaftsunternehmen. So genannte juristische Personen, also vor allem eG und GmbH, bewirtschaften 52, Personengesellschaften 23 Prozent der Flächen.

● Während sich in Ostdeutschland nur 14 Prozent des von ihnen bewirtschafteten Bodens im Eigentum der Agrarbetriebe befinden, sind es im Westen 45 Prozent.

● In Ostdeutschland sind 76 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte Lohnempfänger, im Westen 31 Prozent. Den größten Teil der Arbeit leisten dort Familienarbeitskräfte (berechnet nach: Ernährungs- und agrarpolitischer Bericht 2004 der Bundesregierung).

FORTSETZUNG VON SEITE 4: GEGEN BUCH MASSE

»Kampf« der Arbeitenden in Wirklichkeit bestellt? Welche technologischen und sozialen Formen der Herrschaft dominieren die Arbeit im industriellen Kapitalismus? Welche subjektiven Bedürfnisse und Widerstände entwickeln die Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber den Verhältnissen, denen sie ausgesetzt sind? Und: Welche Rolle spielen Gewerkschaften und Parteien für eine kämpfende, kommunistische ArbeiterInnenbewegung?

Der kritische Blick des Operaismus auf den Einsatz von Technologie und Maschinerie als Kontrollinstrument des Kapitals ermöglichte eine Technikkritik »von unten«, lange bevor es überhaupt eine ökologische Bewegung gab. In Deutschland hat der Operaismus vor allem als Ansatz für die Neubestimmung von Klassengeschichtsschreibung eine Rolle gespielt. Im Zuge der anhaltend kontroversen Debatte um »Empire« gibt es ein neues Interesse am Operaismus, und in jüngster Zeit wird er auch von Intellektuellen mit migrantischem Hintergrund für eine Geschichte der Arbeitsmigration und der Kämpfe von MigrantInnen in Deutschland wiederentdeckt.

Steve Wright, geb. 1958, war Anfang der achtziger Jahre in der australischen Anti-Atomkraft-Bewegung und später als Gewerkschaftsdelegierter im öffentlichen Dienst aktiv. In den neunziger Jahren beteiligte er sich an Netzwerken, die um die zapatistische Bewegung herum entstanden und engagierte sich in den IWW (Australien). Er ist Mitglied einiger Zeitschriftenredaktionen wie Thesis Eleven, Vis-à-vis and Rank & File News. Er unterrichtet Informationsmanagement an der Fakultät für Informationstechnologie an der Monash University. Sein Buch »Den Himmel stürmen« basiert auf seiner Dissertation von 1988, die er angesichts des neu geweckten Interesses für den Operaismus für die Buchausgabe von 2002 gründlich überarbeitet hat. Zur Zeit forscht er weiter zur Bedeutung der Erfahrungen in Italien während der fünfziger bis achtziger Jahre, er beteiligt sich an den Debatten um soziale Software und setzt sich kritisch mit der Frage der »immateriellen Arbeit« auseinander.

Mi. 19.10.2005, 20 Uhr, Dritte Welt Haus, Falkstr. 74, Frankfurt/M.-Bockenheim

Militärrituale – Analyse und Kritik eines Herrschaftsinstruments
Buchvorstellung, Lesung mit Film und anschließender Diskussion. Mit dem Autor Markus Euskirchen.
Ergänzt durch Informationen zu den geplanten Protesten gegen den Zapfenstreich am 26. Oktober 2005 vor dem Berliner Reichstag anlässlich des 50jährigen Bestehens der Bundeswehr.
VeranstalterInnen: Libertad!, P.A.C.K, Initiativkreis GegenBuchMasse

Zum Buch:
Militärrituale – Analyse und Kritik eines Herrschaftsinstruments. Markus Euskirchen, PapyRossa Verlag – 2005
Warum und wozu gibt es Militärrituale und wie funktionieren sie? Am Beispiel der Bundeswehr werden die verschiedenen Formen militärischer Rituale dargestellt und typologisiert: das Gelöbnis als Initiationsritual, mit einem Exkurs zur Rolle der Kirche; Staatsempfänge als Imponierrituale; Wache und Staatsbegräbnis als Ehren- und Trauerrituale; Kranzniederlegungen als Erinnerungs- und Gedenkrituale; Großer Zapfenstreich als ritualisierter Militärauftritt, mit einem Exkurs zum Wachbataillon als Spezialtruppe. Derlei Rituale verweisen auf die ultima ratio staatlich-politischer Logik und schaffen Akzeptanz für die Anwendung militärisch organisierter Gewalt. Abschließend wird die vielgestaltige Protestbewegung gegen öffentliche Militärauftritte betrachtet.

Do. 20.10.2005, 19.30 Uhr, Café ExZess, Leipziger Str. 91, Frankfurt/M.-Bockenheim

»Und dann kommst du dahin an einem schönen Sommertag« – Die Frauen von Ravensbrück
Mit der Autorin Loretta Walz
!!! Nur für Frauen !!!
Veranstalterinnen: Autonomes FrauenLesbenReferat des Asta Uni, FrauenLesben Kneipenabend im ExZess

Zum Buch:
»Und dann kommst du dahin an einem schönen Sommertag« – Die Frauen von Ravensbrück. Von Loretta Walz. Kunstmann Verlag 2005
Ravensbrück war das größte Frauen-Konzentrationslager der NS-Geschichte. 1980 hat Loretta Walz begonnen, Überlebende in Videointerviews zu befragen und sich dabei für das »ganze Leben« der Frauen interessiert: wie sie aufgewachsen, wie sie zum Widerstand, ins KZ gekommen sind, wie sie überleben konnten und ihre Erfahrungen ihr weiteres Leben beeinflussten. Die Frauen berichten von grausamer Erniedrigung und unmenschlicher Arbeit, von medizinischen Experimenten und Zwangssterilisationen, dem Krankenrevier, in dem noch 1944 Kinder geboren wurden, aber auch von ungebrochener Solidarität und Tapferkeit, von kluger Sabotage und heimlicher Hilfsbereitschaft. In den Stimmen der Frauen aus 15 west- und osteuropäischen Ländern wird die Geschichte des Konzentrationslagers, von Widerstand und Verfolgung aus weiblicher Sicht lebendig. Mit ihrer behutsamen und sehr persönlichen Annäherung bahnt Loretta Walz zugleich dem Umgang mit Erinnerung neue Wege.

Do. 20.10.2005, 20 Uhr, Dritte Welt Haus, Falkstr. 74, Frankfurt/M.-Bockenheim

Berliner Verhältnisse – Unterschichtenroman
Lesung mit dem Autor Raul Zelik

Zum Buch:
Berliner Verhältnisse – Unterschichtenroman. Raul Zelik. Verlag Blumenbar 2005
Der Roman erzählt eine wirklich komische Geschichte über die neuen Verhältnisse nicht nur in Berlin: Arbeit auf dem Bau, illegale Migration, Solidarität, Outsourcing, Kinderkriegen, Lärm, schwule Scheinehe, sich ändernde Identitäten.

Mario ist Anfang dreißig und lebt mehr oder weniger zufrieden in einer WG in Berlin. Bis die ehemaligen Nachbarn wieder da sind: wohnungslose rumänische Bauarbeiter vom Potsdamer Platz, die vergeblich auf ihre Löhne warten. Immerhin genießen sie bis auf weiteres Asylrecht in der WG-Küche. Doch weil Mario die fettigen Pfannengerichte und das Kusturica-Geklimper aus dem Radio bald nicht mehr erträgt, fasst er mit seinen Mitbewohnern einen Entschluss. Sie werden den Freunden zur Seite springen – und die Löhne für sie eintreiben. So wird aus der liebenswert-chaotischen WG bald ein gefürchtetes Inkasso-Unternehmen für Einsätze aller Art. Und Mario, der plötzlich feststellen muss, dass er nicht mehr so jung ist, wie er sich gerne fühlen würde, scheint sein Herz an die unkonventionelle Ladenbesitzerin Melek zu verlieren.

Raul Zeliks neuer Roman ist nicht nur eine höchst unterhaltsame Geschichte über Liebe und Anarchie, Geld und Glück. Sondern auch ein scharfes Portrait der Berliner Republik von unten.

Do. 20.10.2005 ab 20 Uhr, In der Au 14-16, Frankfurt/M.-Rödelheim

Asiatische Volxküche mit koreanischen Spezialitäten und Musik des Untergrunds: Punk-Rock aus Asien.

Fr. 21.10.2005, 18 Uhr, Dritte Welt Haus, Falkstr. 74, Frankfurt/M.-Bockenheim

TheBlackBook – Deutschlands Häutungen
VeranstalterInnen: Autonomes FrauenLesbenReferat des Asta Uni, FrauenLesben Kneipenabend im ExZess

Zum Buch:
TheBlackBook – Deutschlands Häutungen. IKO 2005
Es ist das Ergebnis einer Kooperation zwischen dem Anti-DiskriminierungsBüro (ADB) Köln, von Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. und den cyberNomads (nbN), der Multimedia Agentur für transkulturelle Konzepte aus Berlin.

Durch die Kombination von Theorie und Praxis wird Unbewusstes bewusst gemacht, strukturelle Wirkungsmechanismen von Rassismus und Diskriminierung aufgedeckt und Strategien für die Stärkung des Selbstbewusstseins und der Selbstbestimmtheit von Betroffnen darzustellen. Das Buch versammelt Essays, wissenschaftliche Analysen und persönliche oder politische Erfahrungsberichte von AutorInnen mit unterschiedlichem Hintergrund.

In der Veranstaltung wird aus der Vielfältigkeit der im Buch zu findenden Beiträge vor allem auf die Geschichte und Gegenwart von Schwarzer Organisierung in Deutschland und gegenwärtige kulturelle Widerstandsformen fokussiert.

Fr. 21.10.2005, 20 Uhr, Café ExZess, Leipziger Str. 91, Frankfurt/M.-Bockenheim

»Unsere Opfer zählen nicht«. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg.
VeranstalterInnen: Libertad!, P.A.C.K., Initiativkreis GegenBuchMasse
Der Autor Albrecht Kieser vom Rheinischen JournalisInnenbüro in Köln wird an diesem Abend die Schwerpunkte »Naher Osten« und »Schwarze im Nationalsozialismus« referieren.
Bereits am **Mo. 10.10.05** referiert die Autorin Birgit Morgenrath, ebenfalls vom Rheinischen JournalistInnenbüro zum Schwerpunkt Afrika.
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt/M. Nähe Alte Oper

Zum Buch:
»Unsere Opfer zählen nicht«. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg. Hrg. von Recherche International e.V., Assoziation A – 2005
Ihre Kriegseinsätze kommen in den Geschichtsbüchern nicht vor, und ihre Gefallenen sind nirgends aufgelistet. An ihre Opfer erinnert kaum ein Monument und an den Bombenterror in ihren Städten keine Fernsehserie. Die meisten ihrer Zwangsarbeiter erhalten keine Entschädigung und die meisten ihrer Veteranen keine Kriegsrente.

So hoch der Preis auch war, den die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg zahlte, so konsequent wurde er seitdem vergessen und verleugnet.

Millionen Soldaten aus Afrika, Asien, Südamerika und Ozeanien kämpften und starben in diesem Krieg, den der deutsche und der italienische Faschismus sowie der japanische Großmachtwahn verursacht haben. In Abessinien standen sich Afrikaner auf beiden Seiten der Front gegenüber, in Burma kämpften hunderttausend Soldaten aus West- und Südafrika gegen die japanischen Streitkräfte, in Frankreich zehntausende Inder gegen die Wehrmacht. Brasilianer kamen in Italien zum Einsatz, Koreaner im Südpazifik. Von China über Vietnam bis nach Indonesien und den Philippinen operierten einheimische Guerillatruppen gegen die alten Kolonialherren und die neuen Besatzer.

Viele Länder der Dritten Welt wurden zu Schlachtfeldern, andere lieferten Rohstoffe für die Kriegsproduktion. Millionen Menschen dienten den Krieg führenden Streitkräften als Lastenschlepper und Bauarbeiter, Pfadfinder und Küstenwächter, Aufklärer hinter feindlichen Linien und Bergungstrupps für verwundete Soldaten. Hunderttausende Frauen wurden Opfer sexueller Gewalt. Allein die Japaner verschleppten 200.000 Filipinas und Koreanerinnen in ihre Militärbordelle.

Die Hilfstruppen und Hilfsarbeiter aus der »Dritten« Welt wurden schlechter entlohnt, verpflegt, untergebracht und behandelt als ihre »Kameraden« aus der »Ersten«. Streiks und Revolten gegen diese Ungleichbehandlung wurden mit brutaler Gewalt niedergeschlagen.

Allerdings war die Dritte Welt nicht bloß Opfer in diesem Krieg. Antikoloniale Bewegungen im Nahen Osten (von Ägypten über Palästina bis in den Irak und den Iran) und in Asien (von Indien und Burma bis Thailand und Indonesien) sympathisierten mit den faschistischen Mächten und stellten Hunderttausende Freiwillige für deren Krieg. 3.000 Rekruten der von den Nazis ausgehobenen »Indischen Legion« ließen sich 1944 sogar in die Waffen-SS eingliedern und verübten Massaker an der französischen Zivilbevölkerung. Auch davon berichtet dieses Buch.

Auf der Basis langjähriger Recherchen der AutorInnen in über dreißig Ländern Afrikas, Asiens und Ozeaniens werden die Folgen des Zweiten Weltkrieges für die Dritte Welt in diesem Buch erstmals aus Sicht von Betroffenen beschrieben. Das Standardwerk zu einem bisher vernachlässigten Thema!

Mo. 10.10.05 Club Voltaire
Der ZDF Geschichtspornograph Guido Knopp bringt es fertig, in einer Dokumentation über den Krieg im Pazifik zu behaupten, die Inseln dort seien »unbewohnt« gewesen. Die Wahrheit ist: Zigtausende Insulaner gerieten zwischen die Fronten, mussten zwangsarbeiten oder sich als Kundschafter bei den US-Streitkräften bzw. den Japanern verdingen.

Auch im 60. Jahr des Gedenkens kommen die Opfer in der »Dritten Welt« nicht vor. Im Gegenteil: In diesem Jahr standen die Deutschen – ihr Leid in den bombardierten Städten, ihr Leid als Kriegskinder – im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung.

Warum die Erinnerungskultur Millionen Menschen schlicht nicht wahrnimmt, was diese kolonialisierten Menschen durchgemacht haben, wird am Beispiel Afrikas dargestellt. Wer weiß schon, dass der Zweite Weltkrieg in Afrika bereits 1935 begann als Mussolinis Schwarzhemden nach Äthiopien einmarschierten? Wer kennt die Pläne der Nazis, ein »zentralafrikanisches« Kolonialreich zu errichten? Wem ist bewusst, dass die wirtschaftliche Zurichtung des Kontinents ganz wesentlich zur sogenannten »Unterentwicklung« beigetragen hat?

Erzählt wird von den Selbstzeugnissen der Kolonialsoldaten, von den Analysen afrikanischer Historiker und von der Selbstorganisation der Opfer.

Sa. 22.10.2005, 20 Uhr, Café ExZess, Leipziger Str. 91, Frankfurt/M.-Bockenheim

Die Ratten betreten das sinkende Schiff – Das absurde Leben des Leo Reuss
Mit der Autorin Gwendolyn von Ambesser

Zum Buch:
Gwendolyn von Ambesser: Die Ratten betreten das sinkende Schiff – Das absurde Leben des Leo Reuss. Mit einem Vorwort von Mario Adorf. Verlag Edition AV – 2005
In den Dreißigerjahren emigrierte der bekannte Berliner Schauspieler Leo Reuss nach Wien. Seine Hoffnungen dort Arbeit zu finden, zerschlugen sich, denn auch dort hatte man wenig Interesse an jüdischen Emigranten. Reuss verschwand und es hieß, er sei nach Amerika gegangen. Ein paar Monate später tauchte ein vollbärtiger blonder Gebirgsbauer auf, der unbedingt zum Theater wollte: Der Mann war sehr begabt und natürlich für die Wiener Theaterdirektoren viel »interessanter« als die emigrierten richtigen Schauspieler...

In diesem Buch wird nicht nur die absurde Emigrationsgeschichte von Leo Reuss erzählt, sondern auch das Verhalten vieler seiner Wiener und Berliner Kollegen ausführlich und offen geschildert. Es wird ein liebevoll-bissiger Blick auf den Theateralltag und die Mentalität von Schauspielern geworfen. Und auf ihr Verhalten im Dritten Reich, der Zweiten Republik, der Emigration und bei der Rückkehr ... Und natürlich gab es auch unter den Theaterleuten viele, die sich anständig und genauso viele, die sich schrecklich verhielten. Nach der Lektüre dieses interessanten und amüsanten Buches, das sich nicht scheut Namen zu nennen, wird vielleicht auch gut informierten Lesern einiges Altbekannte in einem neuen Licht erscheinen. »Ich bin sicher, dieses Buch kann den Leser nicht gleichgültig sein, es wird ihn rühren, es wird ihn staunen und auch schmunzeln.« (Mario Adorf)

»In meiner Geschichte wollte ich das unterschiedliche Verhalten der Menschen während der Zeit des Hitler-Regimes am Beispiel verschiedener Theaterleute im Deutschen Reich und in den Emigrationsländern, (zu denen bis März 1938 auch Österreich gehörte), aufzeichnen. Hierbei war die Emigration des Schauspielers Leo Reuss ein geradezu exemplarisches, wenn auch extremes Beispiel und ist somit Dreh- und Angelpunkt des Buches. Doch sollte man über seine Geschichte nicht den Blick auf die anderen vernachlässigen.« Aus dem Vorwort der Autorin Gwendolyn von Ambesser

Sa. 22.10.2005, ab 22 Uhr, (Open End) Café ExZess, Leipziger Str.91, Frankfurt/M.-Bockenheim

Anarchie und Luxus – Lange Lesenacht mit verschiedenen AutorInnen vom Verlag Edition AV, Literaturkneipe, lecker Buffet, Dj's uvm.
(Reihenfolge der Kurzlesungen/Buchvorstellungen siehe www.gegenbuchmasse.de)

So. 23.10.2005, 20 Uhr, Café ExZess, Leipziger Str. 91, Frankfurt/M.-Bockenheim

Mission Klassenzimmer. Zum Einfluss von Religion und Esoterik auf Bildung und Erziehung. Mit dem Referent Frank Welker vom Forum Demokratischer Atheisten (Hrsg.)
VeranstalterInnen: P.A.C.K., Initiativkreis GegenBuchMasse

Zum Buch:
Mission Klassenzimmer – Zum Einfluss von Religion und Esoterik auf Bildung & Erziehung. FDA (Hrsg.) Forum Demokratischer AtheistInnen (Hrsg.), Alibri Verlag 2005
Im Zuge von Liberalisierung und Privatisierung im Dienstleistungssektor gewinnen private Bildungseinrichtungen zunehmend an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund setzt sich der Sammelband mit religiöser Erziehung und ihren Folgen auseinander. Die wachsenden »Marktanteile« ideologisch motivierter Anbieter im Schulbereich erscheinen so als ein Aspekt des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft. Indem drei der einschlägigen Erziehungsangebote – christliche Wertevermittlung, Waldorf- und Montessori-Pädagogik – eingehender untersucht werden, bietet das Buch auch eine wichtige Orientierungshilfe für alle Eltern, die erwägen, ihre Kinder auf eine private Schule zu geben.

Do. 27.10.2005, 19.30 Uhr, ExZess, Leipziger Str. 91, Frankfurt/M.-Bockenheim

Weißsein im Widerspruch – Feministische Perspektiven auf Rassismus, Weiße Privilegien und Widerstand
Buchvorstellung und Diskussion mit der Autorin Eske Wollrad
!!! Nur für Frauen !!!
Veranstalterinnen: Autonomes FrauenLesbenReferat des Asta Uni, FrauenLesbenkneipe im Café ExZess

Zum Buch:
Weißsein im Widerspruch – Feministische Perspektiven auf Rassismus, Weiße Privilegien und Widerstand, Eske Wollrad, Ulrike Helmer Verlag – 2005
Weißsein ist norm/al und damit nicht erwähnenswert, und es bestimmt sich darüber, was es nicht ist: nicht exotisch, nicht »farbig«, nicht ausländisch. In Weißen bundesdeutschen feministischen und antirassistischen Kontexten blieb Weißsein als Nichts lange unhinterfragt oder ein Zeichen ohne Inhalt. Heute wird jedoch Weißsein als gesellschaftliches Konstrukt, abhängig von und unauflöslich verwoben mit Konstruktionen von Schwarzsein in verschiedenen Öffentlichkeiten zunehmend problematisiert.

Eske Wollrad fragt in ihrem Vortrag aus Weißer feministischer Perspektive danach, wie sich in Ansätzen des Weißen Feminismus sowie Antirassismus Weiße Privilegierung spiegelt. Schließlich geht sie auf typisch Weiße Muster in antirassistischer Bündnisarbeit ein, die effektiven Widerstand erschweren bzw. verhindern.

Eske Wollrad ist feministische Theologin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Sie promovierte zu afrikanisch amerikanischer feministischer Theologie, forscht zu Rassismus, den Critical Whiteness Studies, Weißsein und Postkolonialismus und hielt zahlreiche Vorträge in Europa und den Americas. Ihr zweites Buch »Weißsein im Widerspruch. Feministische Perspektiven auf Rassismus, Kultur und Religion« erschien im Frühjahr 2005.

Antifaschistische Demo am Samstag 22.10., um 19 Uhr am Südbahnhof in Frankfurt/M.-Sachsenhausen
Infos: www.autonome-antifa.com und www.ainfos.de

Gegen Dich und deine Freunde... Den rechten Konsens durchbrechen – Nazis bekämpfen!
Die gewaltbereite Neo Nazi Szene sieht sich bundesweit im Aufwind. Wahlerfolge der NPD, die Zunahme an Gewalttaten und zahlreiche Aufmärsche der so genannten »Freien Kameradschaften« scheinen das zu bestätigen. Wiederholt ist es in letzter Zeit auch in Frankfurt Sachsenhausen zu rechtsextremen Übergriffen durch Neonazis auf Andersdenkende und »Undeutsche« gekommen. Dabei erscheinen die Neonazis trotz ihrer menschenverachtenden Ideologie offenbar vielen Wirten und Gästen im Frankfurter Sauf- und Kneipenviertel inzwischen als Teil der normalen Alltagskultur. So können sie sich dort immer wieder weitgehend ungestört zum Saufen und Feiern treffen. Und die staatlichen Behörden versuchen, dass Problem unter den Teppich zu kehren, um bloß dem Image des »Standortes Frankfurt« nicht zu schaden.

Dies zeigt, dass sich der Widerstand gegen Nazis insbesondere auch gegen den rechten Konsens aus Nationalismus und Sozialdarwinismus richten muss, der die neuen Ewiggestrigen mit der so genannten Mitte dieser Gesellschaft so problemlos beim Biertrinken vereint.
Ein erster Schritt um diese angeblich »unpolitische« Gemeinschaft und das öffentliche Schweigen zu stören ist eine antifaschistische Demonstration, die Teil einer landesweiten Kampagne linker Gruppen gegen rechtsextreme Strukturen ist.

IM POSTFACH

Betr.: Kündigung meines Abo's zum Jahresende 2005

Liebe Freunde,
hiermit kündige ich meine langjährige Mitgliedschaft bei Euch. Meine finanziellen Verhältnisse haben sich geändert und ich musste leider diesen Schritt tun.

Ich wünsche Euch und der Zeitung weiterhin gutes Gelingen und möge es bald wieder mehr Menschen geben, die bereit sind, Eure Zeitung zu finanzieren, damit meine ich auch eine andere Generation. Ich bin nun 58 Jahre alt geworden und meine Projektarbeit ist schon seit einigen Jahren abgeschlossen. Finanzielle öffentliche Mittel fehlen, um sozialpädagogische Projekte weiterzuführen. Nun ziehe ich mich, leicht enttäuscht von der fehlenden Motivation meines Umfeldes zurück in meinen Garten nach Dithmarschen in Schleswig-Holstein. Darauf freue ich mich sehr.

Vielen Dank für die vielen und interessanten Beiträge und mit lieben Grüßen

D. A., Hamburg

PS: Ich mache aber weiterhin Werbung für Euch.

graswurzel revolution
monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

ja! Anarchismus

Neu: Jetzt mit Citrusfrische und Extra-Langzeit-Wirkung

GWR-Vertrieb
Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net

GWR 301/Aug. 05: Comeback der Anti-Atom-Bewegung?; Die fetten Jahre sind vorbei: Ketzerische Positionen zur Bundestagswahl 2005; Aus voller Brust für die Moral der Truppe: 50 Jahre Bundeswehr – Wir schießen quer; Bankrott der Eurokraten; „Imperiale Träume". EU, Türkei, Militarismus & Kriegsdienstverweigerung; Hiroshima; Zapatista-Initiative; Freiheit & Anarchie u.v.m.
Jahresabo 25 Euro (10 Hefte)
Probeabo 5 Euro (3 Hefte)

Ohne Kontakt zur Außenwelt gibt es keinen Neuanfang nach der Haft. Lesen hilft, sich zu informieren und in der Welt zu orientieren.

Bitte spenden Sie deshalb »Contraste« für Gefangene zum Preis von jährlich 45 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:

Freiabonnements für Gefangene e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Kennwort: »Contraste«

LESEN HILFT
www.freiabos.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Informations- und Bestellmöglichkeiten:
www.jungewelt.de ◆ 0 30/53 63 55-80

Nelke
Der Terror des Kapitals
eine rätekommunistische Streitschrift
Paperback, 256 S., € 12,90
ISBN 3-00-015468-X

Der ganz „normale Terror des Kapitals" ist Nelkes Einstieg in die umfassende und streitlustige Schrift. Er untersucht die Funktionsweise der kapitalistischen Verwertung, und setzt sich in rätekommunistischer Tradition u. a. mit marxistischen und anarchistischen Vorstellungen auseinander.

Syndikat A
Anarchosyndikalistischer Medienvertrieb
Bismarckstrasse 41 a
D-47443 Moers
Bestelltelefon / Fax:
(0 28 41) 53 73 16
syndikat-a@fau.org

www.syndikat-a.de · Gesamtverzeichnis anfordern!

Seminare

11.- 13.11.05, Berlin
Einführung in die Kapitalismuskritik

25.- 27.11.05, Hannover
Demokratie

2.- 4.12.05, Berlin
Postmoderne und Politik

16.- 18.12.05, Hannover
Rassismus

14.-15.1.06, Augsburg
Anti-Amerikanismus

27.- 29.1.06, Göttingen
Religion & Religionskritik

10.- 12.2.06, Hannover
Zur Philosophie des Rechts

www.junge-linke.de

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de

In akt. Ausgabe (8/05) u.a.:
- Willi Kaufmann: »Teuer streiken statt billig fliegen«, zum Streik auf dem Flughafen Heathrow
- Rolf Engelke: »Fliegen um jeden Preis?«, über die Einkehr kapitalistischer Normalität im Edel-Business
- Martin Hantke: »(Ver)fassungslos in Europa«, zur EU-Verfassung und Grundrechtecharta
- Willi Hajek: »Solidarność in St. Nazaire«, über widerständige »Fremdarbeiter« und ihren Kampf gegen Lohnraub durch Alstom-Zulieferer
- Kim Moody: »Ersatz für's Organizing?«, welche Fusionen sind sinnvoll?
- Bill Fletcher, Jr.: »Einen entgleisten Zug manövrieren«, mehr heiße Luft als Durchblick in AFL-CIO
- ver.di: »Nenn' es nicht ›Outsourcing‹«, zur »Bildungskonsolidierung« bei ver.di
- »Weltweites Köcheln«, Gate Gourmet versalzt Beschäftigten die Suppe
- »Eskalation Stinkefinger«, Initiatorin von Betriebsratswahl bei Lidl gekündigt

○ ○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ ○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Kontakt: contraste@t-online.de

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch nach Möglichkeit per E-Mail: contraste@t-online.de

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dieses per E-Mail kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail:** richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail:** post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, **E-Mail:** kuema-ostseh-redaktions bureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Hermann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail:** packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail:** h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail:** arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ☎ (069) 670 62 71 **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal:** Kurt Regenauer, Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail:** contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 - Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail:** joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg**, Marc, Wannkopfstr. 13, **E-Mail:** the.element@gmx.de, Espi, **E-Mail:** piratenutopie@uni.de; **Fairkehr, Lothar Galow-Bergemann**, ☎(0711) 560294, **E-Mail:** Galow-Bergemann@t-online.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wie geht's weiter mit der Arbeit?
Ist die Arbeitsgesellschaft in der Krise?
Das Ziel der Politiker ist immer noch die Vollbeschäftigung. Wissenschaftler empfehlen längere Arbeitszeiten als Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise. Hat die Arbeit als Kriterium das den Menschen ihren Platz in der Gesellschaft zuweist, nicht längst ausgedient? Welche Funktion kann die Arbeit unter Berücksichtigung zunehmender Produktivität in zukünftigen Gesellschaften noch haben?
In der Kommune hat Arbeit eine andere Bedeutung, kann das ein Modell für die Gesellschaft sein? Wie lassen sich Lebensgrundlagen jenseits von kapitalistisch organisierter Erwerbsarbeit schaffen? Sind Tauschringe, Konzepte der Eigenarbeit Möglichkeiten?
Wir wollen in dem Seminar versuchen, die aufgeworfenen Fragen an der Lebenspraxis der TeilnehmerInnen zu bearbeiten.
Termin: 21.-23.10.2005

»When I'm 64 ...«
Altersvorsorge selbstverwaltet
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung verglichen.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend und ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 25.-27.11.2005
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

KONGRESSE

Gerechtigkeit heilt
Der internationale Kampf gegen Straflosigkeit
Im Rahmen der Kampagne »Gerechtigkeit heilt« veranstaltet die Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum in Kooperation mit verschiedenen anderen Organisationen der Menschenrechts- und Flüchtlingsarbeit im Oktober einen internationalen Kongress. Eingeladen sind MenschenrechtsaktivistInnen aus allen Kontinenten, die versuchen, Strafprozesse gegen die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen in ihren Ländern oder außerhalb der Landesgrenzen zu eröffnen. Im Rahmen des Kongresses soll die Vielfalt der Erfahrungen aus den unterschiedlichen Ländern und Bewegungen ausgetauscht werden, um für alle TeilnehmerInnen als Inspirationsquelle auf der Suche nach neuen Ideen und Ansätzen zu dienen, die den internationalen Kampf gegen Straflosigkeit in der Zukunft einen weiteren Schritt voran bringen können.
Der Kongress beginnt am Freitag, dem 14. Oktober im Bahnhof Langendreer in Bochum mit einem Vortrag von Beate Klarsfeld zum Thema »Die Notwendigkeit der strafrechtlichen Verfolgung von Menschenrechtsverbrechen«. An den beiden Folgetagen widmen sich vier Foren den Themenkomplexen »Wahrheitsfindung«, »Menschenrechtsverbrechen auf der Anklagebank«, »Gerechtigkeit heilt« und »Entschädigung«.
Termin: 14.-16.10.2005 in Bochum
Informationen & Anmeldung:
Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V., Engelsburger Str. 168, D-44793 Bochum
☎(02 34) 904 13 80, Fax: 904 13 81
E-Mail: info@gerechtigkeit-heilt.de
Web: www.gerechtigkeit-heilt.de

Tabus der bundesdeutschen Geschichte
Über Entstehen und Vergehen der DDR wird jetzt viel geforscht und publiziert. Unterbelichtet, fast ausgeblendet ist dagegen die Vor- und Frühgeschichte des übrig gebliebenen deutschen Staates, dem der andere beigetreten ist. Eine Tradition des Nichtwahrhabenwollens, des Beschweigens, des Verleugnens gehört zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.
Wie gelang nach 1945 die »Wiederherstellung der alten Macht- und Besitzverhältnisse« die der DGB schon früh in seinem Grundsatzprogramm konstatiert hat? Die Selbstentnazifizierung der Eliten mit »Persilscheinen«, die man sich gegenseitig ausstellte, ist ebenso verdrängt und vergessen wie die heftigen politischen Auseinandersetzungen um die Richtung, in die sich Staat und Gesellschaft entwickeln sollten. Aber es lassen sich Spuren sichern und Erklärungen dafür finden, wie und weshalb vieles, was die Siegermächte im Potsdamer Abkommen festgelegt und wozu sich die Deutschen in ersten Parteiprogrammen und Länderverfassungen verpflichtet hatten, innerhalb weniger Jahre ins Gegenteil verkehrt wurde.
Termin: 21.-23.10.2005, Hamburg
Information & Anmeldung:
Ossietzky, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
Fax: (0 30) 42 80 52 29
E-Mail: ESPOO@t-online.de

Integration statt Ausgrenzung – Gerechtigkeit statt Almosen
Herausforderung für eine bürger- und gemeindenahe Wohnungshilfe
Jedem seine Chance. Leistungsgerechtigkeit durch Deregulierung, Wettbewerb und Eigenverantwortung – das scheint die neue Vorstellung von Gerechtigkeit zu sein. Gerecht ist es dann auch schon, wenn alle mitmachen können. Nur – dabei sein ist eben nicht alles! Wie bei jedem Wettlauf, gibt es auch bei diesem Verlierer, denen der Makel anhaftet, ihre Misere selbst verschuldet zu haben. Das ist die ideologische Begleitmusik für die schlichte Tatsache, dass der vertraute Sozialstaat auf ein weltmarkt-kompatibles Maß zurück geschnitten wird.
Wenn Gerechtigkeit mehr bleiben soll als die Chance, am Wettbewerb teilzunehmen, muss der Maxime des Wettbewerbs und der Käuflichkeit eine Ethik der Solidarität entgegengesetzt werden.
Wo wie, und mit wem zusammen das geschehen kann, soll auf dieser Bundestagung erarbeitet werden.
Termin: 21.-23.11.2005, Göttingen
Information & Anmeldung:
BAG Wohnungslosenhilfe e.V., Postfach 13 01 48, D-33544 Bielefeld
☎(05 21) 1 43 96-0, Fax 1 43 96 19
E-Mail: info@bagw.de
Web: www.bagw.de

BUCHMESSE

Punk im H&M Schaufenster, RAF im Kunstmuseum
Historisierung sozialer Bewegungen – Historisierung der Popkultur
Eine Veranstaltung zur Frankfurter Buchmesse 2005
Protest sells. Nicht nur das nahezu alltägliche Guevara-T-Shirt, die Provokation der Prada-Meinhof Modestrecke, auch die rotgrünen Authentizitätswerte waren extrem von einer bestimmten Art der Historisierung des Protestzyklus der Sechziger und Siebziger, inzwischen auch der Achtziger, abhängig. Mode, Musik und Politik: Retro-Style allenthalben. Doch was wird mit diesen Retrowellen eigentlich abgefeiert, was wird mystifiziert und welche Anteile fallen dabei unter den Tisch? Wie sähe eine andere Art der Geschichtsschreibung jenseits der altbekannten Kulturindustrieschelte aus? Gibt es eine oder gar – mehrere womöglich widerstreitende – »Geschichten von unten« der Popkultur? Wie können diese geschrieben werden? Und was haben soziale Bewegungen mit Popkultur am Hut?
Eine Vorstellung des Buches: Bernd Hüttner, Norbert Schepers, Gottfried Oy (Hg.): »Vorwärts und viel Vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen« AG SPAK Bücher, Neu-Ulm (www.vorwaerts.org)
Termin: 20. Oktober 2005, 20 Uhr
Ab 23h: Schallplatten-Unterhaltung: »soulsville offenbach« (Sechziger/Siebziger Soul)
Ort: im Hafen 2, Alter Lokschuppen der Hafenbahn, Hafen 2a, 63067 Offenbach am Main
Web: www.hafen2.net
☎(0 69) 98 55 85 11
S-Bahn Offenbach/Ledermuseum

BEWEGUNGSSTIFTUNG

Was tun, wenn Konzerne die Welt regieren?
Nicht erst seit wir wissen, dass Konzerne Politiker bezahlen, ist bekannt: Konzerne sind heute die wahre Macht im Staate – national wie global. Dieser Workshop zeigt auf, worin die Macht der Konzerne liegt und stellt alternative Konzepte der Konzernkontrolle zur Diskussion. Wie können wir es schaffen, die zu regulieren, die unsere Regierungen regieren? Wer darauf Antworten sucht, ist bei diesem Seminar richtig.
Das Wochenendseminar will Kenntnisse über die wirtschaftliche und politische Macht von Großkonzernen vermitteln und ihren Einfluss auf unser Leben in lokalen bis globalen Zusammen aufzeigen. Themen dieses Seminars sind Konzerne, Machtstrukturen, Unternehmensregulierung, Kritik an Unternehmensethik und »Corporate Social Responsibility«.
Diese Einführungsveranstaltung richtet sich an politisch Interessierte, die entweder mehr über diesen Problembereich wissen, aktiv die Welt verbessern oder ihre Vorkenntnisse vertiefen wollen. Es soll sowohl ein inhaltlicher Überblick gegeben werden, wie auch Einblicke in die Alltägliche NGO-Arbeit zum Thema Corporate Power vermittelt werden.
Termin: 14.10.-16.10.05
Ort: Tagungshaus »Forum« im Ökologischen Zentrum, Artilleriestr. 6, Verden
Information & Anmeldung:
Bewegungsakademie, Artilleriestr.6, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 957-595, 957-400
Web: www.bewegungsakademie.de
E-Mail: info@bewegungsakademie.de

BREMEN

»Von der alten sozialen Bewegung zu neuen sozialen Bewegungen – Zur Entwicklung ihres Wandels«
Vortrag mit Diskussion
mit Athanasios Karathanassis, Politik- und Sozialwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der Universität Hannover.
In der Phase des Fordismus entstanden neue Formen sozialen Widerstands. Diese neuen sozialen Bewegungen verloren in ihrer Kritik oft ihren gesellschaftlich-ökonomischen Kausalzusammenhang und reduzierten ihr Engagement auf vereinzelte soziale Problemfelder. Eine Auseinandersetzung mit den Ursachen dieser Entwicklung und den Implikationen für die Erarbeitung gesellschaftspolitischer postfordistischer Alternativen zur neoliberalen Globalisierungspraxis ist hierbei zentraler Gegenstand.
Termin: Freitag 28.10.2005
Nachfolgendes Tagesseminar zum selben Thema am Sonnabend 29.10.2005,

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

JUNGE LINKE

Aufstand der Zeichen?
In den späten sechziger Jahren entstand in Frankreich eine philosophische Richtung, die inzwischen unter dem Label Postmoderne oder Poststrukturalismus Furore gemacht hat. Im Namen des Vielfältigen, Unabgeschlossenen trat man gegen das philosophische Erbe der Aufklärung an – egal, ob dieses im staatstragenden oder marxistischen Gewande daherkam. Dieser antitotalitäre radical chic übt bis heute eine erhebliche Anziehungskraft auf Teile der Linken aus, fasziniert hornbrillentragende Kulturwissenschaftsstudenten wie Globalisierungsgegner gleichermaßen und eröffnet scheinbar das Feld für eine Menge neuer, phantasievoller und irgendwie sexy daherkommender Politikformen.
Um zu klären, wie ein solches Politikverständnis mit dem aufklärungskritischen Programm der radikalen Immanenz zusammenhängt, wollen wir auf diesem Wochenendseminar versuchen, anhand der gemeinsamen Lektüre von Grundlagentexten (Lyotard, Foucault) zu erarbeiten, welches Verständnis von Geschichte und Gesellschaft der Postmoderne zugrunde liegt. Dabei wollen wir insbesondere der Frage nachgehen, inwieweit durch politische Strategien, die sich nur auf der Ebene symbolischer Formen bewegen, überhaupt eine grundlegende Gesellschaftskritik geübt werden kann. Ein Reader wird vor dem Seminar verschickt.
Termin: 2.-4.12.2005, Berlin

Warum bleiben die Anderen immer anders?
Dass die Menschheit angeblich in Schwarze, Weiße, Rote und Gelbe zerfällt: Davon ist ein Großteil der Bewohner dieses Planeten felsenfest überzeugt. Fängt da schon der Rassismus an – oder erst, wenn mit der angeblichen Hautfarbe bestimmte angebliche und unveränderliche Eigenschaften verbunden werden? Oder erst da, wo es abwertend und unfreundlich wird? Wie entstehen Feindbilder eigentlich? Aus Mangel an Erfahrung, aus Denkfaulheit, aus Ängsten und Nöten – oder aus Nationalismus?
Gegen Rassismus sind fast alle; darum sagt man heute auch nicht mehr »Rasse«, sondern »Kultur« und »Ethnie«. Ist das dann kein Rassismus mehr? Oder »Neo-Rassismus«? Oder alter Wein in alten Schläuchen?
Seit dem 11.9. wird »Multikulti« alle Vierteljahre zu Grabe getragen. Ist es schade um diesen alternativen Rassismus, der die »Anderen« als Bereicherung des »Eigenen« zuließ – und woran ist der denn nun »gescheitert«?
Europa gehört die Zukunft, sagt die Politik? Führt das zu neuen Zusammengehörigkeitsgefühlen von Moffen, Bergdeppen, Inselaffen, Frosch- und Spaghettifressern? Oder sind Deutsche, Österreicher, Briten, Franzosen und Italiener genau die gleichen blöden Nationalisten wie vorher?
Termin: 16.-18.12.2005, Hannover

Don't wanna be a european idiot
Noch während des Irak-Krieges konnte man keine Straßenbahn betreten, ohne mindestens ein Gespräch über die »Arroganz« des »Weltpolizisten« mitzuerleben, der doch »nur wegen des Öls« nach Irak marschiere. Die USA als waffenstarrende, vorsintflutliche Macht auszumachen, rockte damals die Massen. Im Innern herrsche dort die soziale Kälte einer Hire- und Fire-Kultur, die durch die Wall Street und die multinationalen Konzerne auf die ganze Welt ausstrahlte. Nicht wenige wussten: Hollywood-Filme verseuchen die Köpfe, McDonalds und Co. die Mägen und amerikanischer Shareholder Value- und Krämergeist essen ehrliche Seele auf. Amerika, oftmals personalisiert in Bush/Ölmagnaten/John Wayne, war somit negative Projektionsfläche für eine Menge verschiedener politischer »Kritik«.
Doch was ist 3 Jahre danach mit dieser Kritik geschehen? Verschwunden scheint sie nicht recht zu sein, allenfalls ruhiger ist sie geworden und hat einen Teil ihres Welterklärungsanspruches aufgegeben. Doch man muss nur wahllos jemanden auf Bush oder die USA ansprechen und es wird wie ein Wasserfall aus ihm herauskommen. Nur an militärischen Lösungen sei Bush interessiert, wohl auch wegen der starken Waffenlobby in den USA, Diplomatie ersetze er durch die Macht des Stärkeren. Die EU sei hingegen eher eine Friedensmacht, die sich für die Armen in der Welt, für die, die keine Stimme haben, einsetzt. Unsozial gehe es in den USA zu, eine soziale Abfederung, wie man sie in Europa kenne, sei dort nicht vorhanden. Viele, nicht nur Linke, nennen das dann Neoliberalismus und sehen die EU als Gegenpol, quasi als soziales Gewissen der Welt.
Und als Retterin der anständigen Esskultur, des hochwertigen Filmes, ja generell als Hort der Kultur wird Europa dann auch noch gegen die oberflächliche, kommerzialisierte Plastikwelt in Anschlag gebracht. Was ist von diesen Aussagen zu halten? Warum werden sie nicht mehr so hitzig vorgebracht? Warum treffen sich Rechte und Linke so oft in der Kritik an den USA, und worin unterscheidet sich ihre Kritik? Ist Schröder der Friedenskanzler und hängt Merkel am Rockzipfel von Bush? Wie kommt das gute Urteil über die EU zu Stande und wie hängt dieses mit dem Grund, warum es die EU gibt, zusammen? Und was ist eigentlich Anti-Amerikanismus? Das alles und noch viel mehr wollen wir auf dem Seminar diskutieren.
Termin: 14.-15.1.2006, Augsburg
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de

MEDIEN

Computerwissen für die politische Arbeit!
Wer heute politisch arbeitet, braucht spezielle Computerkenntnisse. Diese Seminarreihe von September bis November 2005 (an 2 Tagen, jeweils von 10-16 Uhr) zusammen mit der Journalistenakademie, ist speziell für politisch Aktive im Haupt- oder Nebenamt konzipiert. In praktischen Übungen am PC setzen Sie das erworbene Wissen sofort um. Nicht mehr als 12 TeilnehmerInnen; für jede/n TielnehmerIn ein PC! Teilnahmegebühr jeweils 60 Euro.

Präsentieren mit PowerPoint
Eindrucksvolle Folien und Präsentationen perfekt gemacht: Sie möchten Ihr politisches oder kulturelles Projekt präsentieren? Mit PowerPoint binden Sie Texte, Fotos, Videos und Sounds in eine Computershow ein und gestalten professionelle Folien für die politische Arbeit. Gestaltungsvorlagen helfen, eine Präsentation mit durchgängigem Design umzusetzen.
Termin: 22.-23.10.2005

Themen aus Geschichte und Politik multimedial darstellen:
Autorenprogramme und ihre praktische Anwendung
Die multimediale Präsentation historischer und politischer Themen auf CD-ROM und DVD hat gegenüber staubtrockenen Abhandlungen in Büchern gravierende Vorteile: Interaktivität – Bilder und Grafiken in fast unbeschränkter Zahl – Tondokumente – Filme – Internetanbindung.
In diesem Seminar wollen wir an Hand eines praktischen Beispiels – einer DVD über die Geschichte der Weimarer Republik – die praxis-orientierte Anwendung des Autorenprogramms »Toolbook Instructor 2004« kennen lernen. Robert Hofmann ist seit 10 Jahren im Bereich des multimedia-authoring tätig und hat u.a. mehrere politisch-historische CD-ROM für Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit produziert. Assistiert wird er von dem routinierten Netzwerkprofi Sven Mainka.
Termin: 12.-13.11.2005

Webseiten bauen mit HTML
Politische Arbeit online: Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Webseiten. Sie lernen die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Texte aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind? Welche Hilfsmittel wie etwa »Phase 5« gibt es? Sie lernen, worauf Sie beim Layout von Webseiten für die politische Arbeit achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot bürgerfreundlich strukturieren.
Termin: 19.-20.11.2005

Umsteigen auf Open Office
Sie kennen Word, Excel, PowerPoint und wollen auf eine preiswerte Alternative umsteigen? Warum die Software eines Monopolisten verwenden, wenn es ein besseres Open-Source-Produkt gibt? Open-Office umfasst inzwischen eine leistungsfähige Textverarbeitung (Writer), eine Tabellenkalkulation (Calc) und ein Präsentationsprogramm. In diesem Seminar erfahren Sie alles, was Sie für den Umstieg brauchen!
Termin: 26.-27.11.2005
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06
E-Mail: bsp@baysem.de